

Universität Oran, Es-Sénia



Fakultät für Literatur, Sprachen und Künste

Abteilung der angelsächsischen Sprachen

Germanistikabteilung

Fachbereich: Die österreichische Landeskunde

## Magisterarbeit

Thema:

**Zur Entwicklung der österreichischen Wirtschaft nach dem EU-Beitritt  
Zehn Jahre EU-Mitgliedschaft von 1995 bis 2005**

vorgelegt von:

**Amina NEHAL,**

geb. am 16.04.84 in Mers-El-Kebir

### Jurymitglieder

Vorsitzende: (Présidente)  
**Dr. Raafia Belbachir**

**MCA**

**Universität Oran**

Betreuer: (Encadreur)  
**Dr. Kamal EL KORSO**

**PROF**

**Universität Oran**

Gutachter: (Examineur)  
**Dr. Zineddine Bouri**

**MCA**

**Universität Oran**

« Oran 2013 »



## *Danksagung*

*Besonderer Dank gebührt meinem Betreuer  
Prof. Dr. Kamal El Korso, für seine  
uneingeschränkte und verständnisvolle Hilfe bei der  
inhaltlichen und methodischen Gestaltung meiner  
Arbeit.*

*Herzlichen Dank schulde ich auch meinen lieben  
Lehrern Frau Rafiaa Belbachir und Herr  
Zineddine Bouri für ihre wertvollen Hinweise und  
moralische Unterstützung.*

# INHALTSVERZEICHNIS

Danksagung  
Einleitung

01

## Theoretischer Teil

<b>1. Die Entwicklung der Europäischen Union</b>	<b>06</b>
1.1. Die Entstehungsgeschichte der Europäischen Union	06
1.1.1. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1952	08
1.1.2. Die römischen Verträge 1957-1958	09
1.1.3. Die Europäische politische Zusammenarbeit	09
1.1.4. Die einheitliche Europäische Akte 1986-1987	10
1.1.5. Der Maastrichter Vertrag 1992	11
1.1.6. Der Amsterdamer Vertrag 1997	13
1.1.7. Der Vertrag von Nizza 2000	14
1.1.8. Die Europäische Verfassung	14
1.2. Die Institutionen der Europäischen Union	15
1.2.1. Die Europäische Kommission	15
1.2.2. Der Europäische Rat	16
1.2.3. Der Ministerrat	16
1.2.4. Das Europäische Parlament	17
1.2.5. Der Europäische Gerichtshof	18
1.2.6. Der Europäische Rechnungshof	19
1.2.7. Die Europäische Zentralbank	19
1.3. Die zwischenstaatliche Zusammenarbeit in die EU	22
1.4. Die Wirtschaft der EU	23
1.4.1. Die Zollunion	23
1.4.2. Der Europäische Binnenmarkt	24
1.4.3. Der Europäische Wirtschaftsraum	25
1.4.4. Die Wirtschafts- und Währungsunion	27
1.4.5. Die Wirtschaft und Finanzen Stabilität und Wachstum	32

1.5.	Die Liste der EU- Mitgliedstaaten	33
<b>2.</b>	<b>Österreich als gleichberechtigtes Mitglied der EU</b>	<b>36</b>
2.1.	Überblick über Österreich	36
2.2.	Die Geschichte Österreichs	37
2.2.1.	Die historischen Entwicklungen Österreichs 976- 1866	37
2.2.2.	Die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn	45
2.2.3.	Die erste Republik 1918-1938	47
2.2.4.	Die Kriegszeit und zweite Republik	48
2.3.	Zur österreichischen Politik	50
2.3.1.	Das politische System Österreichs	50
2.3.2.	Der Bundespräsident	51
2.3.3.	Der Nationalrat und Bundesrat	51
2.3.4.	Die Bundesregierung	52
2.3.5.	Der Rechnungshof	52
2.3.6.	Das Bundesheer	53
2.3.7.	Die österreichischen Parteien	53
2.4.	Die österreichischen Verhandlungen auf dem Weg zum EU-Beitritt	53
2.5.	Zur österreichischen politischen Lage in der EU seit 1995	54

## Empirischer Teil

<b>3.</b>	<b>Zur Entwicklung der österreichischen Wirtschaft in der EU</b>	<b>59</b>
3.1.	Die österreichische Wirtschaft vor dem EU-Beitritt	59
3.1.1.	Zum wirtschaftlichen Leben in der Zeit von 1792-1914	60
3.1.2.	Zum wirtschaftlichen Leben in der 1. Republik 1918-1938	61
3.1.3.	Die wirtschaftliche Lage Österreichs nach dem zweiten Weltkrieg	62
3.1.4.	Die Marschallplan-Hilfe	62
3.1.5.	Die Verstaatlichung und Liberalisierung	63
3.2.	Die österreichische Wirtschaft nach dem EU-Beitritt	65

3.2.1. Die österreichischen Wirtschaftssektoren	65
3.2.1.1. Die Industrie	66
3.2.1.2. Die Land und Forstwirtschaft	67
3.2.1.3. Die Dienstleistungen (Handel, Bankwesen und Tourismus)	70
3.2.1.4. Der Außenhandel	73
3.3. Zur österreichischen Wirtschaft in der Europäischen Union	77
3.1.1. Österreich in der Wirtschafts- und Währungsunion	78
3.1.2. Das österreichische Wirtschaftswachstum seit dem EU-Beitritt	79
3.1.3. Die österreichische Kaufkraft	81
3.1.4. Die Beschäftigung und Arbeitslosenquote in Österreich	84
3.1.5. Der österreichische Haushalt	86
3.1.6. Die Ausgaben und Einnahmen des Staatshaushaltes	88
3.4. Zum wirtschaftlichen Gewinn Österreichs seit dem EU-Beitritt	91
3.4.1. Die Abschaffung der Zollkontrollen	91
3.4.2. Die Direktinvestitionen seit dem EU-Beitritt	91
3.4.3. Die Exporte nach dem EU-Beitritt	92
3.4.4. Die Regionalförderung	92
Zusammenfassung	94
Abkürzungen	98
Literaturverzeichnis	101
Anhang	108

# EINLEITUNG

---

## Ziel und Aufgabenstellung

Während des Zweiten Weltkrieges wurde Europa total zerstört, deshalb sollten die Europäer eine befriedigende Lösung finden. „Vereint sind wir stark“, so denken die Europäer nach dem Zweiten Weltkrieg, sie haben gewusst, dass sie sich vereinen und zusammen arbeiten müssen. Aber natürlich ist aller Anfang schwer, so begannen die europäischen Länder alle politischen Konflikte zwischen ihren Regionen zu beenden, um alle Kräfte zu vereinen, weil Europa als ökonomische und politische Kraft erscheinen und seinen weltlichen Platz zurücknehmen wollte. Die Europäer wollten sich von der amerikanischen ökonomischen Dominanz befreien und eine gemeinsame europäische Gemeinschaft bauen, die eine Konkurrenz zum amerikanischen Markt darstellt. Deswegen unterstützten viele europäische Länder diese Idee und errichteten gemeinsam die Europäische Union. Durch die EU-Erweiterung und dank der wichtigsten Veränderungen und der Integrationsschritte wächst Europa wieder zusammen. Die Europäische Union wird stets entwickelt dank seines Erfolgsprinzips; nämlich die Kooperation im Bereich der Wirtschaft, weil die Wechselquote zwischen ihren Regionen immer weiter vergrößert wird im Gegensatz zu jenen anderen Ländern. Die Wirtschaft ist eine Messung der Entwicklung der Länder, deshalb spielt sie eine Schlüsselrolle in der EU, denn sie ist ein erfolgreiches Integrationsmittel. Um eine wachsende und stärkende wirtschaftliche Interdependenz zwischen den europäischen Staaten zu entwickeln, integrierten sich viele europäische Länder in der Europäischen Union. Österreich hat diese Idee wirklich verstanden und als es nach 1945 eine starke staatliche und nationale Stabilität dank seiner Neutralität entwickelt hatte, *stellte die österreichische Bundesregierung im Jahr 1989 das Beitrittsansuchen für die Aufnahme Österreichs in die Europäische Union und nach gelungenen Beitrittsverhandlungen und Volksabstimmung wurde Österreich am 1. Jänner 1995 Mitglied der Europäischen Union*<sup>1</sup>. In der vorliegenden Magisterarbeit werde ich mich mit der Europäischen Union und Österreich, bzw. mit der Entwicklung der

---

<sup>1</sup> Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressedienst, Wien 2005, S 34

österreichischen Wirtschaft nach dem Europäischen Union-Beitritt beschäftigen. Ich habe Österreich gewählt, denn es ist ein kleines Land nach der Oberfläche zählt aber heute zu den hoch industrialisierten Ländern. In diesem Zusammenhang versuche ich, die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft im Hinblick auf die Rolle der Europäischen Union zu zeigen.

## **Problemstellung und Arbeitshypothese**

Nach einer Analyse einiger Statistiken der österreichischen Wirtschaft nach dem Europäischen Union-Beitritt, hat sich herausgestellt, dass Österreich ein hochentwickeltes Industrieland ist.

Dabei sollte gefragt werden:

- Wie war die österreichische Wirtschaft vor dem EU-Beitritt?
- Warum ist Österreich in die EU eingetreten?
- Ist Österreich ein hochentwickeltes Industrieland nur dank seines EU-Beitritts?
- Welche Rolle spielt die EU in der österreichischen Wirtschaft?

Diese vier Fragen lassen sich in der folgenden Hauptfrage zusammenfassen:

*Inwiefern hat die österreichische Wirtschaft vom EU-Beitritt profitiert? Bzw. ist der EU-Beitritt eine Chance für die österreichische Wirtschaft?*

Um meine Kernfrage zu beantworten gehe ich von der folgenden Arbeitshypothese aus:

*Nach dem EU-Beitritt ist die österreichische Wirtschaft mit den anderen EU-Ländern konkurrenzfähig.*

## **Methode und Verfahren**

Um meine Hypothese zu verifizieren, werde ich zuerst im theoretischen Teil die Wirtschaft der Europäischen Union und Österreichs analysieren. Um die Theorie mit

der Praxis zu verbinden, versuche ich im empirischen Teil die Statistiken und die Ergebnisse der österreichischen Wirtschaft innerhalb der EU zu analysieren.

## **Aufbau der Arbeit**

Die vorliegende Magisterarbeit ist in zwei Teile aufgeteilt. Der erste Teil ist theoretisch und besteht aus zwei Kapiteln. Im ersten Kapitel wird über die Entstehungsgeschichte der Europäischen Union geforscht, die Institutionen der Europäischen Union dargestellt, sowie die zwischenstaatliche Zusammenarbeit. Dann behandle ich die Wirtschaft, die eine große Rolle in dieser EU-Vereinigung spielt.

Im zweiten Kapitel wird Österreich vorgestellt. Am Anfang behandle ich die Geschichte Österreichs. Dann wird die geographische und politische Lage in Österreich dargestellt. Nachher wird der Weg Österreichs in die Europäische Union gezeigt.

Der zweite Teil ist empirisch und besteht aus einem Kapitel. Dort wird die österreichische Wirtschaft vor und nach dem Europäischen Beitritt analysiert. Ich sollte zuerst die wirtschaftliche Lage Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg bzw. vor dem Beitritt in der EU analysieren. Dann analysiere ich die österreichische Wirtschaftslage nach dem EU-Beitritt. Man kann keinen Vergleich zwischen der österreichischen Wirtschaft vor und nach dem EU-Beitritt ziehen, denn nach dem Zweiten Weltkrieg war Österreich zerstört, bzw. seine Wirtschaft war ruiniert. Es stütze sich auf den Marshall-Plan Hilfe, deshalb glaube ich, trat Österreich in die EU ein, um es wieder in Europa einzugliedern. Hier errichtet Österreich eine Wirtschaft in Zusammenarbeit mit seinen Nachbarländern, Ost- und Mitteleuropa. In diesem Kapitel werde ich vor allem die wirtschaftlichen Ergebnisse des österreichischen Beitritts in die EU analysieren, bzw. der Prozentsatz des Wachstums und der Arbeitsplätze (Arbeitslosenquote) von 1995 bis 2005 analysieren.

# *Der theoretische Teil*

# *Kapitel I*

# 1. DIE ENTWICKLUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

---

## **Einführung**

In diesem Kapitel wird versucht, die Europäische Union darzustellen, besonders die Entstehungsgeschichte bzw. die drei Gemeinschaften, die Basis für die Schaffung der EU waren, die politischen Institutionen, die die EU gründeten. Außerdem wird versucht deren Kompetenzen anzudeuten, auch die wirtschaftliche Lage darzustellen, besonders die einzelnen Etappen hin zu einer einheitlichen Wirtschaftsunion präsentiert. Weiteres werden die Länder, die Mitglieder in der Europäischen Union sind, sowie die zwischenstaatliche Zusammenarbeit.

## **1.1. Die Entstehungsgeschichte der Europäischen Union**

Zur Definition der EU sind viele Forscher auf eine einzige und klare Definition gekommen; nämlich, die EU ist ein Produkt der Nachkriegszeit. Dieses Produkt ist kein Staat, sondern eine Organisation. Es umfasst heute 27 Länder.

In diesem Sinne nehme ich die Definition von Prof. Dr. Ingeborg Tömmel: *„Die EU ist in ihrer heutigen Struktur und Organisationsform im Wesentlichen ein Produkt der Nachkriegsperiode, in der die Schaffung einer Vielzahl von internationalen Organisationen und Kooperation im Interesse einer neuen, friedlicheren Weltordnung auf der Tagesordnung stand“*.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Das politische System der EU, von Univ.- Prof. Dr. Ingeborg Tömmel. 2., völlig überarbeitete Auflage. 2006, R. Oldenbourg Verlag München Wien. Seite 5.

Auch Dr. Gerhard Schuman meint, dass die Europäische Union kein Staat ist, sondern eine supranationale Organisation mit eigener Rechtsnatur,<sup>2</sup> eine Organisation, die derzeit 27 europäische Staaten umfasst. Nach ihm hat sich die Europäische Union in einer Vielfalt von Etappen stufenweise entwickelt und geographisch und inhaltlich erweitert.<sup>3</sup> Dr. Werner Weidenfeld glaubt, dass die EU den wirtschaftlichen Aufschwung und politische Stabilität mit den Strukturen des Ausgleichs der Interessen aller Mitglieder verbinden wollte.<sup>4</sup> *„Die EU-Erweiterung ist eine Investition in die Zukunft Europas. Von dieser Investition werden Frieden, Freiheit, Stabilität und Sicherheit erwartet. Sie beschleunigt aber auch das wirtschaftliche Wachstum in der gesamten EU.“*<sup>5</sup> Durch diese Definitionen stelle ich fest, dass es durch die EU und die EU-Erweiterung, den Europäern gelungen ist zu einer Lösung aller Probleme besonders die wirtschaftlichen zu kommen. Hier habe ich mich mit den folgenden Fragen beschäftigt: Wie wurde die EU errichtet? Warum wollten die Europäer ein Bündnis machen? Und welche sind die Etappen der EU-Entwicklung und Erweiterung?

Wenn man die Geschichte Europas studiert, beobachtet man, dass die Geschichte dieses Kontinents voll von Krisen und Schwierigkeiten war. Europa hat mehr Kriegs- als Friedensjahre erlebt (100-jährigen, 30-jährigen und 7-jährigen Krieg.) Frieden war weit entfernt. Er entstand erst bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaft. Die Idee einer europäischen Einigung ist alt, konnte aber sich erst unter dem Druck des Zweiten Weltkrieges vollziehen. Eine europäische Vereinigung war der Wunsch vieler Personen, Politiker, Philosophen und Schriftsteller wie z.B. Erasmus von Rotterdam<sup>6</sup>,

---

<sup>2</sup> Europa Handbuch 2005/2006, Dr. Gerhard Schuman, Hitzler Martina Ostarek, emperica Delasasse GmbH, 9.Auflage, Carl Heymansverlag.S3.

<sup>3</sup>Europa Handbuch 2005/2006, Dr. Gerhard Schuman, Hitzler Martina Ostarek, emperica Delasasse GmbH, 9.Auflage, Carl Heymansverlag. Seite3.

<sup>4</sup> Werner Weidenfeld: Europa Handbuch: Band 1 “Die Europäische Union- Politisches System und Politikbereiche“. Dritte, aktualisierte und überarbeitete Auflage 2004, Verlag; Bertelsmann Stiftung. Seite 9.

<sup>5</sup> Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung WIFO. Auswirkungen der EU- Erweiterung auf die Wirtschaft Österreichs, Wilfried Pulwein (Koordination). Februar 2002. Verlags- und Herstellungsort: Wien. Seite 02.

<sup>6</sup> Erasmus von Rotterdam: Hatte 1517 als niederländischer Philosoph zu einer Art „Völkerbund“ aufgerufen, indem er die „ Die Klage des Friedens“ verfasste. Das Werk war eigentlich für einen Friedenskongress gedacht und wurde noch zu seinen Lebzeiten in alle Europäischen Sprachen übersetzt.

Victor Hugo<sup>7</sup> und der britische Premierminister Winston Churchill, die zum Völkerbund riefen.

Ziel dieser europäischen Vereinigung ist laut Prof. Dr. h. c. Werner Weidenfeld der Wunsch nach Sicherheit, Frieden und Freiheit. Eine europäische Vereinigung signalisiert auch den Wunsch nach wirtschaftlichem Reichtum. Der Zusammenschluss sollte Europa in einer Epoche zu großem wirtschaftlichen Aufschwung führen, und bedeutete auch die Hoffnung einen gemeinsamen Macht, wie die Großmächte USA, UdSSR aufzubauen.<sup>8</sup> Aber erst nach dem Entsetzen und dem Druck zweier Weltkriege nahmen erst die Europäer den Aufruf ernst.

### **1.1.1. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1952**

Um die europäische Vereinigung zu realisieren, gründeten Belgien, Deutschland, Luxemburg, Frankreich, Italien und die Niederlande im Jahre 1951 die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Der Gründungsvertrag wurde am 18.4.1952 in Paris unterzeichnet. Er trat am 23.7.1952 in Kraft.

Die Geschichte dieser Gemeinschaft begann im Jahre 1950 mit dem Schumann-Plan. Zwei Franzosen; Jean Monnet und Robert Schuman schlugen eine gemeinsame Organisation in Frankreich und Deutschland vor, um die Kohle und Stahlindustrie zu kontrollieren. Sie meinten, dass durch diese gemeinsame Organisation Europa wirtschaftlich unabhängig werden würde, besonders mit Blick auf Amerika und die Sowjetische Union. Dieser Plan erlaubte im Jahre 1952 die Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Die Zollsteuer der Kohle und Stahl wurde in diesen Ländern abgeschaffen. die Gründerstaaten gründeten die EGKS, um einheitliche Machtvoraussetzungen hervorzubringen und ihr die strukturelle Adaptation an die veränderten weltwirtschaftlichen Voraussetzungen zu erleichtern.<sup>9</sup>

---

<sup>7</sup> Victor Hugo: Forderte im Jahr 1849 als bedeutender französischer Schriftsteller bzw. Publizist und Vorsitzender des zweiten internationalen Friedenskongresses die „*Vereinigten Staaten von Europa*“.

<sup>8</sup> Werner Weidenfeld: EuropaHandbuch: Band 1 “Die Europäische Union- Politisches System und Politikbereiche“. Dritte, aktualisierte und überarbeitete Auflage 2004, Verlag; Bertelsmann Stiftung. Seite 23-24.

<sup>9</sup>Europa Handbuch 2005/2006, Dr. Gerhard Schuman, Hitzler Martina Ostarek, emperica Delasasse GmbH, 9.Auflage, Carl Heymansverlag.S3.

Die EGKS war der erste Schritt des Zusammenschlusses, als zweiten Schritt unterzeichneten die sechs Gründerstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl am 27.5.1952 in Paris einen Vertrag, um eine europäische Verteidigungsgemeinschaft zu gründen, aber diese scheiterte, denn die französische Nationalversammlung lehnte die Ratifizierung dieses Vertrages ab.<sup>10</sup> Der Vertrag konnte somit nicht in Kraft treten.

### **1.1.2. Die römischen Verträge 1957-1958**

Die europäische Vereinigung konzentrierte sich immer weiter auf den Bereich der Wirtschaft. So gab es im Jahre 1955 auf der Konferenz von Messina die Verhandlungen zwischen den sechs Mitgliedstaaten über die Gründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG und einer Europäischen Atomgemeinschaft EAG. Diese Verträge oder die „Römischen Verträge“ wurden am 25.03.1957 in Rom unterzeichnet. Sie traten am 01.01.1958 in Kraft. Ziel der EAG war: Die Förderung der Bildung und der Entwicklung der Kernindustrie in den Mitgliedstaaten und die Entwicklung der Beziehungen mit den anderen Ländern beizutragen. Ziel der EWG war: Die Schaffung einer einheitlichen Zollunion unter den Mitgliedstaaten. Weitere große Ziele dieses Vertrages waren: eine gemeinsame Agrarpolitik, sowie die Schaffung einer Währungsunion und eines gemeinsamen Marktes, um die Zirkulation von Waren und Personen zwischen den Mitgliedstaaten zu erleichtern.

Mit dem Vertrag von Maastricht wurde die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in Europäische Gemeinschaft (EG) umbenannt. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die Europäische Atomgemeinschaft sowie die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl wurden in einer Gemeinschaft zusammengeschlossen. Diese Gemeinschaft heißt die Europäische Gemeinschaft EG,

---

<sup>10</sup>Europa; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Welckerstraße 11, 5300, Bonn1. 9. Auflage Juni 1986. Seite 66.

der Gründungsvertrag dieser Gemeinschaft wurde im Jahre 1967<sup>11</sup> in Brüssel unterzeichnet. Er heißt der Fusionsvertrag.

### **1.1.3. Die Europäische politische Zusammenarbeit**

Die drei Gemeinschaften (EWG, EAG, EGKS) konzentrierten sich besonders auf den Bereich der Wirtschaft, d.h. ihr Ziel war die wirtschaftliche Vereinigung. Aber um eine wirkliche europäische Verbindung zu erreichen, sollten sich die Mitgliedstaaten nicht nur wirtschaftlich sondern auch politisch zusammenschließen. Sie versuchten stets, eine politische Zusammenarbeit zu erreichen. Deshalb beauftragten sie am 10.2.1961 einen Ausschuss unter dem Vorsitz des Franzosen Christian Fouchet, um dieses Ziel zu erreichen. Wegen des Konflikts zwischen Frankreich und den Beneluxstaaten d.h. wegen des mangelnden Einigungswillens scheiterte dieser Fouchet Plan im April 1962. Im Oktober 1970 einigten sich die Mitgliedstaaten auf eine freiwillige außenpolitische Abstimmung im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit; EPZ<sup>12</sup>. Ziel der EPZ war sich gemeinsam wichtiger um alle wichtige außenpolitischer Fragen anzunehmen und zum Entwurf der EU zu gelangen. Danach gab es einen Ausschuss unter der Leitung von Altiero Spinelli. Zweck dieses Ausschusses war ein Vertrag zur Gründung der EU und am 14.2.1984 wurde dieser vom Europäischen Parlament mit großer Mehrheit verabschiedet. Dr. Gerhard Schuman, Hitzler Martina Ostarek, emperica Delasasse meinten, dass dieser Entwurf einer Europäischen Union mit eigener Rechtspersönlichkeit die Ablösung der drei Gemeinschaften vorsah. Die Gesetzgebung sollte durch ein Parlament und einen Rat erfolgen.<sup>13</sup>

### **1.1.4. Die einheitliche Europäische Akte 1986**

Im Juni 1984 gab es die Gipfelkonferenz in Fontainbleau, mit der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten, die zwei Ausschüsse einsetzten. Die erste

---

<sup>11</sup> “Union Européenne [UE]”. “Microsoft® Encarta® 2007 [DVD]. Microsoft Corporation, 2006.

<sup>12</sup>Europa Handbuch 2005/2006, Dr. Gerhard Schuman, Hitzler Martina Ostarek, emperica Delasasse GmbH, 9.Auflage, Carl Heymansverlag.S3.

<sup>13</sup>Europa Handbuch 2005/2006, Dr. Gerhard Schuman, Hitzler Martina Ostarek, emperica Delasasse GmbH, 9.Auflage, Carl Heymansverlag.S4.

Kommission war unter der Leitung des irischen Senators Dooge. Dieser Ausschuss beschäftigte sich mit der Verbesserung des Funktionierens der Europäischen Zusammenarbeit innerhalb der EU und der EPZ. Der zweite Ausschuss war parallel dazu unter dem Vorsitz des Italieners Pietro Adoninno. Der Vorschlag dieser Kommission war es, den Ausbau eines gemeinsamen Marktes im Sinne Europas der Bürger auszuarbeiten. Die einheitliche europäische Akte wurde am 28.2.1986 von den Außenministern der EG-Mitgliedstaaten unterzeichnet und trat am 1.7.1987 in kraft<sup>14</sup>. Diese Akte gab der EPZ einen rechtlichen und organisatorischen Rahmen<sup>15</sup>. Die Einheitliche Europäische Akte (EEA) stellte einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Europäischen Union (EU) dar. Der Binnenmarkt umfasste einen Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gewährleistet ist. Die EEA definierte erstmals den Begriff Binnenmarkt und löste damit den alten Begriff des gemeinsamen Marktes ab. Dazu enthielt die EEA die nötigen Bestimmungen zur Verwirklichung und Regelung eines solchen Marktes auf Europäischer Ebene<sup>16</sup>. In diesem Dokument wird die Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes bis Ende 1992 festgelegt und die Grundlage für gemeinsame Europäische Außenpolitik geschaffen. Nach Nicol Schley sollte die EEA die Verträge reformieren und der Europäischen Integration neuen Auftrieb verleihen.<sup>17</sup> Im Dezember 1990 wurde eine Regierungskonferenz einberufen, um folgende Fragen zu prüfen:

- Die Einführung einer Unionsbürgerschaft
- Die Einführung einer gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik.

### **1.1.5. Der Maastrichter Vertrag 1992/1993**

---

<sup>14</sup>Vgl. Schülerduden, Politik und Gesellschaft. 5., neue bearbeitete Auflage. Herausgegeben und bearbeitet von der Redaktion Schule und Lernen. In Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Hans Boldt, Prof. Dr. Hede Prehl, Prof. Dr. DC. Umbach. Dudenverlag: Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich.

<sup>15</sup>Vgl. Europa Handbuch 2005/2006, Dr. Gerhard Schuman, Hitzler Martina Ostarek, emperica Delassasse GmbH, 9.Auflage, Carl Heymansverlag.S4.

<sup>16</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Einheitliche\\_Europ%C3%A4ische\\_Akte](http://de.wikipedia.org/wiki/Einheitliche_Europ%C3%A4ische_Akte) 15.12.2011. 13<sup>b</sup>:19.

<sup>17</sup>Europa 9. Auflage Juni 1986, Herausgeber: Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Welckerstraße 11,5300Bonn1, Seite 433.

Der Vertrag über die Europäische Union wurde in Maastricht am 7.2.1992 unterzeichnet, der am 1.11.1993 in Kraft trat. Er gilt als umfassendste Reform seit den römischen Verträgen. Er bereitet die Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Unionsbürgerschaft vor. Die verstärkte Zusammenarbeit in der Innen- und Außenpolitik und der Ausbau der Kompetenzen des Europäischen Parlaments werden beschlossen.

Die Europäische Union wird als ein Dach über die drei Gemeinschaften gestülpt. Unter diesem Dach wurde die EWG in EG umbenannt. Die Europäische Union gründete sich auf drei Säulen:

- Die Europäischen Gemeinschaften: ihre Rolle war vor allem die Verstärkung der Europäischen Integration.
- Die zweite Säule war die Einführung einer gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik (GASP).
- Die dritte Säule war die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres.

Der wichtigste Kernpunkt des Vertrages (Maastricht) war die Zielsetzung der Schaffung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Mit diesem Vertrag werden somit andere Ziele verfolgt:

- Stärkung der demokratischen Legitimität der Organe;
- bessere Funktionsfähigkeit der Organe;
- Einführung einer Wirtschafts- und Währungsunion;
- Entwicklung einer sozialen Dimension der Gemeinschaft;
- Einführung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Mit dem Maastrichter Vertrag von 1993 wurde die EG zur „ersten Säule“ der Europäischen Union, die durch die Ost- und Süderweiterung 2004 auf 25 Mitglieder anwuchs.<sup>18</sup>

---

<sup>18</sup>Vgl. Schülerduden, Politik und Gesellschaft. 5., neue bearbeitete Auflage. Herausgegeben und bearbeitet von der Redaktion Schule und Lernen. In Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Hans Boldt, Prof. Dr. Hede Prehl, Prof. Dr. DC. Umbach. Dudenverlag: Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich.

## Die drei Säulen der Europäischen Union



**Abbildung 1:** Sieglinde Rosenberger/ Peter Filzmaier. Österreich und die Europäische Union, politische Bildung. Medienpaket. Kapitel 10. Seite 2.

### 1.1.6. Der Amsterdamer Vertrag 1997/1999

Am 2. Oktober 1997 unterzeichneten die EU-Staats- und Regierungschefs den Vertrag von Amsterdam. Er trat am 1. Mai 1999 in Kraft.<sup>19</sup> Dieser Vertrag sollte die Identität der EU stärken. Er beschäftigte sich insbesondere mit den folgenden Themengebieten:

- Demokratisierung
- Beschäftigungspolitik
- Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts
- Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
- Reform der Institutionen der Europäischen Union.<sup>20</sup>

<sup>19</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag\\_von\\_Amsterdam](http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_von_Amsterdam)

### **1.1.7. Vertrag von Nizza 2000/2003**

Danach kam der Vertrag von Nizza, der am 11. Dezember 2000 von den EU-Staats und Regierungschefs unterzeichnet wurde und am 1. Februar 2003 in Kraft trat. Er beschäftigte sich mit den Änderungen des Vertrages über die EU und den Verträgen zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft. Der Vertrag beschäftigte sich primär mit rein institutionellen Änderungen.<sup>21</sup>

### **1.1.8. Europäische Verfassung**

Die Verfassung der Europäischen Union wurde am 20. Juni 2003 dem Europäischen Rat vom Europäischen Konvent als Entwurf vorgelegt. Dann gab es eine Regierungskonferenz im Rahmen der Tagung des Europäischen Rates von Brüssel, die sich am 19. Juni 2004 auf einen endgültigen Text zur europäischen Verfassung einigte. Die 25 Regierungschefs und Außenminister der EU unterzeichneten am 29. Oktober 2004 den Vertrag über die europäische Verfassung in Rom, in der alle bestehenden Verträge zusammengefasst sind. Um die europäische Identität zu stärken sowie um die Europäische Union demokratischer, effizienter und transparenter zumachen. Ziel der Europäischen Verfassung war auch der Ersatz der alten europäischen Verträge durch einen einzelnen Rechtsakt. In dieser Verfassung, neben vereinfachten Organisationsstrukturen und klar definierten Kompetenzkategorien sind mehr Sicherheit, soziale Gerechtigkeit, Bürgernähe, Transparenz und direkte Demokratie sowie mehr Mitsprache und Entscheidungsbefugnisse für das EU-Parlament als Vertretung der Bürger, zentrale Elemente<sup>22</sup>.

Im Oktober einigten sich die EU-Mitgliedstaaten in Lissabon auf den EU-Reformvertrag, der wesentliche Bestimmungen des gescheiterten Verfassungsentwurfes umfasst und die EU-Verfassung ersetzen soll. Am 13. Dezember 2007 wurde der EU-Reformvertrag in Lissabon unterzeichnet. Nach der

---

<sup>20</sup> <http://www.eufis.de/eu-glossar.html?title=Amsterdamer%20Vertrag>

<sup>21</sup> [http://europa.eu/abc/treaties/index\\_de.htm](http://europa.eu/abc/treaties/index_de.htm)

<sup>22</sup> Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressedienst, Wien 2005, S37.

Ratifizierung durch die einzelnen EU-Mitgliedstaaten sollte er bis zu den nächsten Europawahlen im Jahr 2009 Gültigkeit erlangen.

## **1.2. Die Institutionen der EU**

Die Organe der Europäischen Union sind Institutionen, die verbindliche Entscheidungen treffen, um das politische wirtschaftliche und soziale Zusammenleben zu regeln. Die Hauptorgane sind: die Kommission, der Ministerrat, der Europäische Rat, das Parlament, der Europäische Gerichtshof, der Europäische Rechnungshof, die Zentralbank. Nach Tömmel konstituieren die Kommission, Ministerrat, Parlament und Gerichtshof die Kernstruktur des europäischen Entscheidungs- Politikfindungsprozesses. Sie werden in ihrer Zusammensetzung, Organisationsstruktur, Beschlussfassungs- sowie Handlungskompetenz näher betrachtet.<sup>23</sup>

### **1.2.1. Die Europäische Kommission**

Die Europäische Kommission ist der Motor der europäischen Einigungsbemühungen<sup>24</sup>. Sie ist die Vertreterin des Gemeinschaftsinteresses, sie ist das mitwirkende Organ der Europäischen Union, sie bewegt die Gemeinschaftspolitik und hütet die Gemeinschaftsverträge. Sie ist das Organ der Vollziehung der Gemeinschaft, d.h. sie ist das exekutive Organ. Seit 2007 hat die Europäische Kommission 27 Kommissarinnen und Kommissare. Die Amtszeit der Kommissionsmitglieder beträgt fünf Jahre. Der Verwaltungsapparat der Kommission liegt in Brüssel. Die Kommissare sind unabhängig und dürfen keine Weisungen aus den Mitgliedstaaten erhalten. Die Europäische Kommission hat das sogenannte exklusive Initiativrecht, d.h. die Kommission kann Vorschläge für Ratsbeschlüsse machen.<sup>25</sup>

---

<sup>23</sup>Das politische System der EU, von Univ.- Prof. Dr. Ingeborg Tömmel. 2., völlig überarbeitete Auflage. 2006, R. Oldenbourg Verlag München Wien. Seite 58.

<sup>24</sup>Europa 9. Auflage Juni 1986, Herausgeber: Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Welckerstraße 11, 5300 Bonn 1, Seite 17.

<sup>25</sup><http://www.referate10.com/referate/Wirtschaft/2/Wirtschaft-projekt-Europa---Europaischen-Union-reon.php>

Übersicht 1: Kommissionsmitglieder nach Herkunftsstaat und Aufgabenbereich (Amtsperiode 2004-2009) siehe Anhang Seite 1.

### **1.2.2. Der Europäische Rat**

Der Europäische Rat wurde im Jahre 1974 geschaffen, er ist eine intergouvernementale Institution, er ist ein Instrument der Zuordnung und Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten der EU. Der Europäische Rat ist sozusagen die Staatenkammer, er bildet mit dem Europäischen Parlament gemeinsam die Haushaltsbehörde der EU.

Der Europäische Rat nimmt im politischen System der EU eine zentrale Position ein, er ist das politische Dachorgan, unter dem die drei Säulen der Union platziert sind und die er so auf oberster Ebene miteinander verknüpft. Als politisches Leitungsorgan der Union diskutieren die Staats- und Regierungschefs hier nur Fragen von größter Bedeutung. Der Europäische Rat gibt der Union die für ihre Entwicklung erforderlichen Impulse und legt die allgemeinen politischen Zielvorstellungen für diese Entwicklung fest. Er legt die politischen Leitlinien und Ziele fest. Er besitzt ein Weisungsrecht, d.h. er kann nicht rechtlich verbindliche Beschlüsse fassen, er muss für die Formulierung immer einen Kompromiss finden. Die Treffen des Europäischen Rates finden zumeist in der Mitte und am Ende jeder Amtszeit des Präsidenten des Europäischen Rates statt, denn der Europäische Rat tritt zweimal jährlich zusammen<sup>26</sup>, aber es können außerdem Sondergipfel stattfinden, in denen wichtige Themen beraten werden. Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Allerdings informiert der Ratspräsident das Europäische Parlament über die Ergebnisse und legt diesem einen schriftlichen Bericht vor.

### **1.2.3. Der Ministerrat**

Der Ministerrat ist das gesetzgebende (legislative) Organ der Gemeinschaft, er spielt eine wichtige Rolle in der Zuordnung oder Koordination der Arbeit der Staaten und

---

<sup>26</sup> <http://www.referate10.com/referate/Wirtschaft/2/Wirtschaft-projekt-Europa---Europaischen-Union-reon.php>

der Gemeinschaft. Er erlaubt der Kommission, die Verträge mit den Staaten zu verhandeln. Der Ministerrat tagt in Brüssel und Luxemburg, die Präsidentschaft wechselt alle sechs Monate zwischen den Mitgliedstaaten. Der Ministerrat kann Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit treffen. Er besteht aus 27 Ministern. Jedes Mitglied, d.h. jeder Minister vertritt sein Heimatland, in jedem Rat (es gibt Ministerrat der Wirtschaft, Ministerrat der Finanz und Ministerrat der Landwirtschaft...). Bei Mehrheitsentscheidungen, die mit 54 von 76 Stimmen getroffen werden, haben die vier großen Länder je zehn Stimmen, Spanien acht, die Niederlande, Belgien, Griechenland und Portugal je fünf, Dänemark und Irland drei und Luxemburg zwei Stimmen.<sup>27</sup>

#### **1.2.4. Das Europäische Parlament**

Das Europäische Parlament ist eines der fünf Hauptorgane der europäischen Gemeinschaften. Es wird seit 1979, in allgemeinen, freien und geheimen Europawahlen, alle fünf Jahre, direkt gewählt. Sein Sitz ist in Straßburg, die Ausschüsse und Fraktionen bzw. Vereinigungen tagen in Brüssel, wo zudem sechsmal im Jahr kürzere Plenarsitzungen d.h. Vollsitzungen stattfinden.

Das Europäische Parlament ist sozusagen die Bürgerkammer der EU, es bildet mit dem Europäischen Rat gemeinsam die Haushaltsbehörde. Vom 10. bis zum 13. September 1952 gab es zum ersten Mal, im Rahmen der EGKS, eine parlamentarische Versammlung die nur beratend tätig werden kann, aber jetzt für alle drei Gemeinschaften zuständig ist. Diese Versammlung gab sich den Namen Europäisches Parlament und nach dem Maastrichter Vertrag konnte das Parlament einen Gesetzentwurf gegen den Willen des Ministerrates verhindern und Untersuchungsausschüsse einsetzen.<sup>28</sup>

---

<sup>27</sup>Europa 9. Auflage Juni 1986, Herausgeber: Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Welckerstraße 11, 5300 Bonn 1, Seite 78.

<sup>28</sup>[http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4isches\\_Parlament](http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4isches_Parlament)

Das Europäische Parlament teilt sich die Gesetzgebungsfunktion mit dem Rat der Europäischen Union, also nimmt europäische Gesetze an (Richtlinien, Verordnungen, Entscheidungen). Es kann keine eigenen Gesetzentwürfe einbringen.

Im Haushaltsverfahren können Parlament und Rat Änderungen beschließen, bei den Einnahmen hat der Rat das letzte Wort bei den Ausgaben das Parlament. Es übt eine Kontrolle über die Europäische Kommission aus. Es muss der Benennung oder Bezeichnung der Kommissionsmitglieder zustimmen. Außerdem übt es über den Rat der Europäischen Union und die Kommission politische Kontrolle aus, wo diese Institutionen exekutive Funktionen inne haben.

Insgesamt hat das Europäische Parlament seit seiner Gründung zahlreiche Kompetenzen hinzugewonnen. Es hat als gemeinsamer Gesetzgeber mit dem Rat eine legislative starke Position. Es gibt die Möglichkeit, nichtständige Ausschüsse sowie Untersuchungsausschüsse einzurichten.

### **1.2.5. Der Europäische Gerichtshof**

Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (EuGH) wurde 1957 durch den EGKS- Vertrag eingerichtet, der Sitz ist in Luxemburg.<sup>29</sup> Der EuGH ist mit je einem Richter pro EU-Mitgliedstaat und acht Generalanwälten besetzt. Er ist u.a. zuständig für die Auslegung der Gründungsverträge und des sekundären Gemeinschaftsrecht (Europarecht).<sup>30</sup> Er tagt in Luxemburg. Er kontrolliert die Auslegung und Anwendung des Gemeinschaftsrechts.

Der EuGH schlichtet und befriedet die Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedstaaten, zwischen Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft, sowie zwischen Organen der Gemeinschaft.<sup>31</sup> Der Gerichtshof legt die Vorschriften

---

<sup>29</sup>Schülerduden, Politik und Gesellschaft. 5., neue bearbeitete Auflage. Herausgegeben und bearbeitet von der Redaktion Schule und Lernen. In Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Hans Boldt, Prof. Dr. Hede Prehl, Prof. Dr. DC. Umbach. Dudenverlag: Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich.

<sup>30</sup>Schülerduden, Politik und Gesellschaft. 5., neue bearbeitete Auflage. Herausgegeben und bearbeitet von der Redaktion Schule und Lernen. In Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Hans Boldt, Prof. Dr. Hede Prehl, Prof. Dr. DC. Umbach. Dudenverlag: Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich.

<sup>31</sup>Europa 9. Auflage Juni 1986, Herausgeber: Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Welckerstraße 11, 5300 Bonn 1, Seite 82.

obligatorisch fest, im Rahmen der europäischen Gesetzgebung Ziel ist, um die Entscheidungen der nationalen Gerichtshöfe wiederzugeben. Laut Dr. Gerhard Schumann- Hitzler, ist der EuGH seit September 1989 ein Gericht erster Instanz als Tatsacheninstanz für bestimmte Verfahrensarten vorgeschaltet.<sup>32</sup> Der EuGH spielt eine wichtige Rolle für die EG, er überprüft die zuvorkommenden Entscheidungen nach rechtsstaatlichen Prinzipien.<sup>33</sup>

#### **1.2.6. Der Europäische Rechnungshof (EuRH)**

Diese wichtige Haushaltskontrollinstanz wurde durch einen Vertrag aus dem Jahre 1975 errichtet. Er begann erst seine Arbeit am 25. Oktober 1977. Seine Kompetenzen wurden durch die Verträge von Amsterdam und Nizza weiterausgebaut. Er prüft die Rechtmäßigkeit und ordnungsgemäße Verwendung von Einnahmen und Ausgaben der Institutionen der EG. Sein Sitz ist in Luxemburg. Jeder Mitgliedstaat schlägt einen Vertreter für den EuRH vor, der vom Ministerrat nach Anhörung des Parlaments auf sechs Jahre ernannt wird, sie wählen für drei Jahre. Der Generalsekretär, der höchste Beamter des EuRH wird vom Rechnungshof ernannt und mit Verwaltungsaufgaben betraut. Die Mitarbeiter können Prüfbesuche bei anderen EU-Organen vollziehen. Bei seiner Kontrolle der Haushaltsausführung der Kommission wird das Parlament von den Mitgliedern des Rechnungshofes unterstützt.<sup>34</sup> Die Mitglieder der EuRH können an den Sitzungen der Ausschüsse des Parlaments, besonders an den zuständigen Ausschüssen teilnehmen.

#### **1.2.7. Die Europäische Zentralbank (EZB)**

Die Europäische Zentralbank wurde 1998 durch den Vertrag über die EU gegründet. Ihr Sitz ist in Frankfurt/ Main. Es ist das Herzstück des Europasystems und des europäischen Systems der Zentralbanken. Die EZB verwaltet den Euro, die einheitliche Währung der EU und sorgt für die Preisstabilität, d.h. ihr Ziel ist es die

---

<sup>32</sup> Europa Handbuch 2005/2006, Dr. Gerhard Schuman, Hitzler Martina Ostarek, emperica Delasasse GmbH, 9.Auflage, Carl Heymansverlag.S32.

<sup>33</sup> Werner Weidenfeld: EuropaHandbuch: Band 1 "Die Europäische Union- Politisches System und Politikbereiche". Dritte, aktualisierte und überarbeitete Auflage 2004, Verlag; Bertelsmann Stiftung. Seite 97.

<sup>34</sup>Europa 9. Auflage Juni 1986, Herausgeber: Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Welckerstraße 11,5300Bonn1, Seite83.

Preisstabilität im Euro- Raum zu gewährleisten. Die EZB ist vor allem verantwortlich für die Gestaltung und Durchführung der Wirtschafts- und Währungspolitik der EU. *Sie unterstützt die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft.*<sup>35</sup>

---

<sup>35</sup>Website, Europa- Überblick über die Tätigkeitsbereiche der Europäischen Union- Wirtschaft und Währung.htm.06 Oktober, 11<sup>h</sup>30.

# Die Organe der Europäischen Union

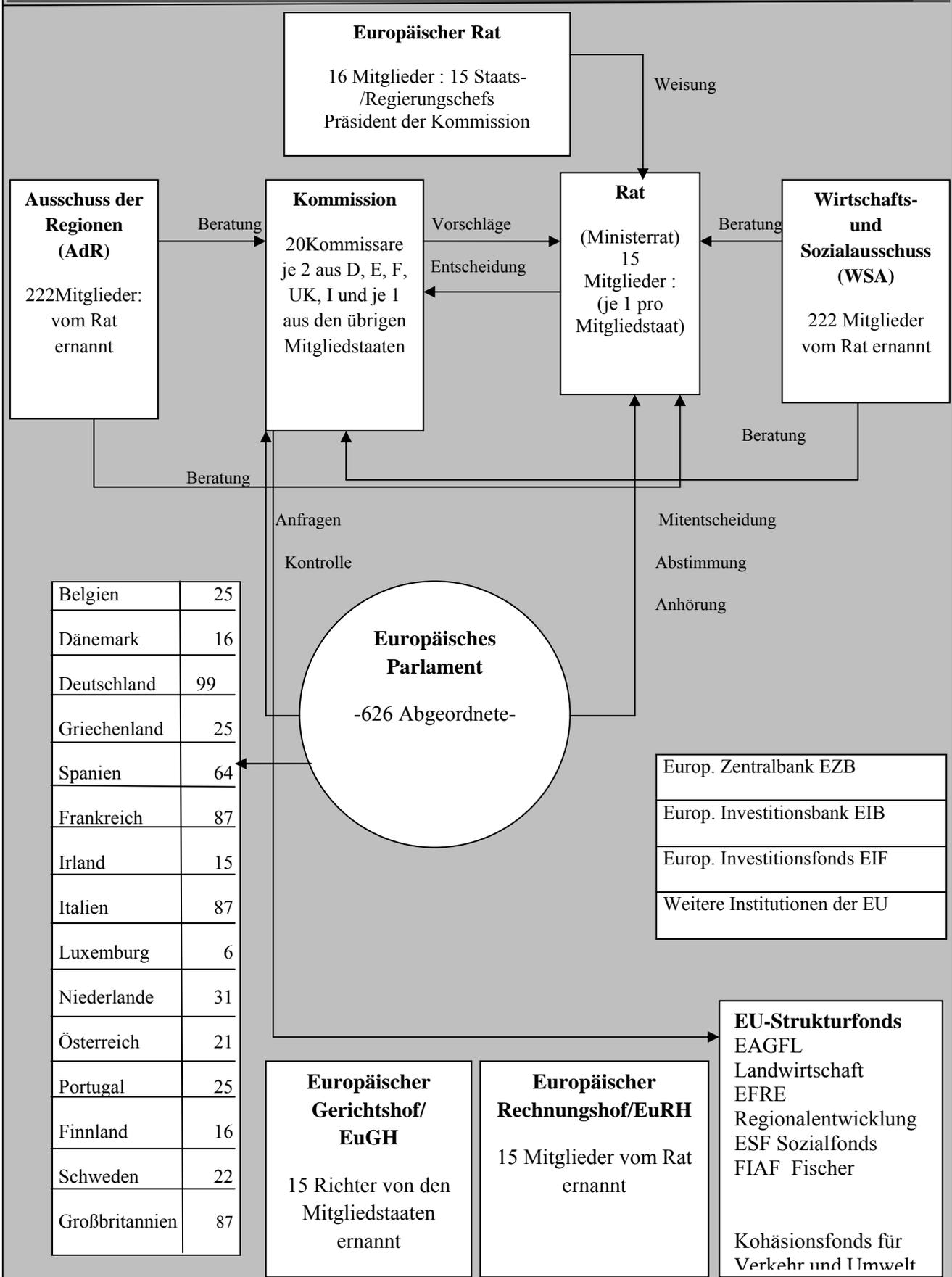


Abbildung 2: Sieglinde Rosenberger/ Peter Filzmaier. Österreich und die Europäische Union. Medienpaket. Kapitel 10. 1999. Seite 10

### 1.3. Die zwischenstaatliche Zusammenarbeit in die EU

Die zwischenstaatliche Zusammenarbeit enthält die Bereiche der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und Bereiche der Innen- und Justizpolitik. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), wurde mit dem Vertrag von Maastricht 1992 als zweite der drei Säulen der EU errichtet. Als eine intergouvernementale zwischenstaatliche Zusammenarbeit auf Regierungsebene definiert die GASP einen Rahmen für die Kooperation der EU-Staaten in der Außen- und Sicherheitspolitik. Sie ist am 1.11.93 in Kraft getreten. Sie enthält alle Fragen, die Sicherheit der EU betreffen, „einschließlich der schrittweisen Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik“.<sup>36</sup>

Ziele der GASP sind:

- Stärkung der Sicherheit der Union.
- Schutz des Friedens und die Stärkung der internationalen Sicherheit entsprechend den einschlägigen völkerrechtlichen Verträgen.
- Förderung der internationalen Zusammenarbeit.
- Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.
- Schutz der gemeinsamen Werte, der grundlegenden Interessen, der Unabhängigkeit der Union.

Der zweite Bereich der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit ist der Bereich der Innen- und Rechtspolitik, dieser Bereich enthält die Kooperation zwischen den Zoll-Polizei- und Justizbehörden der Mitgliedstaaten.<sup>37</sup>Dieser Bereich interessiert sich nicht für die Schaffung eines einheitlichen Rechtsrahmens sondern die wesentliche Handlungsform ist die Koordinierung.

---

<sup>36</sup> Europa Handbuch 2005/2006, Dr. Gerhard Schuman, Hitzler Martina Ostarek, emperica Delasasse GmbH, 9.Auflage, Carl Heymansverlag.S14.

<sup>37</sup> Europa Handbuch 2005/2006, Dr. Gerhard Schuman, Hitzler Martina Ostarek, emperica Delasasse GmbH, 9.Auflage, Carl Heymansverlag.S14.

## 1.4. Die Wirtschaft der Europäischen Union

Die EU wurde in gerade einmal 50 Jahren zum zweitgrößten Wirtschaftsraum der Welt, ihre wichtigsten Ziele sind die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts sowie die ständige Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Heute hingegen bildet die EU im Wesentlichen einen einheitlichen Wirtschaftsraum. Für den freien Güterverkehr gibt es keine einzelstaatlichen Grenzen. Auch für Personen, Kapital und Dienstleister besteht in der EU eine Freizügigkeit, die vor 50 Jahren kaum vorstellbar war.<sup>38</sup>

Seit der Gründung der EU waren.

- die Schaffung einer Zollunion
- der Binnenmarkt
- die Wirtschafts- und Währungsunion, die drei wichtigsten Ziele

### 1.4.1. Die Zollunion

Der erste Schritt auf dem Weg zu einer einheitlichen EU-Wirtschaft war die Schaffung einer Zollunion. Es war zwischen Belgien, Luxemburg und den Niederlande (Benelux). Nach Nicol Schley ist die Zollunion dadurch entstanden, dass eine Gruppe von Staaten sich zum einheitlichen Zollgebiet zusammengeschlossen hat. Er hat auch gesagt, dass die Zölle zwischen den Mitgliedstaaten geschaffen wurden und die Einfuhren aus Drittländern in der Zollunion mit einheitlichen Zollsätzen belastet wurden.<sup>39</sup>

Durch diese Zollunion wurden die Grundlagen für den freien Warenhandel geschaffen. Auch die Voraussetzungen für Importeure aus den anderen Regionen der Welt wurden verbessert. ***Innerhalb der Grenzen der Zollunion, die 1968 vollendet wurde, gilt der***

---

<sup>38</sup>Europäische Kommission. Für mehr Wachstum. Die Wirtschaft der EU. Reihe *Europa in Bewegung*. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. 2004 — 22 S. — 16,2 x 22,9 cm. ISBN 92-894-6141-1. Seite 3.

<sup>39</sup>Europa 9. Auflage Juni 1986, Herausgeber: Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Welckerstraße 11, 5300 Bonn 1, Seite 133.

***Freihandel. Von Lappland bis Sizilien, von den atlantischen Inseln Portugals bis zu den östlichen Außengrenzen der EU müssen Unternehmen keine Zölle zahlen.***<sup>40</sup> Ab 1970 wuchs der Handel zwischen den Mitgliedstaaten sechsmal mehr als in den zwölf Jahre zuvor. Mit der anderen Welt hat sich der Handel verdreifacht. Das Ausmaß der Volkswirtschaften der EU-Länder sich verdoppelte und entwickelte sich rascher als die Wirtschaft der USA.

#### **1.4.2. Der europäische Binnenmarkt**

Der Binnenmarkt war ein großer Schritt auf dem Weg zum freien Dienstleistungshandel. Grüske / Schneider meinen, dass der europäische Binnenmarkt als zentrales Fundament der Wirtschaft gilt.<sup>41</sup> Die Idee eines gemeinsamen Marktes begann mit den Römischen Verträgen und wurde im Jahre 1992 umgesetzt. Der Binnenmarkt ist ein Wirtschaftsraum, in dem der freie Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr gewährleistet sind, d.h. der Binnenmarkt bedeutet die freie Zirkulation der Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital ohne Kontrolle und ohne Binnengrenzen zwischen den EU-Mitgliedstaaten und innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Das war und ist noch das Hauptziel des EU-Binnenmarktes. So wurde der europäische Binnenmarkt am 31. Dezember 1992 geschaffen, um die wirtschaftliche und handelspolitische Schranken und Grenzen zwischen den Mitgliedstaaten der EU abzubauen.

Die wichtigste Auswirkung des Binnenmarktes ist, dass es in Europa großenteils keine nationalen Märkte mehr gibt, sondern nur noch einen europäischen Markt. Es gibt eine größere Auswahl an Produkten und das ist ein Vorteil für den Verbraucher. Ein anderer Vorteil besteht darin, dass der größere Konkurrenzdruck die Firmen zwingt, ihre Produkte oder Dienstleistungen zu niedrigeren Preisen und/oder besserer Qualität

---

<sup>40</sup>Europäische Kommission. Für mehr Wachstum. Die Wirtschaft der EU. Reihe *Europa in Bewegung*. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. 2004 — 22 S. — 16,2 x 22,9 cm. ISBN 92-894-6141-1. Seite 6.

<sup>41</sup> Karl- Dieter Grüske, Friedrich Schneider: Wörterbuch der Wirtschaft. Dreizehnte, völlig neu bearbeitete Auflage mit 80 Grafiken, Kröner Verlag Stuttgart 2003. Seite 149.

anzubieten. Außerdem erleichtert der Binnenmarkt die Arbeitsplatz- und Wohnsitzsuche in den Ländern der Mitgliedstaaten.

Durch die Abschaffung der Zollgrenzen im Inneren und den gemeinsamen Zolltarif nach außen stellt der europäische Binnenmarkt zugleich eine Zollunion dar; durch die Aufhebung der Binnengrenzen auch für Personen, Dienstleistungen und Kapital geht er jedoch deutlich über diese Stufe wirtschaftlicher Integration hinaus.

### 1.4.3. Der europäische Wirtschaftsraum

Nach Karl- Dieter Gröske und Friedrich Schneider: *„Seit 1994 → bestehende Freihandelszone → zwischen der Europäischen Union → ( EU) und der European Free Trade Association (EFTA) (ohne die Schweiz) mit dem Ziel, einen an EU-Recht angelehnten Wirtschaftsraum zu verwirklichen, ohne dass die EFTA-Staaten in die EU eintreten oder ihre Autonomie in der Handels und Zollpolitik gegenüber Drittstaaten aufgeben müssen. Der E. gilt mit einem Anteil von 40% am Welthandel als der größte gemeinsame Markt der Welt.“*<sup>42</sup> Großbritannien, Schweden, Dänemark, Norwegen, der Schweiz, Österreich und Portugal haben im Jahre 1960 eine multilaterale Organisation gegründet, diese Organisation heißt die EFTA bzw. Europäische Freihandelsassoziation und ihr Sekretariat ist in Genf.

Die Ziele der Gründung waren:

- die Ausweitung der Wirtschaftstätigkeit
- Sicherung der Vollbeschäftigung
- Steigerung der Produktivität
- Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen und gleichmäßige
- Versorgung mit Rohstoffen über die Ausweitung des internationalen Handels.<sup>43</sup>

---

<sup>42</sup>Karl- Dieter Gröske, Friedrich Schneider: Wörterbuch der Wirtschaft. Dreizehnte, völlig neu bearbeitete Auflage mit 80 Grafiken, Kröner Verlag Stuttgart 2003. Seite 151.

<sup>43</sup>Karl- Dieter Gröske, Friedrich Schneider: Wörterbuch der Wirtschaft. Dreizehnte, völlig neu bearbeitete Auflage mit 80 Grafiken, Kröner Verlag Stuttgart 2003. Seite 154.

Das wichtigste Ziel der EFTA seit ihrer Gründung im Jahre 1960 war aber die Regelung der Beziehungen zwischen ihren Mitgliedstaaten und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Deshalb traten die EFTA Staaten Großbritannien und Dänemark mit Irland der europäischen Gemeinschaften bei. So entstand eine enge Zusammenarbeit zwischen EFTA und EWG. Ein großer Schritt war der Abschluss des Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den EWG-Länder von 1972-1977. Im Jahre 1989 schlug die Kommission die Aufnahme formeller Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und der EFTA über die Schaffung eines einheitlichen europäischen Wirtschaftsraums vor, denn die EFTA- Staaten und die Mitgliedsländer der Gemeinschaft waren für einander die wesentlichen Handelspartner darstellt.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen war „das Abkommen über den europäischen Wirtschaftsraum“. Dieses wurde am 2.5.1992 in Porto unterzeichnet. Dieses Abkommen sollte zeitgleich mit dem Binnenmarkt in Kraft treten. Die Schweiz lehnte durch eine Volksabstimmung am 6.12.1992 den Beitritt zum EWR ab, deshalb kam ein Zusatzprotokoll im Jahre 1993 zustand, das ein Inkrafttreten des EWR ohne der Schweiz am 1.1.1994 ermöglichte. Die EFTA- Staaten übernehmen mit dem EWR Abkommen in weiten Bereichen das geltende Gemeinschaftsrecht. Das EWR Abkommen ist einem speziellen institutionellen Rahmen zur Abstimmung der Politik und Gesetzgebung innerhalb der Gemeinschaft gefolgt. Angebot der politischen Anstöße für die Durchführung des Abkommens, die Festlegung der allgemeinen Leitlinien für den gemeinsamen EWR- Ausschuss, sind die Aufgabe des EWR-Rates. Die Mitglieder des Rates und der Kommission der EU sowie je ein Mitglied der Regierung eines jeden EFTA- Staates, stellen die Mitglieder des EWR- Rates.

Der Vorsitz des EWR- Rates wechselt halbjährlich zwischen der Gemeinschaft und der EFTA. Sowie bei dem EWR- Ausschuss wechselt auch der Vorsitz zwischen der Gemeinschaft und der EFTA halbjährlich. Dieser EWR- Ausschuss trifft nach Dr. Gerhard Schumann insbesondere die Entscheidung über die Weiterung neuen

Gemeinschaftsrechts auf den EWR. Diese Entscheidungen werden in diesem Gremium einvernehmlich zwischen der Gemeinschaftsseite und der EFTA- Seite getroffen.<sup>44</sup>

#### **1.4.4. Die Wirtschafts- und Währungsunion WWU**

Grüske/Schneider definiert die WWU als *Prozess der Wirtschafts- und Währungspolitiken der Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Einführung des Euro als gemeinsame Währung.*<sup>45</sup>

Mit der Wirtschafts- und Währungsunion wurden die restlichen Hindernisse für grenzübergreifende Investitionen beseitigt. Sie führte zu einer gemeinsamen Währung (dem Euro) und einem abgestimmten wirtschaftspolitischen Konzept. Das Hauptziel der EG war seit Beginn eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, aber das Problem am Anfang war, dass die Mitgliedstaaten unterschiedliche Meinungen von Wirtschaftspolitik hatten. Manche Partner basierten auf Stabilität und andere setzten nur auf Wachstum, was zur Trennung führte. Wie die Presse und das Informationsamt der Bundesregierung geschrieben haben, lief die wirtschaftliche Entwicklung in der EG auseinander.<sup>46</sup> Aber das bedroht den gemeinsamen Markt, deshalb verabschiedeten sie ein gemeinsames Konjunkturprogramm und Programme für mittelfristige Wirtschaftspolitik.<sup>47</sup>

Die Idee der Wirtschafts- und Währungsunion kam im Dezember 1969 auf dem Gipfeltreffen in den Haag, wo die damaligen sechs Mitgliedstaaten die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion als einen Schritt auf dem Weg zur EU sahen.

Der erste Schritt zur WWU, basierte auf der Grundlage des sogenannten „Werner Berichts“, der die Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten vereinheitlichen sollte. Mittels dieses Plans sollte eine Wirtschafts- und Währungsunion entstehen. Es wurde

---

<sup>44</sup>Europa Handbuch 2005/2006, Dr. Gerhard Schuman, Hitzler Martina Ostarek, emperica Delasasse GmbH, 9.Auflage, Carl Heymansverlag .Seite 22.

<sup>45</sup>Karl- Dieter Grüske, Friedrich Schneider: Wörterbuch der Wirtschaft. Dreizehnte, völlig neu bearbeitete Auflage mit 80 Grafiken, Kröner Verlag Stuttgart 2003. Seite 602.

<sup>46</sup>Europa 9. Auflage Juni 1986, Herausgeber: Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Welckerstraße 11,5300Bonn1, Seite 101.

<sup>47</sup>Europa 9. Auflage Juni 1986, Herausgeber: Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Welckerstraße 11,5300Bonn1, Seite 101.

ein europäisches Notenbanksystem, eine gemeinsame europäische Währung geplant, man wollte auch die wichtigsten wirtschaftspolitischen Entscheidungen gemeinsam treffen. Die WWU sah auch vor, eine Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung in drei Stufen innerhalb von 10 Jahren umzusetzen. Aber das scheiterte an dem Misserfolg des internationalen Währungssystems von Bretton Woods.

Nach Olaf Hillenbrand konnten die Wechselkurse der EG-Staaten von diesem Punkt an, gegenüber dem US-Dollar frei schwanken.<sup>48</sup> Hier konnte nur eine Währungsschlange die Krisenzeiten überdauern. Dieses System wurde am 24 April 1971 eingeführt. Nach Nicol Schley soll die Währungsschlange die Wechselkurse der Mitgliedstaaten untereinander stabil und gegenüber dem US-Dollar flexibel halten.<sup>49</sup> Dann soll das Europäische Währungssystem (EWS), die erfolglose Währungsschlange ersetzen. Das Europäische Währungssystem (EWS) wurde errichtet, um die wirtschafts- und währungspolitischen Zusammenarbeit zu verstärken und um Währungsstabilität zu leisten. Es trat am 13. März 1979 in Kraft. Das Hauptziel dieses Systems war eine gemeinsame europäische Wirtschafts- und Währungspolitik zu entwickeln. Im Juni 1988 kam der Europäische Rat von Hannover, um die Verwirklichung dieser Wirtschafts- und Währungsunion zu festigen. Er beauftragte eine Kommission unter dem Vorsitz von Jacques Delors, den damaligen Präsidenten der Europäischen Kommission, um die konkreten Etappen zur Verwirklichung dieser Union zu prüfen und vorzuschlagen.<sup>50</sup> Diese Kommission legte im April 1989 einen Bericht vor. Darin wurde geschlagen, die Wirtschafts- und Währungsunion in drei aufeinander aufbauenden Schritten zu vollenden.

---

<sup>48</sup> Werner Weidenfeld: EuropaHandbuch: Band 1 "Die Europäische Union- Politisches System und Politikbereiche". Dritte, aktualisierte und überarbeitete Auflage 2004, Verlag; Bertelsmann Stiftung. Seite 243.

<sup>49</sup>Werner Weidenfeld: EuropaHandbuch: Band 1 "Die Europäische Union- Politisches System und Politikbereiche". Dritte, aktualisierte und überarbeitete Auflage 2004, Verlag; Bertelsmann Stiftung. Seite 430.

<sup>50</sup>Europa Handbuch 2005/2006, Dr. Gerhard Schuman, Hitzler Martina Ostarek, emperica Delasasse GmbH, 9.Auflage, Carl Heymansverlag .Seite 9.

## Die drei Stufen der Wirtschafts- und Währungsunion

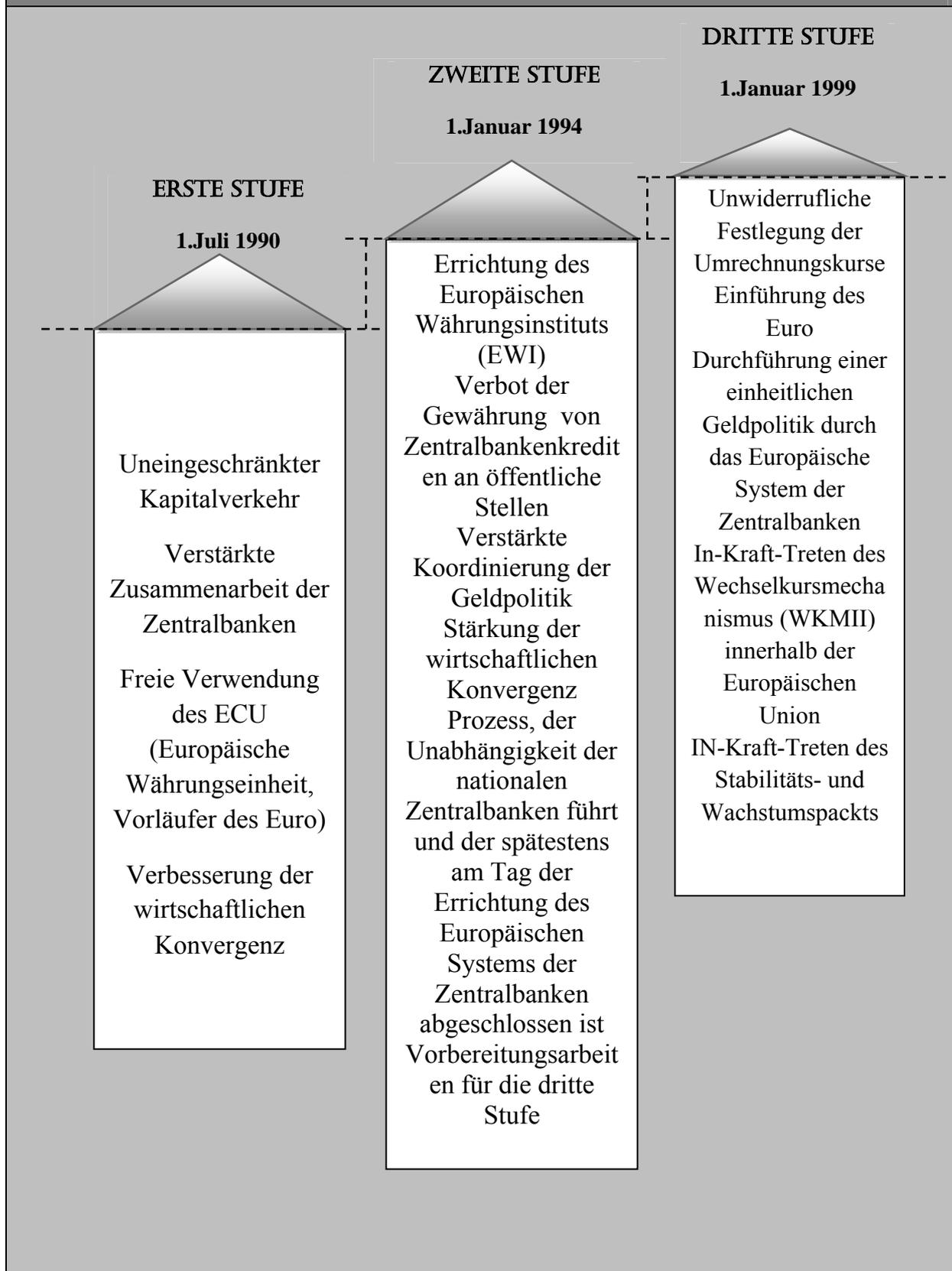


Abbildung 3 : <http://de.wikipedia.org/wiki/wirtschafts&währungsunion> 15.12.2011. 13<sup>h</sup>:19.

➤ **Die erste Stufe: 1. Juli 1990**

Der Europäische Rat von Straßburg beschloss im Dezember 1989 auf der Grundlage der Delors- Berichts, dass die erste Stufe der Wirtschaft- und Währungsunion am 1. Juli 1990 beginnen sollte. An diesem Tag wurden grundsätzlich alle Beschränkungen des Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten aufgehoben. In dieser Stufe wurden die Ergebnisse einer Regierungskonferenz über die WWU zusammen mit dem Ergebnis der Regierungskonferenz über die politische Union im Dezember 1991 in dem „Vertrag über die Europäische Union“ zusammengefasst, der am 7.2.1992 im Maastricht unterzeichnet wurde.<sup>51</sup>

➤ **Die zweite Stufe begann am 1.1.1994. (Errichtung des EWI und der EZB)**

In den darauf folgenden Jahren wurde eine klare Trennung zwischen den Finanzen des Staates und der Zentralbanken gezogen. Die Regierungen konnten von den Zentralbanken nicht länger verlangen, Geld zu drucken, um Haushaltsdefizite auszugleichen. 1994 wurde mit der Einrichtung des Europäischen Währungsinstituts EWI, dem Vorläufer der heutigen Europäischen Zentralbank EZB, die zweite Stufe der WWU erreicht. Am 1. Januar 1994 begann die zweite Stufe der WWU und zwar mit der Errichtung des Europäischen Währungsinstituts (EWI) in Frankfurt am Main, das als Vorläufer der Europäischen Zentralbank gesehen wird. Das EWI spiegelte den Stand der währungspolitischen Integration innerhalb der Gemeinschaft wider.

Das europäische Währungsinstitut sollte die Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken und die Koordinierung der Geldpolitiken verstärken, sowie die notwendigen Vorarbeiten für die Errichtung des europäischen Systems der Zentralbanken (EZBS), die Vollziehung einer einheitlichen Währung in der dritten Stufe zu leisten. Mit der Schaffung der EZB am 1. Juni 1998 hatte das EWI seine Aufgabe erfüllt und wurde dann aufgelöst. Um die Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten zu erhöhen, wurde die Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik der Mitgliedstaaten stärker aufeinander abgestimmt.

---

<sup>51</sup> Europa Handbuch 2005/2006, Dr. Gerhard Schuman, Hitzler Martina Ostarek, emperica Delasasse GmbH, 9.Auflage, Carl Heymansverlag .Seite 9.

➤ **Die dritte Stufe am 1.1. 1999.**

Mit der dritten Stufe ging die Kompetenz für die Bestimmung und Erfüllung der Geldpolitik, die Verwaltung der Währungsreserven und das Recht zur Verteilung von Banknoten auf die Gemeinschaft über. Dazu wurde ein Europäisches Zentralbanksystem (EZBS) errichtet, das aus der Europäischen Zentralbank (EZB) und den Nationalzentralbanken besteht.<sup>52</sup>

Das Hauptziel der Geldpolitik der EZB ist die Preisstabilität. 1999 wurden die nationalen Währungen der Teilnehmerstaaten durch den „Euro“, die gemeinsame Währung, abgelöst. Jetzt benutzen fast 60% der EU-Bürger den Euro und diese Währung ist international anerkannt. Das bedeutet auch einen sehr guten Ruf bei Investoren, natürlich profitieren die Bürger und Unternehmen in diesen Ländern direkt vom Euro. Der Startschuss für die vollständige Wirtschafts- und Währungsunion fiel am 1. Januar 1999 mit der Einführung des Euro in elf Mitgliedstaaten: Österreich, Belgien, Finnland, Frankreich, Deutschland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal und Spanien mit Ausnahme von Dänemark, Schweden und dem Vereinigten Königreich. Die Wirtschafts- und Währungsunion und der Euro sollen für ein besseres Funktionieren der europäischen Wirtschaft und für mehr Arbeitsplätze sorgen und außer den europäischen Bürgern zu mehr Wohlstand verhelfen. WWU und Euro haben die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt geschaffen und damit wesentliche Vorteile:

- Eine stabile Währung
- Niedrige Inflationsrate und niedrige Zinsen
- Preistransparenz
- Wegfall der Wechselgebühren
- Stärker integrierte Finanzmärkte
- Eine leistungsfähigere Wirtschaft
- Gesundere öffentliche Finanzen
- Eine stärkere Stimme für die EU in der Weltwirtschaft

---

<sup>52</sup>Europa Handbuch 2005/2006, Dr. Gerhard Schuman, Hitzler Martina Ostarek, emperica Delasasse GmbH, 9.Auflage, Carl Heymansverlag, Seite 9.

- Erleichterung für den internationalen Handel
- Ein konkretes Zeichen europäischer Identität.

#### **1.4.5. Wirtschaftliche und finanzielle Stabilität und Wachstum**

Für den Binnenmarkt ist es sehr wichtig und wertvoll die Wirtschaftspolitik der einzelnen Staaten zu koordinieren und mit diesen zusammenzuarbeiten. Denn durch diese koordinierte Politik kann die Verbindung aus Marktdynamik, sozialem Zusammenhalt und Umweltverantwortung in der EU gestärkt werden. Ziel war es Wachstum und mehr Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) bildet den Rahmen für die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit. Alle EU-Länder, die Mitglieder der WWU sind, sollen sozial- und wirtschaftspolitische Leitlinien befolgen, die zu mehr Wachstum, mehr Arbeitsplätzen und einem höheren sozialen Standard für alle führen sollen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist das Instrument, mit dem die Wirtschaftspolitik der EU-Länder weitgehend synchronisiert wird. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt bedeutet, dass die EU-Mitgliedstaaten nicht mehr ausgeben dürfen, als sie einnehmen. Durch diese Methode können sie den Aufbau von Schulden vermeiden, was in der Vergangenheit dazu geführt hat, dass Regierungen entweder Steuern erhöhen mussten oder kein Geld für ihre Bürger und für Investitionen hatte.

Falls sich die Steuereinnahmen reduzieren und sich das Wirtschaftswachstum verlangsamt, weil es etwa den Unternehmen schlechter geht, die Verbraucher weniger ausgeben und der Staat mehr Geld für Arbeitslosenunterstützung bezahlen muss. Unter diesen Faktoren könnte eine zusätzliche Schuldenaufnahme gerechtfertigt sein. Wenn die Haushalte jedoch grundsätzlich gesund sind, dürften die Regierungen über genug Reserven verfügen, um ihre Defizite unter der Marke von 3 % des BIP zu halten.

Der Pakt ist keine Zwangsjacke und Hindernis. Regierungen dürfen die 3 %-Grenze bei außergewöhnlichen Umständen überschreiten. Der Wirtschaft kann es schlecht gehen, ohne dass die Regierung daran schuld ist. Unvorhergesehene Ereignisse können die Weltwirtschaft erschüttern und bewegen, beispielsweise die terroristischen

Anschläge in den Vereinigten Staaten am 11. September 2001 oder die Ölpreissteigerungen vor dem Irak-Krieg im Jahr 2003.

Verstößt ein Mitgliedstaat ohne hinreichenden Grund gegen die Vorschriften des Paktes, wird er aufgefordert, unverzüglich gegenzusteuern. Ansonsten können ihm die Europäische Union und die anderen EU Länder Korrekturmaßnahmen auferlegen. Reicht dies nicht aus, um den Haushalt wieder unter Kontrolle zu bekommen, könnte dieser Mitgliedstaat veranlasst werden, Geld zinsfrei bei der Kommission zu hinterlegen. Gelingt es dem Mitgliedstaat immer noch nicht, seinen Haushalt in Ordnung zu bringen, könnte das Geld eingezogen werden. Dies wäre gerechtfertigt, weil ein übermäßiges Defizit in einem EU-Staat negative Auswirkungen auf die anderen haben kann.<sup>53</sup>

### **1.5. Die Liste der EU-Mitgliedstaaten**

Seit 1957, dem Jahr der Gründung der EGKS, jene waren zuerst sechs und jetzt sind es 27. Diese Erweiterung wurde durch schrittweise realisiert. Am 25. März unterzeichneten sechs europäische Staaten den Vertrag von Rom, den Gründungsvertrag der EGKS. Diese sechs Gründerstaaten waren: Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Sie vereinten sich, um Krieg zu vermeiden und um die Wirtschaft des Kontinents weiter zu entwickeln.<sup>54</sup>

Danach folgte die erste Integration oder wie man sagt: **Die erste Erweiterung der EG 1973**. Bei der sogenannten Norderweiterung 1973 traten Dänemark, die Republik Irland und das Vereinigte Königreich der EG bei. Norwegen hatte auch die Mitgliedschaft beantragt, konnte aber wegen eines ablehnenden Votums der Bevölkerung nicht beitreten. Das norwegische Volk hatte bedenken, dass sie Errungenschaften, des Wohlfahrtstaates verlieren würden.

---

<sup>53</sup><http://www.europa.eu>

<sup>54</sup><http://www.referate10.com/referate/Wirtschaft/2/Wirtschaft-projekt-Europa---Europaischen-Union-reon.php>

**Die zweite Erweiterung oder Süderweiterung 1981:** im Jahre 1981 wurde Griechenland das zehnte Mitglied der EG.

**Dritte Erweiterung (Süderweiterung) 1986:** 1986 folgten Portugal und Spanien als 11. und 12. Mitglied.

**Deutsche Wiedervereinigung 1990:** am 3. Oktober 1990 vergrößert sich das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland um das Gebiet der DDR durch die Wiedervereinigung Deutschlands. Mit nunmehr rund 80 Millionen Menschen war Deutschland der bei weitem größte EG- Mitgliedstaat.

**Vierte Erweiterung (2. Norderweiterung) 1995:** im Jahre 1995 traten Österreich, Schweden und Finnland der EG bei.

**Fünfte Erweiterung (Osterweiterung Teil I) 2004:** am 1. Mai 2004 traten die Staaten, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern der EU bei.

**Sechste Erweiterung (Osterweiterung Teil II) 2007:** am 1. Januar 2007 wurden einem EU-Beschluss unter strikten Auflagen auch Bulgarien und Rumänien in die Europäische Union aufgenommen.

Diese notwendigen Etappen und Ausdehnungen der Europäischen Union und natürlich der Aufschwung in den Bereichen der Wirtschaft, geben den anderen Europäischen Ländern die Gelegenheit ihre Plätze in Europa zurück zunehmen. Die EU erlaubt eine wachsende und stärkende wirtschaftliche Interdependenz zwischen den europäischen Staaten zu entwickeln, deshalb integrierten vielen europäischen Länder in der EU wie Österreich.

# *Kapitel II*

## 2. ÖSTERREICH ALS GLEICHBERECHTIGTES MITGLIED DER EU

---

### **Einführung**

In diesem Kapitel wird zuerst ein allgemeiner Überblick über Österreich präsentiert. Um Österreich näher kennen zu lernen soll die Geschichte Österreichs dargestellt werden, d.h. wie hat sich Österreich entwickelt. Von der Geschichte geht man nach heutiger politischer Lage, bzw. das österreichische System Österreichs, die Parteien Österreichs. Der wichtigste Punkt in diesem Kapitel ist es, die Mitgliedschaft Österreichs in der europäischen Union darzustellen, d.h. den Weg Österreichs in der EU. Was hat zu dieser Idee geführt. Wie war dieser Weg bis heute?

### **2.1. Überblick über Österreich**

Genau im südlichen Mitteleuropa liegt die österreichische Bundesrepublik, ein kleiner Staat mit einer Oberfläche von 83.871 Quadratkilometer, es hat sowohl Anteil an den Ostalpen als auch um Donauraum. Österreich hat gemeinsame Grenzen mit acht Staaten, Deutschland, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn, Slowenien, Italien, der Schweiz und Lichtenstein. Durch seine Lage ist Österreich Kreuzungspunkt der Verkehrsrouten zwischen den großen europäischen Wirtschafts- und Kulturräumen.<sup>55</sup> Österreich ist ein Bundesstaat mit neun Bundesländern: Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg und die Hauptstadt Wien. Im Jahre 2005 hatte Österreich rund 8.207.000 Einwohner, die Frauen stellen die Mehrheit mit rund 51%.<sup>56</sup> Dieses Bevölkerungswachstum beruht vor allem auf zwei Gründen:

- Die positive Geburtenbilanz.

---

<sup>55</sup> Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressdienst, Wien 2005, S 10.

<sup>56</sup> Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressdienst, Wien 2005, S 11.

- und auch wie fast alle europäischen Länder die starke Zuwanderung und das seit Beginn der 90iger Jahre. Die Bevölkerung ist zu rund 98% deutschsprachig, und 78% der Österreicher sind römisch katholisch.

## **2.2. Die Geschichte Österreichs**

### **2.2.1. Die historischen Entwicklungen Österreichs 976-1866**

Österreich war seit urgeschichtlichen Zeiten besiedelt, wegen seiner zentralen Lage war es von sämtlichen historischen Entwicklungen des Kontinents betroffen. Im 2. Jahrhundert gründeten die Kelten das Keltische Königreich Noricum. Es war der erste Staat auf österreichischem Boden. Noricum umfasste ungefähr das Gebiet von Salzburg, Oberösterreich, Teilen von Niederösterreich, Kärnten und große Teile der Steiermark.<sup>57</sup> Östlich von Wien war Carnuntum, die größte römische Stadt auf österreichischem Boden. Das römische Reich erlebte mit dem Einfall der Germanen und im darauffolgenden Chaos der Völkerwanderung seinen Untergang.

Ab dem 5. Jahrhundert wurde das römische Reich von germanischen Stämmen bedrängt. Um das Jahr 600 bildeten im Süden des heutigen Österreichs die slawischen Volksstämme das erste unabhängige slawische Staatsgebilde Europas, Karantanien. Ab der Mitte des 6. Jahrhunderts hatte sich Bajuwaren; das bayrische Stammesherzogtum gebildet. Die Bayern besiedelten einen Teil der späteren österreichischen Kernländer, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und Tirol und im heutigen Vorarlberg siedelten die Alemannen. Das gesamte Gebiet der Bayern wurde unter dem Frankenkönig Karl dem Großen ins Frankenreich gegliedert.

Ebenfalls in der zweiten Hälfte des 8. Jahrhunderts zerbrach das Slawenreich Karantanien und kam unter fränkische Oberhoheit. Karl der Große dehnte seine Herrschaft nach Osten und Südosten nach seinem Sieg über die Awaren aus. Zur Grenzsicherung gründete er um das Jahr 800 im Osten drei Marken; nämlich die karolingische, die karantanische Mark und das Triaul. Im 10. Jahrhundert drangen die Magyaren weiter vor, 60 Jahre herrschten sie auf den Gebiet des heutigen Österreich

---

<sup>57</sup> Marianne Rauscher, die Geschichte Österreichs, Kurzfassung für alle Auslandsösterreicher speziell für die Jugend, Herausgegeben Weltbund der Österreicher im Ausland, Seite 2.

herrschten, aber im Jahre 955 wurden die Magyaren von Kaiser Otto I. geschlagen. Dieser gründete die ottonische Ostmark (heute Niederösterreich) und die Mark Kärnten unter bayrischer Herrschaft.<sup>58</sup>

Der Bayern-Herzog wurde 976 in Karantanien von Kaiser Otto II. abgesetzt. Luitpold von Babenberg; Leopold I. (976-994), ernannte er zum Markgrafen der Ostmark (dem kleinen Gebiet im heutigen Niederösterreich). Leopold gelang es, sein Gebiet nach Osten zu erweitern. Auch seine Residenz verlagerte er ostwärts von Pöchlarn nach Melk.

Leopolds Sohn Heinrich I. der Starke(994-1018) folgte seinem Vater nach. Während seiner Regierungszeit wird erstmals urkundlich der Name „Ostarrichi“ verwendet, er bezeichnet ein Gebiet im heutigen Bundesland Niederösterreich, daraus entwickelte sich später die Schreibweise Österreich. Auch Heinrich I. erweiterte sein Gebiet nach Norden, Osten und Süden. Dann kam Heinrich II. Jasomirgott (1114-1177), als Markgraf von Österreich und Herzog von Bayern, er wurde 1156 Herzog von Österreich und verlegte seine Residenz endgültig nach Wien.

Leopold V. (1177-1194) erstürmte zusammen mit dem englischen König Richard Löwenherz und französischen König Phillipe II. die Festung Akkon im Heilige Land und beleidigte dort Richard Löwenherz Leopold V. indem er die österreichische Fahne herunterreißen ließ. Darauf legte Leopold sein Hemd ab, das völlig blutbespritzt und nur an der Stelle des Gürtels weiß war. Dieses steckte er an eine Lanze. So ist der Sage nach die österreichische Flagge „Rot-Weiß-Rott“ entstanden, sehr wahrscheinlich die älteste Staatsfahne der Welt.<sup>59</sup>

Leopold VI. folgte seinem Vater und seine Regierung gilt als die blühendste Epoche der babenbergerischen Herrschaft. Das Reich wurde durch Erbschaft, Enteignung und Kauf (z.B. Linz, Lambach, Wels, sowie Gebiete in der Krain und im Friaul) erweitert. Mit Leopold VI. erreichte das hochmittelalterliche Österreich einen kulturellen

---

<sup>58</sup> Marianne Rauscher, die Geschichte Österreichs, Kurzfassung für alle Auslandsösterreicher speziell für die Jugend, Herausgegeben Weltbund der Österreicher im Ausland, Seite 5.

<sup>59</sup> Marianne Rauscher, die Geschichte Österreichs, Kurzfassung für alle Auslandsösterreicher speziell für die Jugend, Herausgegeben Weltbund der Österreicher im Ausland, Seite 9.

Höhepunkt. Leopold VI. baute in Wien eine neue Burg, den Schweizerhof, in der Nähe der heutigen Hofburg.<sup>60</sup> Mit seinem Sohn Friedrich II. starb 1246 die männliche Linie der Babenberger aus (denn seine Ehe mit Agnes von Andechs- Meran blieb kinderlos.)

Nach dem Tod des kinderlosen Kaisers Friedrich II. gab es eine herzoglose Zeit. Schließlich konnte sich der König von Böhmen Ottokar II. Přemysl durchsetzen, **„der durch eine Heirat mit der Schwester des letzten Babenbergers sich das Erbe sichern konnte.“**<sup>61</sup> Er wollte die Wirren beenden und das städtische Bürgertum fördern. In seiner Regierungszeit gelang es ihm die Steiermark wiederzugewinnen und die Ordnung im Lande wiederzustellen. Seinem Griff nach der königlichen Macht im heiligen Römischen Reich wurde von Rudolf von Habsburg begegnet, der ihn 1278 in der Schlacht auf dem Marchfeld besiegte. Und so konnte Rudolf von Habsburg die Babenbergischen Länder besetzen. Er belehnte im Jahre 1282 seine beiden Söhne mit den Herzogtümern Österreich und Steiermark.

Maximilian I. vereinte das gesamte habsburgische Eigentum in seiner Hand. Er verheiratete sich mit Maria, der Erbin des burgundischen Länderkomplexes zwischen dem heiligen Römischen Reich und dem Frankenreich. Nach seinem Tod hinterließ sie zwei Kinder Philipp und Margerite. 1496 verheiratete Maximilian seinen Sohn Philipp mit Prinzessin Johanna von Kastilien und Aragon. Er sicherte den Habsburgern damit nicht nur die Erbrechte auf Spanien, Neapel, Sizilien und Sardinien sondern auch auf die spanischen Kolonien.

Maximilians Enkel Karl V. wurde römisch-deutscher Kaiser und trat die spanische Thronfolge an. Schon 1521 wurden die österreichischen Länder von Kaiser Karl V. an seinem Bruder Ferdinand I. übergeben. Ferdinand I. heiratete im gleichen Jahr Anna, die Erbfolgerechte in Böhmen und Ungarn besaß. 1526 wurde Böhmen und Ungarn mit Österreich durch einen Erbvertrag vereinigt.

---

<sup>60</sup> Marianne Rauscher, die Geschichte Österreichs, Kurzfassung für alle Auslandsösterreicher speziell für die Jugend, Herausgegeben Weltbund der Österreicher im Ausland, Seite 9.

<sup>61</sup> Marianne Rauscher, die Geschichte Österreichs, Kurzfassung für alle Auslandsösterreicher speziell für die Jugend, Herausgegeben Weltbund der Österreicher im Ausland, Seite 32.

Ludwig von Ungarn, der Schwager von Ferdinand, fiel in der Schlacht von Mohacs gegen die Türken, deshalb erbte Ferdinand nicht nur die Königreiche Ungarn und Böhmen sondern auch die Bedrohung durch die Türken.

Die Osmanen stellten eine Gefahr für das habsburgische Erbland dar, denn sie stießen immer weiter nach Westeuropa vor. Die osmanischen Heere griffen Wien zweimal an. Der erste Angriff war im September 1529 und die Belagerung dauert bis 1547. Die Stadt war schlecht vorbereitet, deshalb konnte die türkische Armee Wien stark schaden. Im Jahre 1683 fand die zweite Türkenbelagerung Wiens statt. Dieses Mal war Wien besser vorbereitet als das erste Mal. Dieser Krieg dauerte zwei Monate. Wien wurde dank der militärischen Begabung des jungen Heerführers Prinz Eugen von Savoyen befreit. Lauf dem Bundespressedienst Wien, hat Österreich seinen Aufstieg zur Großmacht dem Heerführer Prinz Eugen von Savoyen und den drei Kaisern (Leopold I. Joseph I. und Karl VI.) zu verdanken.<sup>62</sup>

Mit Hilfe von fähigen Feldheeren wie Karl von Lothringen und Prinz Eugen von Savoyen konnten die Osmanen während des großen Türkenkriegs 1683- 1699 und in einem weiteren Türkenkrieg 1716-1718, bis hinter Belgrad zurückgeworfen werden. Es gab die Friedensverträge von Karlowitz 1699 und Passarowitz 1718 um die Befreiung des ganzen Königsreich Ungarn von der osmanischen Herrschaft zu sicherten und zu bestätigten und damit erreichte Österreich seine größte Erweiterung. Nach dem Sieg über die Osmanen wurden im Zeitalter des Barock großartige Bauwerke errichtet. Im Jahre 1700 starben die spanischen Habsburger aus. Daraus ergab sich der spanische Erbfolgekrieg. Das Haus Österreich „Casa d’Austria“ konnte zwar die spanischen Besitzungen nicht zurückgewinnen, bekam aber dafür seine Herrschaft in der Gebiete der heutigen Länder Italien und der Niederlanden.

Kaiser Karl VI. hinterließ zwei Töchter Maria Theresia und Maria Anna. Mit seinem Tode im Jahre 1740 starben die Habsburger in Mannesstamm aus, weshalb erließ er die pragmatische Sanktion 1713, mit der bestimmte er, dass auch seine Töchter

---

<sup>62</sup> Österreich Tatsachen und Zahlen, Herausgegeben von Bundespressedienst, Wien 1997, Seite 36.

erbberechtigt seien.<sup>63</sup> Und so wurde die 23-jährige Maria Theresia Erzherzogin von Österreich und Königin von Böhmen und Ungarn. Sie gründete mit ihrem Ehemann Franz Stephan von Lothringen die neue Dynastie Habsburg-Lothringen. Sie konnte ihr Erbe in zwei Kriegen (schlesischer Krieg 1740- 1748 und siebenjähriger Krieg 1756-1763) verteidigen. Schlesien aber fiel an Preußen und sie konnte es nicht zurückgewinnen.

In den folgenden Jahren führte Maria Theresia mit ihrem Sohn Joseph II. einige grundlegende Änderungen für ihr Erbland ein, wodurch die Grundlagen für einen modernen Staat nach den Prinzipien des aufgeklärten Absolutismus gelegt waren.

- Sie reorganisierte das militärische Heerwesen.
- Justiz und Verwaltung wurden getrennt.
- Das Justizwesen wurde reorganisiert und die Folter wurde abgeschafft.
- Sie zentralisierte die Verwaltung.
- Die Schulpflicht wurde eingeführt.
- Die Lage der Bauern wurde durch die Begrenzung der Robotleistungen verbessert.
- Die Nebenländer verloren das Recht auf eine eigene Verwaltung.
- Toleranzpatent und Reform von Kirchen und Klöstern.

Zur Zeit Maria Theresias und ihres Sohns Joseph II. war Wien Zentrum der Musik. Wolfgang Amadeus Mozart, Joseph Hayden und Christoph Willibald Gluck haben hier ihre wesentlichsten Werke geschaffen.

1765 wurde Joseph II. der älteste Sohn Maria Theresias zum Mitregenten ernannt. Er übernahm komplett die Amtsgeschäfte in den Jahren 1780- 90. Sein Regierungsstil wurde später als Aufgeklärter Absolutismus bezeichnet „(alles für das Volk, nichts durch das Volk)“<sup>64</sup>

---

<sup>63</sup>Marianne Rauscher, die Geschichte Österreichs, Kurzfassung für alle Auslandsösterreicher speziell für die Jugend, Herausgegeben Weltbund der Österreicher im Ausland, Seite 28.

<sup>64</sup>Marianne Rauscher, die Geschichte Österreichs, Kurzfassung für alle Auslandsösterreicher speziell für die Jugend, Herausgegeben Weltbund der Österreicher im Ausland, Seite 32.

Joseph II. galt als wichtiger aufgeklärter und entscheidender Wegbereiter der bürgerlichen Gesellschaft. Bei der ersten Teilung Polens 1772 erwarb Joseph II. Galizien, 1774 erhielt er Bukowina. Aus dem bayrischen Erbfolgekrieg erwarb er 1778- 79 das Innviertel.

Josephs Nachfolger wurde sein jüngerer Bruder Leopold II. Seine Hilfe gemeinsam mit König Friedrich Wilhelm II. von Preußen für den französischen König Ludwig XVI. kam nicht mehr zustande. Im März 1792 starb Leopold II.

1792 regierte sein ältester Sohn bis 1835. Von 1792 bis 1806 regierte er als römisch-deutscher Kaiser Franz II. später nach 1806 als Franz I. So begann die Französische Revolution. Frankreich erklärte im April 1792 den Krieg an Österreich und Preußen. Österreich war gezwungen eine Koalition gegen das revolutionäre Frankreich einzugehen. Bei der zweiten Teilung Polens 1793 wurden die Gebiete Preußen und Russland aufgeteilt(ohne Österreich). Aber bei der dritten Teilung Polens (zwischen Österreich und Russland) konnte Österreich die restlichen Teile Galiziens und Kleinpolen für sich gewinnen.

Die Finanzlage Österreich wurde wegen der großen Kriegs- und Rüstungsausgaben immer schwieriger. Laut Bundespressedienst musste Österreich schwere Niederlagen wegen der Feldzüge Napoleon Bonapartes hinnehmen.<sup>65</sup> 1804 wurde Napoleon Bonaparte zum Kaiser der Franzosen gekrönt, darauf antwortete Kaiser Franz II. mit der Ausrufung des Kaisertums Österreich. 1806 gründete Napoleon den Rheinbund unter französischer Patronanz, denn seine Pläne um selbst römisch-deutscher Kaiser zu werden, waren gescheitert, weshalb Franz II. die Kaiserkrone zurückgelegt hatte und als Franz I. regierte wodurch das heilige römische Reich deutscher Nation erloschen war.

Dann erlebte Österreich weiter schwere Niederlagen durch die Feldzüge Napoleons, er konnte Wien zweimal erobern. Danach stellte der österreichische Staatskanzler Clemens Wenzel Lothar Fürst Metternich, der den Wiener Kongress dominierte, die

---

<sup>65</sup>Österreich Tatsachen und Zahlen, Herausgegeben von Bundespressedienst, Wien 1997, Seite 37.

alte Ordnung wieder her. Die Niederlage Napoleons wurde der Völkerschlacht von Leipzig sichtbar.

1815 wurde der deutsche Bund anstelle des heiligen Römischen Reiches gegründet, unter dem ständigen Vorsitz Österreichs und mit dem Bundestag in Frankfurt. Gleichzeitig schlossen Preußen, Österreich und Russland ein Dreikaiserbündnis, man nannte das „die heilige Allianz“ um die politische Stabilität zu sichern.

Nach den napoleonischen Kriegen, gab es im Jahre 1848 Aufständen. Metternich wollte die revolutionären Bewegungen in Europa verhindern und vermeiden, deshalb sollten die Kongresse alle Konflikte lösen, aber trotzdem gab es in Europa Revolutionen. Die Griechen gewannen 1830 ihre Freiheit und die heilige Allianz wurde zerbrochen. Dann gab es die Französische liberale Revolution, seitdem setzen sich liberalen Ideen und Kräfte immer mehr durch. In Österreich hatte Metternich einen mächtigen Polizeiapparat errichtet.

1848 erreichten die revolutionären Ideen auch Österreich. Das Volk war laut Marianne Rauscher unzufrieden, diese Unzufriedenheit richtete sich gegen die strenge Zensur des konservativen und absoluten regierten Staats und Polizeibesitzung.<sup>66</sup> Deshalb forderten die Liberalen, dass die Zensur aufgehoben werde. Sie verlangten auch eine Konstitution, eine demokratische Verfassung und Pressefreiheit. Als diese Forderungen zurückgewiesen wurden, brach die Revolution ausgebrochen. Metternich wurde entlassen und floh nach England. Nach Raucher wurde die Zensur am 14. März aufgehoben und der Polizeiminister entlassen.<sup>67</sup>

Im Oktober desselben Jahres wurde die Revolution noch einmal niedergeschlagen. Die Zensur wurde zwar aufgehoben, aber Pressefreiheit und die Verfassung blieben weiterhin Versprechungen. Im Mai gab es neuerliche Unruhen, die Verfassung wurde revidiert. In anderen Teilen der Monarchie (Ungarn, Mailand, Venetien und Prag) gab es ebenfalls Revolution. Die Revolution in Mailand wurde von Radetzky

---

<sup>66</sup>Marianne Rauscher, die Geschichte Österreichs, Kurzfassung für alle Auslandsösterreicher speziell für die Jugend, Herausgegeben Weltbund der Österreicher im Ausland, Seite 39.

<sup>67</sup>Marianne Rauscher, die Geschichte Österreichs, Kurzfassung für alle Auslandsösterreicher speziell für die Jugend, Herausgegeben Weltbund der Österreicher im Ausland, Seite 39.

niedergeschlagen. Und im September übernahm in Ungarn Lojos Kossuth die Macht und stellte eine Armee auf.

Nach Kaiser Ferdinand I. trat Franz Joseph I. im Dezember 1848 die Nachfolge an, mit einem neoabsolutistischen System. Er machte viele Reformen, z.B. um die Sicherheit der Bevölkerung zu erhöhen, errichtete er die Gendarmerie. Weitere Punkte seine Regierungszeit waren die Beschränkung des Zolls zwischen Ungarn und Österreich und die Umorganisation des Schulwesens. Nach Rauscher verheiratete sich Franz Joseph I. mit der bayrischen Prinzessin Elisabeth (Sissy). Sie wurden in Budapest König und Königin gekrönt.<sup>68</sup>

Während des Krimkriegs, zwischen der Türkei (unterstützt von Frankreich und England) und Russland, verfolgte Österreich eine Politik der Neutralität, aber diese führte es in Europa in eine gefährliche Isolation. 1858 wollte Italien mit Hilfe Frankreichs Österreich den Krieg erklären. Österreich erklärte 1859 selbst den Krieg gegen Italien, musste aber schwere Niederlagen hinnehmen bei Magenta und Solfereno. Damit hatte es die Lombardei im Frieden von Zürich verloren. 1860 wurde ein neuer Verfassungsentwurf dargestellt, aber die Deutschen und die Magyaren brachten ihn zu Fall. 1861 lehnte Ungarn einen weiteren Verfassungsentwurf ab. Am 18. Juni 1849 wurde das Parlament aufgelöst, wegen der Unstimmigkeiten zwischen Großdeutschen und Kleindeutschen über die Stellung Österreichs im deutschen Bund. Die Kleindeutschen wollten den Ausschluss Österreichs und unter der Führung Preußens einen Bund. 1866 verschärfte sich die Lage zwischen Österreich und Preußen über die Regierung des deutschen Bundes und so begann der Krieg. In diesem Krieg war Preußen stark, es besaß moderne Waffen und auch Italien war an seiner Seite. In diesem Jahr wurden die Österreicher bei Grätz geschlagen. Das führte zur Auflösung des deutschen Bundes. Nach dem Preußischen Sieg, konnte Bismarck einen Norddeutschen Bund ohne Österreich gründen.

---

<sup>68</sup>Marianne Rauscher, die Geschichte Österreichs, Kurzfassung für alle Auslandsösterreicher speziell für die Jugend, Herausgegeben Weltbund der Österreicher im Ausland, Seite 45.

### 2.2.2. Die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn

Die Monarchie Österreich-Ungarn war eine innenpolitische Folge der Niederlage gegen Preußen. Diesen Ausgleich wurde von Kaiser Franz Joseph I. und der ungarische Reichstag zugestimmt und so wurde die Donaumonarchie am 8. Juni 1867 gegründet. Dank dieser Einigung wurde Ungarn ein gleichberechtigtes Mitglied in einem Staatenbund, mit einem Herrscher und der gemeinsamen Außenpolitik sowie gemeinsamer Finanzen und Heerwesen. Diese gemeinsamen Bereiche wurden durch die kaiserlichen und königlichen (k.u.k) Ministern geregelt.

Franz Joseph I. war in Österreich Kaiser und in Ungarn König, er regierte die beiden Teile. Jede Reichshälfte (Österreich, Ungarn) hatte sein eigenes Parlament erhalten. Das deutsche Element war bestimmend in der wesentlichen Reichshälfte (Cisleithanien), und das ungarische in der östlichen (Transleithanien). Mit den slawischen Nationalitäten besonders mit den Tschechen führte dieser Ausgleich zu größeren Spannungen und Druck. Ihre Probleme waren noch nicht gelöst und sie wollten ebenfalls die Gleichberechtigung. Damit verschärfte sich die Lage im Inneren der Monarchie. Die österreichische Reichshälfte bekam im Dezember 1867 eine neue liberale Verfassung. 1870 - 1871 wurde Frankreich im deutsch-französischen Krieg geschlagen, damit wurde Frankreich eine Republik. Es entstanden Massenparteien:

- Sozialdemokratische Partei
- Christlich - soziale Partei
- Die Konservativen

1871 wurde der konservative Graf Hohenwart Regierungschef, er wollte den Fundamentalartikel ausarbeiten, d.h. er strebte die Gleichstellung Böhmens mit Ungarn an. Aber die Ungarn waren dagegen und so verschärfte sich der deutsch-slawische Widerspruch. 1873 unterzeichneten Österreich, Russland und Deutschland ein Drei-Kaiser Abkommen. 1877 - 78 siegte Russland im russischen - türkischen Krieg gegen die Türken. Damit übernahm Österreich die Verwaltung von Bosnien und Herzegowina und konnte die Bevölkerung versöhnen und beruhigen. Dadurch entwickelte sich die österreichische Wirtschaft. Aber die Liberalen waren dagegen, sie

ängstigten sich vor der Stärkung der Slawen. 1879 schlossen Österreich- Ungarn und das deutsche Reich einen Zweibund um die russische Angriffe zu vermeiden und im 1882 mit Italien der Dreibund. Um 1880 entstanden neue Parteien:

- **Die Christlichsozialen** unter Führung von Karl Lueger, sie sammelten Konservative und Antiliberale.
- **Die Sozialdemokraten** unter Führung von Victor Adler, er war durch die Thesen von Karl Mark beeinflusst.

1907 gab es die ersten Reichsratswahlen. Hier war jeder erwachsener männlicher Staatsbürger wahlberechtigt. Bei diesen Wahlen 1907 gewannen die Christlichsozialen. 1908 versprach Österreich die Öffnung der Dardanellen für russische Kriegsschiffe. Die Türkei protestierte, aber die Serben mussten die Lage akzeptieren, obwohl sie am meisten betroffen waren. Sie akzeptierten um einen Krieg zu vermeiden.

Italien, der Bündnispartner Österreichs schloss mit Russland einen Vertrag gegen die Erweiterung des habsburgischen Reiches. 1911 als Italien, den Krieg gegen die Türkei begann, schlossen die kleinen Balkanstaaten zusammen und 1912 begann der erste Balkankrieg. 1913 gab es den zweiten Balkankrieg, dieser Krieg wurde von Serben mit Hilfe von Rumänien und Griechenland gegen Bulgarien geführt. Österreich half Bulgarien, deswegen verlor es seinen Bündnispartner Rumänien. Die Folge dieser beiden Kriege war schlecht für die politische Situation Österreichs und auch für das Heerwesen.

Der direkte Grund des Ersten Weltkriegs war die Ermordung des österreichischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 in Sarajewo durch einen serbischen Separatisten. Dieser Krieg führte zu Kämpfen, in denen sich die großen europäischen Mächte gegenüber standen. Der Erste Weltkrieg endete im Jahre 1918 mit der Niederlage der sogenannten Mittelmächte, (d.h. Österreich-Ungarn, das Deutsch Reich und die Türkei), so kam die habsburgische Herrschaft in Österreich zu ihrem Ende, die Doppelmonarchie zerfiel in Nationalstaaten. Deshalb rief am

12.11.1918 die provisorische Nationalversammlung die Republik Deutschösterreich aus.

### **2.2.3. Die Erste Republik 1918-1938**

Nach der Erklärung des neuen Staates Deutschösterreich, führte Karl Renner der erste Staatskanzler, eine deutschösterreichische Friedensdelegation im Mai 1919 nach St. Germain. In diesem Friedensvertrag bei Paris, wurde der Anschluss an das deutsche Reich von den Alliierten (Siegermächten) ausgeschlossen. Auch der Name Deutschösterreich wurde verboten, es wurde nur die Republik Österreich genannt. Österreich erhielt erst am 01. Oktober 1920 seine Verfassung. In dieser jungen Republik gab es eine schwere wirtschaftliche Notlage zwischen der Bevölkerung, deshalb verboten die Nachbarstaaten die Einfuhr der wichtigsten Rohstoffe. Die österreichische Nationalbank wurde gegründet, um die Währung zu sanieren und begann am 1. Jänner 1923 ihre Arbeit. Die österreichische Regierung konnte erst bis Mitte der Zwanziger die Währung stabilisieren und konnte auch Wirtschaftsbeziehung mit den Nachbarstaaten beginnen. Die politische Lage wurde durch die Notlage, die Arbeitslosigkeit und die politische Polarisierung verschärft. Zwischen den ideologischen Lagern entstanden zwei paramilitärische Verbände:

- Die Sozialdemokraten stellten den republikanischen Schutzbund auf.
- Die bürgerliche Partei stellte die Heimwehr auf.

Die Konflikte zwischen diesen Verbänden verschärfen sich im Jahre 1924 wegen des Attentats auf Bundeskanzler Dr. Seipel. Deswegen wurde die spontane Demonstration niedergeschlagen. Im Jahre 1929 wirkte sich die weltwirtschaftliche Krise auch auf Österreich aus, was die Bürger in eine schwierige Hungerlage führte. Deswegen wollte Österreich eine Zollunion mit Deutschland eingehen, aber die Alliierten gestatteten dies nicht. Der damalige Bundeskanzler Engelbert Dollfuß hatte eine diktatorische Herrschaft errichtet und damit standen sich Christlichsozialen und Sozialdemokraten gegenüber.

Die Konflikte oder die Auseinandersetzung zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten verschärften mit der Unterstützung Deutschlands, was im Februar 1934 zum Bürgerkrieg führte, der mit dem Ausschluss der Sozialdemokratie endete. Bundeskanzler Dollfuß fand den Tod durch den nationalsozialistischen Putschversuch, der im Juli 1934 niedergeschlagen wurde. Es folgte Bundeskanzler Kurt Schuschnigg, der nach dem Fortbestand Österreichs anstrebte, weshalb er versuchte, eine Allianz mit Italien und Ungarn einzugehen. Er wollte auch ein besseres Verhältnis oder eine Beziehung mit Deutschland aufbauen, durch ein Gespräch mit Adolf Hitler im Jahre 1938 aber scheiterte.

Das Ministerium von Schuschnigg versuchte durch eine Volksbefragung die Unabhängigkeit Österreichs zu erhalten, deswegen besetzten die deutschen Truppen unter Führung von Hitler am 12. März 1938 Österreich. Diese Besetzung wurde im nächsten Tag durch ein Gesetz gerechtfertigt und am 10. April 1938 durch eine Volksabstimmung legalisiert. Der Name Österreich wurde eliminiert und Österreich als Staat wurde ausgelöscht und durch Ostmark ersetzt.

#### **2.2.4. Die Kriegszeit und die Zweite Republik**

1939 begann der Zweite Weltkrieg, wo die Österreicher, sich gezwungen sahen, am Krieg teilzunehmen. Außerdem wurden im nationalistischen Bereich systematisch Juden ermordet. Die Mehrheit der jüdischen Österreicher fand ihren Tod, nach Elmer und Wohnout wurden fast 65.000 jüdische Österreicher Opfer der Schoa.<sup>69</sup> Nur eine Minderheit konnte emigrieren, auch die Österreicher, die gegen dieses nationalsozialistische Regime aufbegehrten, kamen in Gefängnisse, Arbeits- und Todeslager.

Um die Befreiung Österreichs voranzutreiben, nahmen die Widerstandsgruppe, laut Bundespressdienst, auch Kontakt zu den nach Österreich vergestoßenen Alliierten Truppenverbänden auf.<sup>70</sup> Mit Kriegsende hatte die provisorische Regierung unter

---

<sup>69</sup>Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressdienst, Wien 2005, Seite 24.

<sup>70</sup>Österreich Tatsachen und Zahlen, Herausgegeben von Bundespressdienst, Wien 1997, Seite 40.

Leitung von Karl Renner die Unabhängigkeit Österreichs erklärt und die Wiedererrichtung der zweiten Republik wurde proklamiert. Die Alliierten (die späteren Siegermächte) bezogen sich ausdrücklich auf die Moskauer Deklaration, die im Jahre 1943 festgeschrieben worden, um die Unabhängigkeit und Wiederherstellung Österreichs zu garantieren, bzw. Österreich wurde als unabhängiger Staat wiederhergestellt. Es wurden auch politische Parteien gegründet:

- SPÖ: Sozialdemokratische Partei Österreichs.
- ÖVP: Die österreichische Volkspartei.
- KPÖ: Kommunistische Partei Österreichs.

„Erst am 25. November 1945 gab es die ersten demokratischen und freien Wahlen, wo die ÖVP 50% der Stimmen erhielt“.<sup>71</sup> Hier endlich war Österreich wieder ein Staat geworden. Das Hauptziel dieses Staates war der wirtschaftliche Wiederaufbau, um Hunger und die Notlage zu beenden und besonders die politische Lage zu festigen.

Nach zehn Jahren militärischer Besatzung, erhielt Österreich am 15. Mai 1955 durch die Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags seine volle Unabhängigkeit und Souveränität zurück. Der österreichische Nationalrat konnte am 26. Oktober 1955 das Verfassungsgesetz über die immerwährende Neutralität beschließen.<sup>72</sup> Im Dezember 1955 wurde Österreich in die Vereinten Nationen aufgenommen und ist dort seit 1979 mit einem Amtssitz vertreten. Von 1973-74 sowie 1991-92 war es Mitglied des Sicherheitsrates. Bereits 1956-57 nahm die IAEO, die internationale Atomenergie Organisation, ihren Sitz in Wien ein, 1969 kam die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) dazu, später folgten weitere UN-Agenturen. Für die Periode 2009-2010 wurde Österreich 2008 wieder als nicht ständiges Mitglied in den Sicherheitsrat gewählt.<sup>73</sup>

---

<sup>71</sup>Österreich Tatsachen und Zahlen, Herausgegeben von Bundespressdienst, Wien 1997, Seite 41.

<sup>72</sup>Österreich Tatsachen und Zahlen, Herausgegeben von Bundespressdienst, Wien 1997, Seite 41.

<sup>73</sup><http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/oesterreich/tatsachen-und-zahlen/wirtschaft.html> 10/02/2010. Zeit  
11<sup>b:27</sup>.

Österreich unterzeichnete 1995 das Schengener Abkommen und beseitigte 1997 die Grenzkontrollen zu Deutschland und Italien. Die SPÖ-ÖVP-Koalitionsregierungen 1986–2000 werden 2000–2006 von Regierungen der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) abgelöst. Die damals 14 anderen EU-Mitgliedstaaten reagierten auf die Regierungsbeteiligung der von ihnen als rechtsradikal eingeschätzten FPÖ mit einer vorübergehenden bilateralen Kontaktsperre auf Regierungsebene („EU-Sanktionen“), die wirkungslos blieb.

Nach der Spaltung der FPÖ 2005 wird das neugegründete Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) Regierungspartner. Bei der Nationalratswahl am 1. Oktober 2006 erreichen die Sozialdemokraten (SPÖ) die relative Mehrheit; im Jänner 2007 wird eine Große Koalition unter Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (SPÖ) und Vizekanzler Wilhelm Molterer (ÖVP) gebildet. Nach der Erweiterung des Schengenraumes Ende 2007 (Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien) bzw. Ende 2008 (Schweiz), ist Österreich mit Ausnahme der Grenze zu Liechtenstein völlig von Schengen Staaten umgeben. Von der ÖVP ausgelöste vorgezogene Nationalratswahlen im September 2008 führten zu einer Neuaufgaben der rot-schwarzen Koalition unter den neuen Parteichefs Werner Faymann (SPÖ) und Josef Pröll (ÖVP).

## **2.3. Zur österreichischen Politik**

### **2.3.1. Das politische System Österreichs**

Bis 1945 war Österreich Teil des „Dritten Reiches“, erst seit der Befreiung Österreichs, haben die österreichischen Parteien die österreichische Republik gegründet. Die drei österreichischen Parteien waren:

- SPÖ: Sozialistische Partei Österreichs.
- ÖVP: Österreichische Volkspartei.
- KPÖ: Kommunistische Partei Österreichs.

Dr. Karl Renner hat sie (die Parteien) vereinigt, um eine provisorische Regierung zu gründen. Österreich wurde eine demokratische Republik. Laut Elmer und Wohnout

bzw. Artikel 1 der Bundesverfassung geht das Recht vom Volk aus.<sup>74</sup> Laut Bundespressdienst Wien sind die grundlegenden Prinzipien der Bundesverfassung:

- Das demokratische Prinzip.
- Das republikanische Prinzip.
- Das bundesstaatliche Prinzip.
- Das rechtstaatliche Prinzip.<sup>75</sup>

### **2.3.2. Der Bundespräsident**

Der Bundespräsident ist der oberste Vertreter des Staates, er repräsentiert die Republik nach außen. Seit 1951 wird der Bundespräsident vom Volk direkt gewählt, seine Amtsperiode beträgt sechs Jahre und eine Wiederwahl ist möglich. Einige Aufgaben des Bundespräsidenten sind: Einberufung des Nationalrates zu seinen Zessionen, Schließung der Sitzungsperioden und der Abschluss der Staatsverträge.

### **2.3.3. Nationalrat und Bundesrat**

Die beiden Kammern des Parlaments, der Nationalrat und der Bundesrat sind die gesetzgebenden Organe der Republik, sie bilden gemeinsam die Bundesversammlung.

#### **a- Nationalrat**

Die wesentliche Aufgabe des Nationalrates ist der Beschluss von Bundesgesetzen. Die Amtsperiode des Nationalrates dauert vier Jahre, ihm gehören 183 Delegierte an. Nach Elmer und Wohnout werden die entsprechenden Vorlagen vom Ministerrat einstimmig beschlossen und danach dem Nationalrat übermittelt.<sup>76</sup> Die Vertreter des Nationalrates können Initiativanträge einbringen.

#### **b- Der Bundesrat**

---

<sup>74</sup>Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressdienst, Wien 2005, Seite 44.

<sup>75</sup>Österreich Tatsachen und Zahlen, Herausgegeben von Bundespressdienst, Wien 1997, Seite 44.

<sup>76</sup>Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressdienst, Wien 2005, Seite 48.

Die wesentliche Aufgabe des Bundesrats ist es die Erstellung von Bundesgesetzen. Zu ihm gehören derzeit nach Bundespressedienst 64 Mitglieder.<sup>77</sup> Sie werden von den Länderparlamenten gewählt. Die Konstitution des Bundesrats ergibt sich nach Elmer und Wohnout aus der Kraft und Macht der Parteien in den einzelnen Landesparlamenten.<sup>78</sup>

#### **2.3.4. Bundesregierung**

In der Bundesregierung führt der Bundeskanzler mit Hilfe von Vizekanzler und den Bundesministern die Regierungsgeschäfte. Der Bundeskanzler, der vom Bundespräsidenten ernannt wird, steht an der Spitze der Bundesregierung. Er wird mit der Regierungsbildung beauftragt, aber die Staatssekretäre können die Minister unterstützen, je nach Notwendigkeit. Nach Elmer und Wohnout muss sich die Bundesregierung der Vertrauensfrage im Nationalrat stellen. Der Bundeskanzler führt den Vorsitz im Ministerrat und im Ministerrat herrscht das Prinzip der Einstimmigkeit.<sup>79</sup> Seit 1987 gab es Regierungskoalitionen der beiden Großparteien SPÖ und ÖVP.

#### **2.3.5. Rechnungshof**

Der Rechnungshof ist eine Institution der öffentlichen Finanzkontrolle. Nach Bundespressedienst, überprüft der Rechnungshof die Gebarung der Verwaltung, der Wirtschaftsunternehmungen des Staates und der Sozialversicherungsanstalten.<sup>80</sup> Und nach Elmer und Wohnout kontrolliert er die Verwaltung im Hinblick auf Rechtmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit.<sup>81</sup> Er kontrolliert die Republikwirtschaft des Landes, des Bundes und der Gemeinden.

---

<sup>77</sup>Österreich Tatsachen und Zahlen, Herausgegeben von Bundespressedienst, Wien 1997, Seite 46.

<sup>78</sup>Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressedienst, Wien 2005, Seite 50.

<sup>79</sup>Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressedienst, Wien 2005, Seite 53.

<sup>80</sup>Österreich Tatsachen und Zahlen, Herausgegeben von Bundespressedienst, Wien 1997, Seite 49.

<sup>81</sup>Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressedienst, Wien 2005, Seite 51.

### **2.3.6. Bundesheer**

Die erste und wesentliche Aufgabe ist der Schutz der österreichischen Integrität und Souveränität. Das Bundesheer schützt die Bevölkerung und ihre Lebensgrundlagen. Es schützt die verfassungsmäßigen Institutionen, die demokratische Freiheit der Bevölkerung und übernimmt die militärische Landesverteidigung. Es ist Assistenzhilfe im Ausland (z.B. Katastrophenhilfe). Alle österreichischen Staatsbürger männlichen Geschlechts, die das 17. Lebensjahr vollenden, sind wehrpflichtig.

### **2.3.7. Die österreichischen Parteien**

In Österreich gibt es fünf große politische Parteien:

- die Sozialdemokratische Partei Österreich (SPÖ), die 1889 von Victor Adler gegründet wurde.
- Die österreichische Volkspartei (ÖVP), die am 17. April 1945 gegründet wurde.

Diese beiden politischen Parteien beherrschten mit wechselnden Mehrheiten die Politik in der Zweiten Republik. Außerdem entstanden die Freiheitliche Partei Österreich (FPÖ, oder die Freiheitlichen), das Liberale Forum und die Grünen. Diesen drei Parteien gelang der Einzug in den Nationalrat.

## **2.4. Die österreichische Verhandlungen auf dem Weg zum EU-Beitritt**

Die SPÖ verlor die Nationalratswahlen im Jahre 1983 und Bundeskanzler Bruno Kreisky<sup>82</sup> trat ab. SPÖ und FPÖ bildeten eine Koalitionsregierung. Während der Regierung Bruno Kreiskys, gab es Probleme mit der „Aktiven Neutralitätspolitik“. Im Juni 1986 trat Franz Vranitzky<sup>83</sup> als Bundeskanzler ein. Er strebte nach der Mitgliedschaft Österreichs in der EU, aber das war wegen des Neutralitätsstatus unmöglich. SPÖ und ÖVP bildeten im Jahre 1987 eine Koalitionsregierung. Diese große Koalition strebte auch nach Beziehungen mit der EG.

---

<sup>82</sup>Bruno KREISKY war ein Bundeskanzler von 1970 bis 1983. Seine Partei war SPÖ.

<sup>83</sup>Österreichischer Bundesvorsitzender der SPÖ von 1988- 1997

Im Jänner 1989 vereinbarten die Parteien von SPÖ und ÖVP eine gemeinsame Richtung zum Beitritt. Der Nationalrat erteilte im Jahr 1989 mit großer Mehrheit der Regierung den Auftrag, Verhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft über eine Mitgliedschaft Österreichs aufzunehmen. Im Juli 1989 wurde der Beitrittsantrag übergeben.<sup>84</sup> Am 8.6.1989 beschloss das Österreichische Parlament, dass die österreichische Bundesregierung den Beitritt Österreichs zur EU beantragen möge. Am 17. Juli 1989 konnte der damalige Außenminister Dr. Alois Mock (ÖVP), den Beitrittsantrag um Aufnahme in die EU, in Brüssel stellen.

Im Februar 1993 wurden formell offizielle Beitrittsverhandlungen der EU mit Österreich aufgenommen. Und im März 1994 wurden die Beitrittsverhandlungen abgeschlossen. Im Mai desselben Jahrs wurde über die Mitgliedschaft Österreichs im Europäischen Parlament abgestimmt. Und im Juni wurde der Beitrittsvertrag, bei der Regierungskonferenz auf Korfu unterzeichnet. Am 12.6.1994 gab es in Österreich eine Volksabstimmung über den Beitritt zur EU. Nach Paul Luif hatten 66,6 Prozent der Österreicher für einen EU Beitritt votiert.<sup>85</sup>

Schließlich wurde am 1. Jänner 1995, dieser Beitritt (gemeinsam mit Schweden und Finnland) verwirklicht. Dieser Beitritt eröffnete für Österreich neue Chancen. Er erlaubte die Teilnahme am Europäischen Binnenmarkt. Die Europäische Union wird heute als Bezugspunkt für alle europäischen Länder betrachtet, weshalb die Weiterführung des Integrationsprozesses eine wesentliche Weichenstellungen für ganz Europa ist. Das wohl stärkste Argument für die Mitgliedschaft Österreich in der EU war dies, dass sie diese Weichenstellung mitbestimmen können.<sup>86</sup>

## **2.5. Zur österreichischen politischen Lage in der EU seit 1995**

Für Österreich gelten die Grundfreiheiten der EU: Freizügigkeit bei der Wahl des Arbeitsplatzes, Freiheit des Dienstleistungs-Waren- und Kapitalverkehrs, d.h. es hat

---

<sup>84</sup> Das politische System in Österreich. Univ. Prof. Dr. Emmerich Tálos. Abteilung III/1. Herausgegeben vom Bundespressdienst 2000. Seite 29.

<sup>85</sup> Werner Weidenfeld: EuropaHandbuch: Band 1 "Die Europäische Union- Politisches System und Politikbereiche". Dritte, aktualisierte und überarbeitete Auflage 2004, Verlag; Bertelsmann Stiftung. Seite 273.

<sup>86</sup>Österreich Tatsachen und Zahlen, Herausgegeben von Bundespressdienst, Wien 1997, Seite 65.

den gesamten Rechtsbestand der Union übernommen. Dank seines Beitritts zur EU, der am 1. Januar 1995 in Kraft trat, nach erfolgreichen Beitrittsverhandlungen und erfolgreicher Volksabstimmung. Seit diesem Beitritt nimmt Österreich als gleichberechtigtes Mitglied in der EU, sowohl an den wesentlichen Entwicklungen als auch an den wichtigsten Veränderungen der EU teil. Als gleichberechtigter Partner hat Österreich auch bei den Integrationsschritten mitentschieden; bzw. bei den Erweiterungsverträgen 2004. Und als einziger Mitgliedsstaat hat es konkrete Reformvorschläge zu Themen wie Beschäftigung, Umwelt und Grundrechten bei den Verhandlungen zum Amsterdamer Vertrag vorgelegt. Am 1. 7. 1998 hat Österreich erstmals den Vorsitz in der EU bekleidet, es wurde auch als Vorreiter der Integration seiner ost- und mitteleuropäischen Nachbarn gesehen.

Österreich unterzeichnete am 25. April 2005 die EU-Beitrittsverträge mit Rumänien und Bulgarien, denn deren Beitritt ist Teil des Europäischen Vereinigungsprozesses um Frieden und Freiheit in Europa zu festigen. Ihre Aufnahme sollte im Jänner 2007 erfolgen. Der Beitritt Österreichs in die EU ist auch Ausdruck des Wunsches, an der gemeinsamen Politik der Union teilzunehmen. So konnte Österreich jene Entscheidungen, die die Zukunft Österreichs und Europas bilden werden, dank der Gleichberechtigung mitbestimmen. Am 30. 10. 1996 konnte Österreich erstmals an den Europawahlen teilnehmen.

- Sieben Sitze entfielen an die ÖVP.
- Sechs Sitze an die SPÖ.
- Sechs Sitze an die FPÖ.
- Ein Sitz an die Grünen.
- Ein Sitz an die Liberalen.

In der ersten Hälfte 1998 war Österreich erstmals turnusmäßig Vorsitz in der EU. Am 1. Jänner 1999, nahm Österreich an der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) teil. Im Jahr 2000 wurde Österreich für die damalige Regierungsbeteiligung der FPÖ scharf kritisiert; bilaterale Kontakte zu Österreich wurden kurzfristig gemieden; diese Sanktionszeit scheint mit ein Grund für die starke EU-Skepsis der österreichischen

Bevölkerung zu sein. Mit Anfang 2002 traten Österreich und 12 weitere Mitgliedstaaten der Eurozone bei.<sup>87</sup> Am 10 Oktober 2006 erreichte die SPÖ eine relative Mehrheit in der Nationalratswahl und im Januar 2007 wurde eine Große Koalition unter SPÖ und ÖVP gebildet.

Nach der Erweiterung des Schengenraumes Ende 2007 (Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien) bzw. Ende 2008 (Schweiz), ist Österreich mit Ausnahme der Grenze zu Lichtenstein völlig von Schengenstaaten umgeben. Von der ÖVP ausgelöste vorgezogene Nationalratswahlen im September 2008 führten zu einer Neuaufgaben der rotschwarzen Koalition unter den neuen Parteichefs Werner Faymann SPÖ und Joseph Pröll ÖVP.<sup>88</sup>

---

<sup>87</sup> Autor: Mag. Robert Marshall. Letztstand : 4. April 2008. Ausgabe : 13.Jänner1995. Nennwert : 7,-s. Sonderpostmarke.

<sup>88</sup> <http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/oesterreich/tatsachen-und-zahlen/wirtschaft.html>  
10.02.2010./11h:27.

# *Der empirische Teil*

# *Kapitel III*

### 3. ZUR ENTWICKLUNG DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT IN DER EU

---

#### **Einführung**

In diesem Kapitel wird zuerst die österreichische Wirtschaft vor dem Beitritt zur EU präsentiert, bzw. das wirtschaftliche Leben in der Zeit von 1792 bis 1914, dann das wirtschaftliche Leben in der 1. Republik bis zum 2. Weltkrieg. Es wird die Wirtschaft versucht, die Österreich in dieser Zeit bis zum Zweiten Weltkrieg darzustellen, um erahnen, ob Österreich ohne EU-Beitritt schwach industrialisiert wäre oder seit jeher hoch industrialisiert war. Dann versuche ich die österreichische Wirtschaft nach dem Beitritt zur EU nämlich ab 1995 bis 2005 zu analysieren.

Der wichtigste Punkt in diesem Kapitel ist die Rolle der Europäischen Union in der österreichischen Wirtschaft, bzw. was trägt die EU zur österreichischen Wirtschaft bei. Wir wissen schon, dass Österreich zur EU beigetreten ist, um den wirtschaftlichen Aufschwung zu fördern. Aber wie war Österreich vor diesem Beitritt? (Industrie, Landwirtschaft, Handel, Tourismus).

#### **3.1. Die österreichische Wirtschaft vor dem EU-Beitritt**

Österreich ist ein hochentwickeltes Industrieland mit schnell wachsendem Dienstleistungssektor. Gemessen am Pro-Kopf-Einkommen bildet die österreichische Land- und Forstwirtschaft einen produktiven Wirtschaftszweig, deshalb gehört Österreich zu den reichsten EU-Ländern. Als Mitglied der EU und der Europäischen Währungsunion ist die österreichische Wirtschaft stark mit jenen anderen EU-Ländern insbesondere mit der deutschen, verbunden.

Aber die Frage ist: war Österreich schon vor diesem Beitritt ein hochentwickeltes Land? bzw. wie war die österreichische Wirtschaft vor dem EU-Beitritt? Um diese Frage beantworten zu können, muss zuerst die österreichische Wirtschaft vor dem Beitritt vorgestellt werden. D.h. man stelle die wirtschaftliche Lage in der Zeit von 1792 bis 1914 dar und im Anschluss die Wirtschaftslage in der Ersten Republik.

Danach kommt der Zweite Weltkrieg während den Österreich ruiniert wurde. Aber die Fragen sind, wie war Österreich von diesem Krieg herausgegangen? Wie hat es seine Wirtschaft wieder ausgebaut? Welche Rolle spielte die EU in der österreichischen Wirtschaft?

### **3.1.1. Zum wirtschaftlichen Leben in der Zeit von 1792-1914**

Österreich interessierte sich immer für die Landwirtschaft seit der Herrschaft von Franz I. (1792-1835). Die Qualität der Agrarproduktionen wurde immer erhöht, dank dem Schutz des Herrschers. Während der Franzosenkriege wurde besonders Kartoffel als Volkslebensmittel produziert. Man legte auch großen Wert auf die Waldwirtschaft und konnte dank des steigenden Holzbedarfs weiter ausbauen.

Die staatlichen Maßnahmen begrenzten sich nach dem Tod von Joseph II. (1790) besonders im wirtschaftlichen Bereich, deshalb entwickelte sich in dieser Zeit das Handwerk weiter.

Dank der Industrialisierung erlebten die Großstädte wie Wien, Graz und Linz einen enormen Bevölkerungszuwachs. Trotzdem schützte Österreich die Landwirtschaft, fast 70% der Gesamtbevölkerung waren darin tätig. Als im Jahre 1848 die Bauern ihre Freiheit erkämpft hatten, sollten die Bauern ihren Besitz selbst bewirtschaften. Wegen der Importe aus Übersee und aus dem Agrarland Ungarn, war der österreichische Bauer aber nicht in der Lage sich zu behaupten. Bis 1890 hatten sich die Bauern organisiert. Die Gründung der Bauernbünde, Kreditgenossenschaften und Vertriebsgenossenschaften brachte den österreichischen Bauern mehr Verbesserungen und eine wirtschaftliche Besserstellung.

Im Verkehr begann Österreich in den 30iger Jahren mit den Eisenbahnen, die stark ausgebaut wurden. Seit 1825 wurden Lokomotivfabriken und große Eisenbahnwerkstätten errichtet. Durch die erste Dampfbahn (1825), konnte man leicht durch Österreich fahren, besonders als eine direkte Verbindung Wien-Hamburg geschaffen wurde. Dann schaffte man neue Eisenbahnen, an die neue österreichische Städte miteinander verbanden. Diese neuen Eisenbahnen (1825, 1838, 1841)

erleichterten nicht nur die Zirkulation durch Österreich sondern sie hatten auch eine größte wirtschaftliche Bedeutung. Danach setzte man den Bahnbau auch in anderen europäischen Ländern fort.

Man interessierte sich auch für Seewege, deshalb begann Österreich, die Häfen auszubauen. Man konnte 1834 mit der Ersten Dampfschiffahrtsgesellschaft von Wien bis zur Donaumündung fahren<sup>89</sup>. Betreffend Export war Ungarn der wichtigste Absatzmarkt für die österreichischen Waren, die vor allem Rohseide und Textilien waren.

Innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie erlebte der Handel einen starken Aufschwung. Der Austausch der Waren wurde durch die Verbesserung des Verkehrs innerhalb der Monarchie gewaltig erleichtert. Österreich importierte aus Ungarn Getreide, Mehl, Schlachtvieh, Eier, Wolle, Wein und Tabak, und exportierte nach Ungarn: Textilien, Maschinen, Holz und Holzwaren.<sup>90</sup> Im Exporthandelsbereich handelte die Monarchie auch mit Deutschland, Italien und Balkanstaaten.

### **3.1.2. Zum wirtschaftlichen Leben in der 1. Republik 1918-1938**

Die kleine Republik Österreich war mit vielen Problemen konfrontiert. Diese Probleme waren vor allem Arbeitslosigkeit, Inflation und der verlorene Absatzmärkte. Im Jahre 1929 ging die österreichische Wirtschaft immer weiter zurück und wurde von der Weltwirtschaftskrise schwer getroffen. Deshalb gab es eine große Deflation bzw. der Geldumlauf wurde beschränkt. Von 1929 (Jahr der Weltwirtschaftskrise) bis 1932 waren die Exporte gesunken.

Im Jahre 1937 wurde diese Notlage verbessert. Die Wirtschaft kam auf eine solide Basis. Die Ausfuhren wurden gesteigert. Die Finanzlage wurde auch verbessert, da die Schilling-Währung gedeckt war. Der Energiewirtschaft hat man besondere Beachtung beigemessen. Vor allem als man im Jahre 1930 Erdölfelder in Niederösterreich gefunden hat. Die Wasserkraftwerke deckten im Jahre 1937 einen Großteil der

---

<sup>89</sup> Marianne Rauscher. Seite 42.

<sup>90</sup> Marianne Rauscher. Seite 55.

heimischen Stromerzeugung. Aufgrund des Tourismus und der Nutzung der Transportmittel interessierte sich die Regierung sehr für den Straßenbau. Und so wuchs die österreichische Wirtschaft wieder und überwand die Weltwirtschaftskrise.

Was hier bemerkenswert ist, ist dass Österreich sich selbst entwickelt hat, es besitzt nicht nur ökonomische Kompetenzen und Wirtschaftsbedingungen, sondern hatte seine Wirtschaft ausgebaut bis 1938. Mit dem Zweiten Weltkrieg, wurden Österreich und seine Wirtschaft, wie alle europäischen Länder, ruiniert.

### **3.1.3. Die wirtschaftliche Lage Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg**

Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte Österreich zu den ärmsten Ländern Europas, seine Wirtschaft war in schlechtem Zustand. Österreich war total zerstört; die Fabriken, Straßen, Eisenbahnen usw. Man war mit einem Mangel von Kohle und anderer Rohstoffe konfrontiert, weshalb die Produktion der Industrie niedrig war. Die Menschen litten Hunger.

### **3.1.4. Die Marshall-Plan Hilfe**

Österreich sah sich mit einer Notlage konfrontieren wegen des Zweiten Weltkrieges, es brauchte natürlich Hilfe von außen. Da traten in den Jahren 1945/46 Lebensmittel und Wirtschaftshilfen von der Sowjetunion, den USA, der UNO, der Schweiz, Skandinavien und Kanada ein, um die österreichische Menschen vor dem Verhungern zu bewahren. Was die Situation verbesserte, waren die einsetzende Marshallplan-Hilfe<sup>91</sup>(ERP) 1948, die den wirtschaftlichen Aufschwung eingeleitet hat und den Schilling wiederersetzte die Reichsmark als Zahlungsmittel, bzw. der österreichische Schilling wurde wieder eingeführt. Ziel der Marshallplan-Hilfe war der Aufbau einer selbstständigen Wirtschaft. Dank der Marshallplan Hilfe, konnte Österreich seine Ökonomie rasch modernisieren und die Energieversorgung ausbauen. Marshallplanhilfe ermöglichte den Wiederaufbau Österreicher Industriebetriebe. Am 2. Juli 1948 wurde das Abkommen zum Marshall-Plan zwischen den USA und

---

<sup>91</sup> Der Marshallplan, offiziell European Recovery Program (kurz: ERP) genannt, war das wichtigste wirtschaftliche Wiederaufbauprogramm der USA, das nach dem Zweiten Weltkrieg dem zerstörten Westeuropa zugute kam, und bestand aus Krediten, Rohstoffen, Lebensmitteln und Waren.

Österreich geschlossen. Österreich bekam die Hilfe in Form von Investitionsgütern wie Traktoren und Maschinen.

Dieses europäische Aufbauprogramm; (ERP) wurde am 5. Juni 1947 geschaffen, Österreich trat ein Jahr später bei. Auch der österreichische Beitritt zur Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) war damit verbunden, denn diese Organisation war verantwortlich für die Durchführung des Plans. Aus dieser OEEC ging die heutige OECD Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hervor.

Österreich erhielt rund 97 Dollar Direkthilfe pro Kopf und so war es eines der größten Empfänger der Wiederaufbauhilfe, mehr als das Doppelte des OEEC-Niveaus. Bis 1953 erhielt Österreich im Allgemeinen Hilfslieferungen aus den USA im Wert von rund 962 Millionen Dollar.<sup>92</sup> Der Schilling ersetzte die Reichsmark als Zahlungsmittel, deshalb musste Österreich den Schilling stabilisieren und den Staatshaushalt möglichst egalisiert aufbauen.

Vor dem Zweiten Weltkrieg war Österreich schwach industrialisiert und musste erst nach dem Krieg eine Industrie errichten. Es musste wie Deutschland Reparationszahlungen an die Sowjetunion zahlen deshalb, oder aufgrund dieser beiden Gründe, galt Österreich als besonders förderungswürdig.

### **3.1.5. Die Verstaatlichung und Liberalisierung**

Österreich konzentrierte sich nicht nur auf die Hilfe von außen sondern, es musste sich selbst ausbauen. Es sollte eine solide Basis für einen wirtschaftlichen Aufschwung schaffen. Das geschah durch die Verstaatlichung. Das Erste Verstaatlichungsgesetz betraf Unternehmungen der Industrie, drei große Banken und die Kohle, Erdöl-, Eisen und Stahlindustrie sowie Teile der Elektro-Maschinen betraf. Das 2. Verstaatlichungsgesetz betraf die gesamte Elektrizitätswirtschaft. Man dachte an die Verstaatlichung, denn Privatinvestoren waren nach dem Zweiten Weltkrieg kaum

---

<sup>92</sup><http://www.news.at/articles/0723/10/175034/oesterreich-empfaenger-marshallplan-wiederaufbau>. 11/07/2010. 14h: 10.

vorhanden. Man wollte durch diese Verstaatlichung einen Zugriff der Alliierten auf das ehemals deutsche Eigentum unterbinden. Vom 1952 bis 1960 erschien der Finanzminister Kamitz, der als Vater des österreichischen Wirtschaftswunders galt.<sup>93</sup> Kamitz verfolgte zusammen mit Bundeskanzler Julius Raab eine Politik der sozialen Marktwirtschaft.

- Er liberalisierte die Wirtschaftspolitik (Förderung der Privatwirtschaft).
- Er konsolidierte das Budget (der Schilling als Hartwährung).
- Er verminderte die direkte Einkommensbesteuerung und baute gleichzeitig die verstaatlichte Industrie aus.

Nach dieser Verstaatlichung wurden große Industriebetriebe unter Schwierigkeiten wiederaufgebaut (z.B. Voestalpine –in Linz, die im Jahre 1973 geschaffen wurde). Nach Marianne Rauscher, hatten die Betriebe der verstaatlichten Industrie, ÖIAG, 1970 103.000 Beschäftigte, im Jahre 1973 wurde die VOEST Alpine geschaffen. Die Edelstahlwerke in den WEW konzentrieren, die Chemiebetriebe mit der ÖMV zusammengeslossen. Das von der VOEST 1949 entwickelte LD-Stahlherstellungsverfahren fand weltweite Anerkennung und Verbreitung.<sup>94</sup>

In Dürnkrut im Tullnerfeld wurde ein großes kalorische Kraftwerk gebaut, um die Infrastruktur von Zwentendorf zu nützen, deshalb die österreichische Wirtschaftslage wegen der internationalen Erdölkrise 1973/74 wesentlich beeinflusst wurde.

Ab 1977 war die österreichische Wirtschaft mit vielen Schwierigkeiten konfrontiert, besonders die Schwerindustrie und Textilbereich. Viele Arbeitsplätze wurden wegen der Groß- Insolvenzen vernichtet, was die Arbeitslosigkeit verstärkte. 1978 begann die Krise bei Kreditinstituten und ab 1980 ging die Krise auch auf die Länderbanken über. Als Konsequenz wuchs ab Mitte der 70er-Jahre das Budgetdefizit, das im Jahre 1982 seinen ersten Höhepunkt erreichte. Die Wirtschaftslage Österreichs verschärfte sich mit der schlechten Außenhandelsbilanz. Im Jahre 1984 gab es eine tendenzielle

---

<sup>93</sup>Marianne Rauscher, die Geschichte Österreichs, Kurzfassung für alle Auslandsösterreicher speziell für die Jugend, Herausgegeben Weltbund der Österreicher im Ausland, Seite106.

<sup>94</sup>Marianne Rauscher, die Geschichte Österreichs, Kurzfassung für alle Auslandsösterreicher speziell für die Jugend, Herausgegeben Weltbund der Österreicher im Ausland, Seite106.

Verbesserung, aber es wurde durch eine ernste Krise der VOEST (Intertrading)<sup>95</sup> im Jahre 1985 zerstört. VEW und Chemie Linz, sowie die Waffenfabrik Noricum waren auch betroffen.<sup>96</sup> Die Reduzierung der Neuverschuldung und die Reduzierung der Schulden der Kreisky-Ära gehören zur Budgetpolitik.

Der österreichische Verkehrssektor wurde durch neue Bauwerke verbessert; man hat die Wiener U-Bahn ausgebaut, der Bahnverkehr wurde verbessert und der Flughafen Wien wurde ausgebaut.

In der Wirtschaftspolitik:

- In den Jahren 1989-1993 traten Steuerreformen in Kraft, die Beschäftigungszahlen wurden gesteigert, deshalb benötigte man zusätzliche ausländische Arbeitskräfte. 1992 gab es Rückschläge durch den Fehlbetrag der AMAG-Betrieb und durch die Auflösung der Austrian Industries.
- Es wurden günstige Bedingungen für ausländische Investitionen geschaffen, hierdurch wurden Arbeitsplätze in der Industrie gesichert.

Die Zahl der Industriebeschäftigten 1974-1994 fiel von 680.000 auf 480.000. Um sich Zukunftsmärkte zu schaffen und wegen der billigeren Arbeitskosten, investierten österreichische Firmen im Ausland, besonders in den östlichen Nachbarstaaten.

## **3.2. Die österreichische Wirtschaft nach dem EU-Beitritt**

### **3.2.1. Die österreichischen Wirtschaftssektoren**

Seit seinem Beitritt zur Europäischen Union 1995 hat Österreich mit der Liberalisierung im Telekom- und Energiesektor, der Privatisierung von Banken und Industrien tiefgreifende strukturelle Veränderungen vollzogen. Österreich zählt heute zum der reichsten Staaten, sowohl der EU als auch der Welt, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner.

---

<sup>95</sup> Intertrading: Wechselseitiger Handel

<sup>96</sup> Marianne Rauscher, die Geschichte Österreichs, Kurzfassung für alle Auslandsösterreicher speziell für die Jugend, Herausgegeben Weltbund der Österreicher im Ausland, Seite 107.

Österreich ist ein hoch entwickeltes Industrieland mit einem bedeutenden Dienstleistungsanteil. Wichtigste Industriezweige sind Nahrungs- und Genussmittel, Maschinen- und Stahlbau, Chemie und Fahrzeuge. Vor allem die Motoren- und Getriebeproduktion ist bedeutend. So werden etwa pro Jahr rund 800.000 Motoren erzeugt, die sich in vielen bekannten Automarken wiederfinden. Bei elektronischer Technologie insbesondere bei maßgeschneiderten Elektronikprodukten wie Chips und integrierten Schaltkreisen (Entwicklung von Chips für: Airbag, ABS- Bremssysteme; Bauteile für Airbus oder Super- Schnellzüge usw.) also bei dieser Technologie hat sich Österreich international einen Namen gemacht.

2002 betrug das Bruttoinlandsprodukt 204.066 Millionen Dollar, das entspricht einem realen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr (2001) von 1%. 2% entfallen hier auf die Landwirtschaft, 31% auf die Industrie und 67% auf Dienstleistungen.

Nach Elmer und Wohnout trugen im Jahr 2004 der Dienstleistungsbereich mit rund 67,5%, der Industriesektor mit 30,3% und die Land- und Forstwirtschaft 2,2% zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei.<sup>97</sup> Im Jahre 2004 wuchs die Bruttowertschöpfung um fast 2% und damit doppelt so rasch wie in den Vorjahren. In der Beschäftigungswelt ist die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft gesunken, seit 1973 hat sich die Zahl der Dienstleistungsjobs hingegen verdoppelt.

### **3.2.1.1. Die Industrie**

Laut Elmer und Wohnout ist die österreichische Industrie mehrheitlich klein- und mittelständig orientiert.<sup>98</sup> Die österreichische Industrie ist kontinuierlich gewachsen, deshalb steht sie an der Spitze der EU. Das österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) hat in seinem Vergleich festgestellt, dass der Anteil

---

<sup>97</sup>Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressdienst, Wien 2005, Seite 81.

<sup>98</sup>Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressdienst, Wien 2005, Seite 102.

Österreichs an der EU der industriellen Produktion seit 1985 von 2,1% auf mehr als 2,7% gestiegen ist.<sup>99</sup> Österreich liegt heute gleich mit Irland, Spanien und Portugal.

Heute nach dem österreichischen Beitritt in die EU haben rund 40% der Unternehmen weniger als zehn Beschäftigte; knapp 80% aller österreichischen Industrieunternehmen beschäftigen weniger als 100 Arbeitnehmer und nur 1,4% der heimischen Industriebetriebe haben mehr als 1.000 Beschäftigte. Österreich besitzt am Bruttoinlandsprodukt gemessen einen der weltweit größten Industriesektoren.

Im Jahre 2003 stieg die Industrieproduktion um 1,4% laut Ergebnissen der Statistik Austria. Und im Jahre 2004 stieg sie um nominell 9,39% auf 100,0 Milliarde Euro. Die Anzahl der Industriebeschäftigten ging im Jahresdurchschnitt 2004 um 0,81% auf 413,246 zurück und blieb damit relativ konstant.<sup>100</sup> Die österreichische Industrie besteht insbesondere aus der Maschinen- und Stahlbauindustrie, die Kfz-Branche besonders; Motoren- und Getriebeproduktion, der chemischen Industrie sowie der Elektro- und Elektronikindustrie, Informationstechnologie, Biotechnologie und Medizintechnik sowie Wasser- und Umwelttechnik. Die österreichische Sachgütererzeugung konnte ihre Produktion real um 4,6 Prozent (Nettoproduktionswert) steigern dank der lebhaften internationalen Nachfrage und erzielte ein Umsatzplus von 11,1 Prozent. Der Export ist Nachwievor Motor der heimischen Industriekonjunktur, die 2004 um 12,5% ausgesteigert werden konnte.

Österreich besitzt nicht nur Eisenerz und Energierohstoffe sondern auch andere wirtschaftliche bedeutende Industrieminerale wie Salz oder Kalk. Die Eisen und Eisenglimmerproduktion Österreichs betragen 1996 1,85 Millionen Ton.

### **3.2.1.2. Die Land und Forstwirtschaft**

Durch die geographische Lage hat Österreich eine sehr kleinstrukturierte Landwirtschaft, die sich vor allem auf Qualität spezialisierte, weil sie unter anderem

---

<sup>99</sup> Emmerich Tàlos, Elisabeth Horvath. BPD Austria; les Faits et les Chiffres. Producteur imprimerie Berger, Horn, (Basse Autriche). Publier par le Service de presse fédéral. Seite 94.

<sup>100</sup> Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressedienst, Wien 2005, Seite 102.

durch den EU-Beitritt kaum mehr Konkurrenz fähig war. Fast die Hälfte der österreichischen Gesamtfläche besteht aus Wald. Von der Gesamtfläche Österreichs entfallen rund 18% auf Waldbestände. Die landwirtschaftliche Nutzung umfasst 41% der Fläche Österreichs, 5% aller Erwerbstätigen sind in Österreich in der Land- und Forstwirtschaft tätig. Österreich setzt verstärkt auf biologische Landwirtschaft. Mit einem Gesamtanteil von knapp 10% hat es die höchste Dichte von Biobetrieben in der EU. Mit 20.000 Biobauern nimmt Österreich eine wichtige Rolle in Europa ein. Landwirtschaft und Bergbau ist der primäre Sektor in den österreichischen Wirtschaftssektoren. Dieser Sektor beschreibt den Wirtschaftsbereich der Rohstoffförderung. Er hatte im Jahr 2004 einen Anteil von 1,9% am österreichischen BIP.<sup>101</sup> Die Land- und Forstwirtschaft erwirtschaftete rund 2% des Bruttoinlandsproduktes. So liegt Österreich an der EU-Spitze in der biologischen Landwirtschaft, es hat sich erfolgreich als „Feinkostladen Europas“ positioniert. Die Quantität der Erzeugnisse, der verantwortungsvolle Umgang mit der Umwelt, die Bewahrung des ländlichen Raums, sowie die Bereitstellung von erneuerbaren Rohstoffen und Energieträgern, stehen im Vordergrund und nicht nur mehr die mengenmäßigen Produktion landwirtschaftlicher Güter.<sup>102</sup>

Die Betriebe, die ohne chemische und gentechnische Hilfsmittel wirtschafteten, betragen rund 18.700. Im Jahre 2004 erreichte das Ausmaß der biologisch bewirtschafteten Fläche etwa 350.000 Hektar. Der Anteil der Biobetriebe ist an den Gesamtbetrieben weiter gestiegen.

Nach Elmer und Wohnout waren 12% der vom „Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem“ (INVEKOS) waren im Jahr 2003 Biobetriebe. Diese Bioprodukte, die vor allem von den Österreichern meist gekauft werden, sind Obst, Gemüse, Milch und Milchprodukte.<sup>103</sup> Die österreichischen Landwirte sind die Führende in Europa mit ihrer Teilnahme am agrarischen Umweltprogramme ÖPUL (Österreichisches Programm für eine Umweltrechte und den natürlichen Lebensraum schützende

---

<sup>101</sup>[www.wikipedia.de](http://www.wikipedia.de), 06 Octobre 2008, 11h :30.

<sup>102</sup>Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressedienst, Wien 2005, S 109.

<sup>103</sup>Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressedienst, Wien 2005, S 109.

Landwirtschaft). Dieses Programm fördert die umweltschonende Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen. Rund 75% landwirtschaftlicher Betriebe nahmen am ÖPUL im Jahr 2003 teil.

Nach Elmer und Wohnout betrug das Finanzierungsvolumen im Jahre 2004 aus Mitteln der EU, des Bundes und der Länder 617,4 Millionen Euro. Die im Umweltprogramm erfassten Flächen betragen rund 2,25 Millionen Hektar, das sind 88% der landwirtschaftlichen Nutzfläche Österreichs (3,4 Millionen Hektar).<sup>104</sup> Die kleinen und mittleren bäuerlichen Betriebe überwiegen in Österreich im EU-Vergleich, wo die durchschnittliche Größe 16,4 Hektar. im Jahre 2004 betrug, und der EU-Durchschnittswert bei 18,4 Hektar. Lag. 7,5 Millionen Hektar ist die landwirtschaftlich genutzte Fläche, die Österreich aufweist, das bedeutet etwa 40% seiner gesamten Bundesfläche. 69% der landwirtschaftlichen liegen in Berggebieten Nutzfläche.

Das wichtige landwirtschaftliche Exportprodukt Österreichs ist der Wein. Deutschland ist der wichtigste Hauptabnehmer mit zwei Dritteln neben Schweiz und den USA. Neben Wein hat Österreich auch Tabak auf geringen Flächen seit über 300 Jahren angebaut besonders in der Steiermark.

3,9 Millionen Hektar. bzw. 47% der österreichischen Landfläche sind mit Wald bewachsen, deshalb spielt die Forstwirtschaft und holzverarbeitende Industrie eine wichtige Rolle in der Landwirtschaft. Österreich ist nach Kanada, Russland, Schweden und Finnland und vor dem sechszehnten Deutschland der fünftgrößte Holzexporteur der Welt.<sup>105</sup> Österreich hielt im Jahre 2003 mit 21,39% den vierhöchsten Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoinlandsverbrauch.<sup>106</sup> Im Bereich dieser erneuerbarer Energieträger nehmen Holz (mit 57,4%) und Wasserkraft eine wichtige Position ein. Seit Anfang der 70er Jahre hat sich die Energieerzeugung aus Wasserkraft verdoppelt und zählt sich zu den wichtigsten erneuerbaren Energiequellen in Österreich mit einem Anteil von 9,4% im Jahre 2003.

---

<sup>104</sup>Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressdienst, Wien 2005, S 110.

<sup>105</sup>[www.wikipedia.de](http://www.wikipedia.de). 06 October 2008, 11h: 30.

<sup>106</sup>Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressdienst, Wien 2005, S 111.

### **3.2.1.3. Dienstleistungen**

Im Dienstleistungssektor dominierten vor allem der Tourismus, der Handel und das Bankwesen. Die Dienstleistungen machen in Österreich den größten Anteil der Wirtschaftsleistungen aus. Sie hatten 2004 einen Anteil von 67,1% am österreichischen BIP. Nach Elmer und Wohnout ist dieser Sektor der am schnellsten expandierende Wirtschaftssektor.<sup>107</sup> Die Dienstleistungen erwirtschafteten zwei Drittel des BIP, damit liegt Österreich im EU-Durchschnitt. Das wichtige in diesem Sektor ist, dass immer neue heimische Arbeitsplätze entstehen.

#### **a. Handel**

Der wichtige Wirtschaftszweig im österreichischen Dienstleistungssektor ist der Handel, er trägt mit rund 12,8% zum BIP bei. Die höchste Dynamik bei Unternehmungsgründungen wird schon seit einigen Jahren vom Handel aufgewiesen. Dieser Sektor beschäftigte 498.321 Mitarbeiter im Jahre 2004. D.h. rund 234.000 Beschäftigte entfallen auf den Einzelhandel.

#### **b. Bankwesen**

Seit 1992 ist die Anzahl der Bankstellen und tätigen Kreditinstitute in Österreich im Sinken begriffen. Das Ziel der ersten Banken Österreichs am Anfang des 18. Jahrhunderts war die Finanzierung der Bedürfnisse der damals absolutistischen Machthaber, aber dies verändert sich besonders im Zuge der industriellen Revolution und so veränderte sich das Bankwesen in Österreich zu ihrer aktuellen Bedeutung.

Die gesamte Wirtschaft des Landes erstarkte bis Anfang der 1990er zum Großteil verstaatlichten Bankwesen durch Privatisierung und Übernahmen einerseits und durch den Fall des Eisernen Vorhangs andererseits, was den mittlerweile finanziell erstarkten Banken eine einzigartige Expansionsgelegenheit bot.

#### **c. Tourismus**

---

<sup>107</sup>Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressedienst, Wien 2005, S 104.

Der Tourismus ist der Beschäftigungsmotor der österreichischen Volkswirtschaft. Er nimmt mit der Freizeitwirtschaft im internationalen Wettbewerb eine dominierende Position ein. Tourismus und Freizeitwirtschaft werden eine große Bedeutung für die österreichische Volkswirtschaft durch die Kombination von Kultur, Geschichte, Landschaft, Sport, Animation und Betreuung, beigemessen. Der direkte Wertschöpfungsanteil des Tourismus in Österreich lag zuletzt bei 9,8%. Diese Wirtschaftsleistung erbringen rund 40.000 Betriebe mit etwa 220.000 Beschäftigten.

Im Gastgewerbe stieg die Zahl der Arbeitsplätze innerhalb von fünf Jahren um jährlich 1,4% bei einem gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungswachstum von jährlich 0,6%.<sup>108</sup> Nach einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) wird bis 2010 ein jährlicher Zuwachs im Gastgewerbe von 1% oder 1,5% Beschäftigten erwartet. Die Zahl der ausländischen Gästeankünfte ist in Österreich weiterhin gestiegen, man erreichte einen neuen Rekordwert.

Im Jahr 2004 betragen die Einnahmen aus dem Tourismus von Gästen aus dem Ausland rund 15 Milliarde Euro. und so liegt Österreich laut WTO weltweit an siebenter Stelle.<sup>109</sup> Die Alpenrepublik zählt im internationalen Reiseverkehr nach wie vor zu den tourismusintensivsten Ländern der Welt. Durch 28,5 Millionen Ankünfte 2003 und 117,2 Millionen Nächtigungen 2004 verbesserte sich der österreichische Tourismus.

Österreich liegt gemessen an Besuchen pro Einwohner im internationalen Spitzenfeld. Es rangiert auch in den Top -Ten. Rangliste der weltweit beliebtesten Reiseziele. Laut Elmer und Wohnout ist Österreich in der EU mit 11,5 Übernachtungen je Einwohner führend.<sup>110</sup>

Österreich gehört gemeinsam mit Belgien, Luxemburg, Irland und Spanien zu den Ländern mit den stärksten Marktanteilsgewinnen in Europa, denn Österreich erhöhte

---

<sup>108</sup>Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressdienst, Wien 2005, S 106.

<sup>109</sup> Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressdienst, Wien 2005, S 107.

<sup>110</sup> Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressdienst, Wien 2005, S 107.

seinen Marktanteil um 4% im europäischen Tourismus durch die Steigerung der Tourismusexporte. Auf den Nahmärkten wie Deutschland, Tschechien, der Slowakei und Ungarn baute die österreichische Tourismuswirtschaft ihren Marktanteil aus. Rund 32 Millionen Gäste besuchten im Jahre 2006 Österreich. 7 von 10 Touristen kommen aus dem Ausland. Deutschland nimmt die führende Rolle unter den Österreicher\*innen ein.

### Entwicklung des Tourismus in Österreich

	Übernachtungen			Ankünfte	Aufenthaltsdauer	Deviseneinnahmen	
	Inländer in %	Ausländer in %	Insgesamt in %	Insgesamt in %	In Tagen	In Millionen. Euro	In %
1999	+3,5	+0,7	+1,4	+2,0	4,43	11,771	+3,6
2000	+2,8	+0,1	+0,8	+3,6	4,31	12.360	+5,0
2001	+0,9	+1,4	+1,3	+2,0	4,28	13.400	+8,4
2002	-1,4	+2,5	+1,5	+1,7	4,27	13.903	+3,8
2003	+2,0	+0,6	+1,0	+2,8	4,19	14.218	+2,3
2004	+0,4	+1,5	-0,6	+1,2	4,11	14.886	+2,3

**Tabelle 1:** Elmer und Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressedienst, Wien 2005, S 108.

Diese Tabelle enthält die Entwicklung des Tourismus in Österreich; die Übernachtungen, Ankünfte, Aufenthaltsdauer und Deviseneinnahmen seit 1999 bis 2004. Man kann hier bemerken, dass die inländischen Übernachtungen im Jahre 2002 mit -1,4% sanken, dann im Jahre 2002, 2003 wieder anstiegen (die Gründe waren gestiegene Ölpreise und die Anhebung öffentlicher Gebühren in die Periode zwischen 2000 und 2002). Man kann auch bemerken, dass die Entwicklung der ausländischen Übernachtungen immer positiv war, besonders im Jahre 2002, sie erreichten mit +2,5% einen Höhepunkt. Insgesamt kann man sagen, dass die inländischen und ausländischen Übernachtungen eine positive Entwicklung seit 1999 bis 2003 kannten nur im Jahre 2004 bis -0,6% sanken. Die gesamten Ankünfte waren immer positiv. Die Deviseneinnahmen erreichten einen Höhepunkt mit 14.886 Millionen Euro im Jahre 2004 bzw. +2,3%.

#### **3.2.1.4. Der Außenhandel**

In rund 235 Ländern vertreiben österreichische Exportfirmen ihre Fertig- und Zulieferprodukte durch die offene Marktwirtschaft, deshalb entwickelte sich Österreich zu einem weit verzweigten und hoch differenzierten Außenhandel. Motor der Konjunktur und einer der wichtigsten Faktoren der österreichischen Wirtschaft ist der Export. Schon im Jahr 2004 erreichte der Export von Waren- und Dienstleistungen mehr als 50% des österreichischen BIP und zur Volkswirtschaft leistet Österreich einen enormen Beitrag.

Nach Elmer und Wohnout bedeutet ein Prozent Warenexportsteigerung bis zu 10.000 neue Arbeitsplätze und 280 Millionen Euro mehr an Budgetmitteln.<sup>111</sup> Etwa eine Million Arbeitsplätze werden durch die Exportwirtschaft gesichert. Rund 85.000 Arbeitsplätze in Österreich wurden geschaffen allein mit dem Exportzuwachs 2004 von 13.0% und rund 1 Milliarde Euro an Steuerankommen wurden generiert. Seit einigen Jahren blüht die österreichische Exportwirtschaft mit zunehmender Tendenz wie die positiven Handelsbilanzen zeigen.

Die heimischen Ausfuhren lagen erstmals im Jahre 2002 in der Zweiten Republik über den Einfuhren. Die österreichische Exportwirtschaft ist ausbaufähig, aber nur noch in den Überseemärkten. Bisher fließen nur rund 15% der Gesamtexporte dorthin. Seit dem EU-Beitritt stiegen die österreichischen Exporte um 140% d.h. im Durchschnitt jährlich um 9%. Die Warenexporte hatten 2003 einen neuen Höchstwert mit 79 Milliarde Euro erreicht, 2004 stiegen sie um 14% bzw. 90 Milliarde Euro. Die meisten exportierten Waren sind Maschinen und Straßenfahrzeuge. Über 37 Milliarde Euro erreichten die Dienstleistungsexporte. Diese Exporte stiegen um 13% im Jahr 2004 und betragen 51,1% des BIP. Der wichtigste Exportmarkt Österreichs ist die Europäische Union. Rund ein Drittel der österreichischen Ausfuhren geht nach Deutschland. Laut Elmer und Wohnout ist Österreichs Wirtschaft eng mit den

---

<sup>111</sup>Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressesdienst, Wien 2005, S 114.

Märkten der EU-Mitgliedstaaten verflochten.<sup>112</sup> Der zweitwichtigsten Exportmärkte Österreichs sind USA und China.

Die wichtigsten Handelspartner Österreichs sind die Staaten Mittel- und Osteuropa (MOEL), besonders die neuen Mitgliedstaaten. Franz Wessig<sup>113</sup> hat gesagt: „*Mit der EU-Erweiterung um zehn neue Mitgliedstaaten und mit dem Beitritt von vier Nachbarländern Österreichs zur Europäischen Union rückt Österreich wieder ins Zentrum Europas.*“<sup>114</sup> Seit 1989 bzw. seit der Ostöffnung nehmen die österreichischen Exporte zu, denn diese Region entwickelte sich zum der dynamistischen Exportmärkte für die österreichische Wirtschaft. Der Anteil der Exporte lag im Jahr 1990 in dieser Region bei 8,25%. Dieser Anteil konnte im Jahr 2004 auf 14,4% gesteigert werden.

Ungarn und die Tschechische Republik sind die wichtigsten Handelspartner Österreichs in den zehn neuen EU-Mitgliedstaaten. Nicht nur die Exporte sondern auch die Importe aus diesen Ländern; d.h. die zehn neuen Mitgliedstaaten, haben seit der Ostöffnung stark zugenommen. Im Jahr 1990 lag der Anteil der Importe aus Mittel und Osteuropa (MOEL) bei 5,01%. Und stieg im Jahr 2004 auf 12,2%.

### **Die wichtigsten Handelspartner Österreichs**

Land	Exportanteil 2004	Land	Importanteil 2004
Deutschland (1)	31,9%	Deutschland(1)	40,8%
Italien (2)	8,8%	Italien(2)	7,0%
USA(3)	5,2%	Frankreich (3)	4,8%
Schweiz(4)	5,2%	USA (4)	4,0%
Frankreich (5)	4,4%	Tschechien (5)	3,3%
Vereinigtes Königreich (6)	4,3%	Schweiz (6)	3,3%
Ungarn (7)	4,0%	Ungarn (7)	3,2%

<sup>112</sup>Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressedienst, Wien 2005, S 69.

<sup>113</sup> Franz Wessig der selbstvertretenden Leiter der Abteilung für Mittel- und Osteuropa, EU- Erweiterung im Österreichischen Bundes Ministerium für Wirtschaft und Arbeit.

<sup>114</sup> Von Internet [www.google.de](http://www.google.de)

Tschechien(8)	3,1%	Niederlande (8)	3,0%
Spanien (9)	2,5%	Japan (9)	2,2%
Niederlande (10)	2,0%	Vereinigtes Königreich (10)	2,2%
Slowenien (11)	2,0%	China (11)	2,2%

**Tabelle 2:** Elmer und Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressedienst, Wien 2005, S 118.

Die wichtigsten Handelspartner Österreichs.

Nach dieser Tabelle kann man beobachten, dass Deutschland der Hauptpartner Österreichs ist, d.h. der österreichische Exportanteil nach Deutschland ist fast 31,9%. Auch der österreichische Importanteil aus diesem Land betrug 40,8% im Jahre 2004. Italien ist der zweite Handelspartner Österreichs mit einem Exportanteil von 8,8% und Importanteil von 7,0%. Andere Handelspartner sind daneben: USA, Schweiz, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Ungarn, Tschechien, Spanien, Niederlande, Slowenien, Japan und China. Die Staaten Mittel und Osteuropa MOEL sind seit Jahren wichtigsten Handelspartner für Österreich. MOEL entwickelte sich seit 1989 zum der dynamischsten Exportmärkte für die Wirtschaft Österreichs.

Österreichs Exporte 2004		Österreichs Importe 2004	
Exportanteil		Importanteil	
EU	59,55%	EU	65,68%
MOEL	16,47%	MOEL	10,75%
EFTA+ GUS+ Europa		EFTA+ GUS+ Europa	
Resteuropa	8,90%	Resteuropa	6,65%
Asien	6,30%	Asien	8,53%
Nordamerika	5,96%	Nordamerika	4,39%
Afrika	1,12%	Afrika	1,32%
Mittel- und Südamerika	0,79%	Mittel- und Südamerika	0,67%

Australien, Oz	0,65%	Australien, Oz	0,10%
----------------	-------	----------------	-------

**Tabelle 3:** Elmer und Wohnout, Österreich Konkret Zahlen und Fakten, Seite 119.

Wenn man die Tabelle drei genauer betrachtet, so lässt sich feststellen, dass der Anteil der österreichischen in diese Länder lag bei 65,68%. Dann kommen die MOEL Länder, wo der Exportanteil bei 16,47% lag. Nicht nur die österreichischen Exporte haben sich seit der Ostöffnung bzw. seit 1989 in diese Region vervielfacht, sondern auch die Importe, im Jahre 2004 lag der Anteil der Einfuhren in diese Region bei etwa 10,75%.

### Österreichs Außenhandel mit den neuen Mitgliedstaaten

Partnerländer	Jahr 2004, vorläufige Werte		
	Exporte in 1000Euro	Importe in 1000Euro	Handelsbilanz in 1000 Euro
Estland	73.127	37.553	35.574
Lettland	76.908	19.189	57.719
Litauen	113.504	31.937	81.567
Malta	20.041	8.326	11.714
Polen	1.334.169	979.100	355.069
Slowakei	1.186.838	1.421.410	-234.572
Slowenien	1.548.903	858.496	690.407
Tschechien	2.407.435	2.625.913	-218.478
Ungarn	3.172.546	2.593.670	578.877
Zypern	48.121	4.396	43.725
Gesamt	9.981.592	8.579.989	1.401.603

**Tabelle 4:** Elmer und Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressedienst, Wien 2005, S 120.

Die Tabelle 4 zeigt die allgemeine Handelsbilanz Österreichs mit den neuen Mitgliedstaaten im Jahre 2004. Österreich erwirtschaftete mit den neuen Mitgliedstaaten rund 8% des EU-Außenhandels. Im Jahr 2004 lag die österreichische Handelsbilanz bei 1,7 Milliarde Euro.

### 3.3. Zur österreichischen Wirtschaft in der Europäischen Union

Die Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume der österreichischen Wirtschaftspolitik wurden seit dem Beitritt zur EU am 1. Jänner 1995 grundlegend verändert durch den Binnenmarkt, die Einführung der gemeinsamen Europäischen Währung und die zunehmende Internationalisierung der Wirtschaft.

Um ihre Wettbewerbsfähigkeit auszubauen, strebte Österreich im wirtschaftlichen Bereich an Privatisierung von staatseigenen Betrieben und Banken weiter, auch die Liberalisierung des Telekom- und Energiesektors. Österreich strebte auch an der staatlichen Monopole im Fernsehen und Hörfunkbereich.

Reformmaßnahmen wurden hingenommen um die österreichische Wirtschafts- und Budgetpolitik zu orientieren. Deswegen wurde der öffentliche Haushalt konsolidiert. Außerdem gab es viele Reformen z.B. der Verwaltungs- und Bildungsreformen und der Pensions- und Steuerreformen an den Anforderungen. Alle diese Reformmaßnahmen sind sehr wichtig um auf dem gemeinsamen europäischen Markt zu funktionieren. Laut Elmer und Wohnout belegen aktuelle Zahlen, dass Österreich bei Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit, Bruttoinlandsprodukt(BIP) Pro Kopf und Beschäftigung besser als der Durchschnitt der Euroländer liegt.<sup>115</sup>

Die österreichische Wirtschaft ist eng mit den Märkten der EU-Mitgliedstaaten verbunden. Die wichtigsten Handelspartner Österreichs sind Deutschland und Italien. Im Jahr 2004 ging ein Drittel der heimischen Exporte nach Deutschland und 40% der Importe kamen von dort.<sup>116</sup>

Der österreichische Außenhandel lag mit den Mittel und Osteuropäischen Ländern vor zehn Jahre noch bei 10% des gesamten Exportvolumens. Im Jahre 2004 stieg dieser Anteil auf ungefähr 17%, deshalb können wir sagen, dass die Handelsbeziehungen sehr dynamisch mit den zehn neuen EU-Staaten bzw. Mittel und Osteuropa zunehmen.

---

<sup>115</sup> Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressedienst, Wien 2005, S 69.

<sup>116</sup> Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressedienst, Wien 2005, S 69.

Elmer und Wohnout haben gesagt, dass die EU-Erweiterung positive Auswirkungen auf das österreichische Wirtschaftswachstum hat. Prognosen zufolge wird das österreichische BIP jährlich ungefähr 0,15% stärker wachsen als dies in der EU-15 der Fall gewesen wäre.<sup>117</sup>

### **3.3.1. Österreich in der Wirtschaft und Währungsunion**

Nach Erfüllung der Teilnahmebedingungen auch Maastricht Kriterien genannt, trat in Österreich die WWU am 1. Jänner 1999 in Kraft. Am 1. Jänner 2002 wurde in Österreich der Euro als Bargeld eingeführt. Die Wirtschafts- und Währungsunion und der verbundene Stabilitäts- und Wachstumspakt sorgen dafür, dass die Euroländer in Zukunft eine verständige kluge ebenmäßige Budgetpolitik verfolgen.

Damit ist es erforderlich die nationalen Wirtschaftspolitiken nach den Maastricht-Kriterien (Preisstabilität, Zinssatz, öffentliche Verschuldung, öffentliches Budgetdefizit) auszurichten. Das Stabilitätsprogramm muss jährlich vom jeden Euro-Land vorgelegt werden. Österreich hat in seinem Stabilitätsprogramm von 2003 bis 2007 (2.Fortschreibung) nach Elmer und Wohnout folgende wachstumsfördernde Maßnahmen bestimmt:

- Initiativen in Bereichen Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Bildung.
- Erhöhung der Standortattraktivität Österreichs.
- Beschleunigte Senkung der Abgabenquote.
- Nachhaltige Sicherstellung der Finanzierbarkeit des österreichischen Pensionssystems.
- Fortsetzung der Privatisierungspolitik.
- Restrukturierung der österreichischen Bundesbahnen.
- Fortsetzung der Strukturreformen auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte.<sup>118</sup>

---

<sup>117</sup> Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressdienst, Wien 2005, S 69.

<sup>118</sup> Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressdienst, Wien 2005, S 70.

### 3.1.2. Das österreichische Wirtschaftswachstum seit dem EU-Beitritt

Nach seinem Beitritt zur EU registrierte Österreich 1996 ein reales Wirtschaftswachstum von 1%. Das BIP erreichte real einen Wert von 1.612,5 Milliarde Dollar, nominell einen solchen von 2.416 Milliarde Dollar, (+2,7%). Dazu trugen besonders der Export und die Ausrüstungsinvestitionen bei.<sup>119</sup>

Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum der EU lag im Jahr 2000 bei +3,6%, aber dieses Wachstum hat im Jahr 2003 auf +0,8% reduziert, denn in den Jahren 2002 und 2003 trifft Europa eine Schwäche, deshalb war Europaweit spürbar. Aufgrund der erfolgreichen Handelsbeziehungen zu den Ländern Mittel- und Osteuropa in den Jahren 2002 und 2003 über dem Durchschnitt des Eurolands rangierte das österreichische Wirtschaftswachstum nicht am Ende. Dieses Wachstum lag 2004 mit 2,4% des realen BIP über der durchschnittlichen Wachstumsrate der 25 EU-Mitgliedsländer.<sup>120</sup> Heimische Experten rechnen für 2005 mit 1,7 bis 1,8%. Für 2006 mit 1,8 bis 2,1%.<sup>121</sup> Heimische Experten rechnen für 2005 mit 1,7 bis 1,8%.<sup>122</sup>

Diese liegende Wachstumsrate über dem Euroraum erklärt, dass Österreich von der Dynamik und Stärke des Beitritts der zehn neuen EU-Mitgliedstaaten deutlich mehr profitiert kann als die anderen Mitgliedsländer. Und so nimmt diese wachstumsdynamische Vordrang der neuen EU-Mitgliedsländer gegenüber den Altmitgliedstaaten weiter zu.

Während die EU-15 im Jahre 2002 einen realen BIP Vorsprung von 2,3% nehmen die Volkswirtschaften der neuen Mitgliedstaaten um 4,9% zu, gegenüber 3,9% 2003. Es ergab sich eine reale Wirtschaftswachstumsrate für das Jahr 2008 von 1,6%, (2007: 3,4%).

---

<sup>119</sup>Emmerich Tàlos, Elisabeth Horvath. BPD Austria; les Faits et les Chiffres. Producteur imprimerie Berger, Horn, (Basse Autriche). Publiert par le Service de presse fédéral. Seite 69.

<sup>120</sup> Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressdienst, Wien 2005, S71.

<sup>121</sup> Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressdienst, Wien 2005, S 71.

<sup>122</sup> Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressdienst, Wien 2005, S 71.

Wachstum der österreichischen Wirtschaft Im EU-Vergleich (Daten aus der Frühjahrprognose 2005 der EU-Kommission)			Wirtschaftswachstum in den neuen Mitgliedstaaten		
Land	2004 Veränderung zu 2003 in %	2005 Veränderung zu 2004 in %	Land	2004 Veränderung zu 2003 in % (Ist-Zahlen)	2005 Veränderung zu 2004 in % (Prognose)
Belgien	2,0	2,5	<b>Estland</b>	6,2	6,0
Dänemark	2,1	2,2	<b>Lettland</b>	8,5	7,2
Deutschland	1,5	1,8	<b>Litauen</b>	6,7	6,0
Finnland	2,6	2,7	<b>Malta</b>	1,5	1,7
Frankreich	1,7	2,4	<b>Polen</b>	5,3	4,4
Griechenland	4,0	3,3	<b>Slowakei</b>	5,5	4,9
Irland	3,7	4,6	<b>Slowenien</b>	4,6	4,0
Italien	1,2	2,1	<b>Tschechien</b>	4,0	4,0
Luxemburg	2,4	3,1	<b>Ungarn</b>	4,0	3,9
Niederlande	1,0	1,6	<b>Zypern</b>	3,7	3,9
Österreich	1,8	2,5			
Portugal	0,8	2,2			
Schweden	2,3	2,6			
Spanien	2,8	3,3			
Vereinigtes Königreich	3,0	2,8			
Euroländer	1,7	2,3			
EU15	2,0	2,4			

**Tabelle 5:** Elmer und Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressedienst, Wien 2005, S72.

### **Kommentar der beiden Tabellen: Wachstum der österreichischen Wirtschaft. Wirtschaftswachstum in den neuen Mitgliedstaaten**

Anhand dieser Tabellen kann man beobachten, dass das durchschnittliche Wirtschaftswachstum Österreichs im EU-Vergleich im Jahr 2004 bei 1,8% lag. Aber dieses Wachstum ist im Jahr 2005 auf 2,5% gestiegen, weil Österreich von der

Dynamik und Stärke des Beitritts der zehn neuen EU-Mitgliedstaaten deutlich mehr profitierte.

### 3.1.3. Die österreichische Kaufkraft

Österreich zählt heute gemessen am BIP (Bruttoinlandsprodukt) je Einwohner zu den reichsten Staaten sowohl in der EU als auch in der ganzen Welt. Es liegt beim BIP pro Kopf an dritter Stelle in der EU und Weltweit an 12. Stelle. Die Wirtschaftskraft liegt in Österreich um 22% über dem EU-Durchschnitt.<sup>123</sup> Während der österreichischen Wirtschaft schneller als jene der größten Handelspartner wächst, schreitet die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung kontinuierlich fort. Sie betrug im Jahr 2004 5,5%.

Die österreichische Wettbewerbsfähigkeit konnte durch günstige Standortentwicklung und Erleichterungen bei Steuern und Abgaben weiter verbessert werden. Diese Verbesserung kommt trotz hohen Rohölpreises und Euro-Außenwertes.<sup>124</sup> Weshalb baut Österreich seinen Anteil am Weltmarkt weiter aus. Wohlstand, Einkommen und Vermögen der Österreicher/(innen) wachsen mehr durch die solide Wirtschaftslage.

### Österreich Drittreichstes Land in der EU

BIP je Einwohner (€) 2004 in Kaufkraftstandards, EU-25=100)

Land	EU-25=100
Luxemburg	223
Irland	139
Dänemark	122
Österreich	122
Niederlande	120
Großbritannien	119

<sup>123</sup> Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressedienst, Wien 2005, S73.

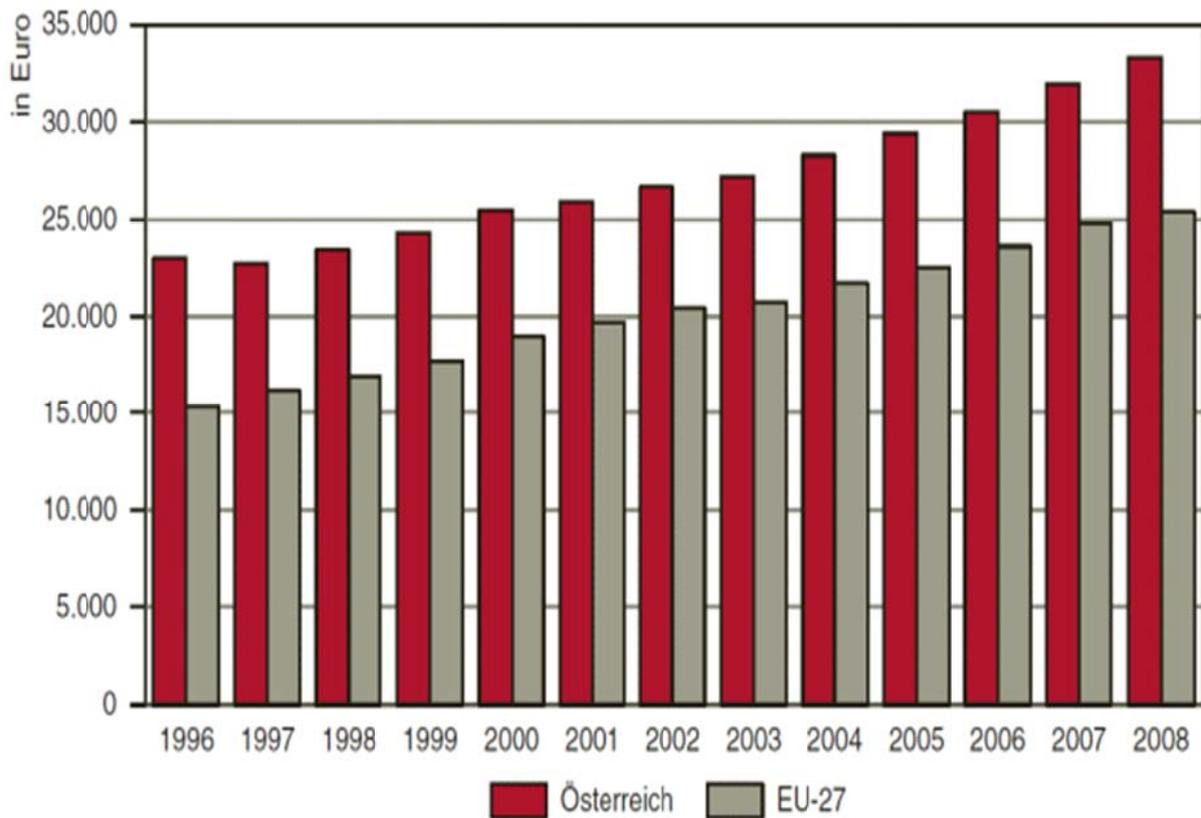
<sup>124</sup> Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressedienst, Wien 2005, S73.

Belgien	119
Schweden	116
Finnland	115
Frankreich	111
Deutschland	109
Italien	105
Spanien	98
Zypern	82
Griechenland	82
Slowenien	78
Portugal	73
Tschechien	72
Malta	72
Ungarn	61
Slowakei	52
Estland	50
Litauen	48
Polen	47
Lettland	43

**Tabelle 6:** Elmer und Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressedienst, Wien 2005, S74.

Was bemerken wir anhand dieser Tabelle, dass Österreich das drittreiche Land nach Bruttoinlandsprodukte BIP je Einwohner im Jahre 2004 in Kaufkraftstandards EU-25 lag.

## Bruttonationaleinkommen je Einwohner nominell seit 1995 im europäischen Vergleich



Q: STATISTIK AUSTRIA, Eurostat. Erstellt am: 11.05.2009.  
Grafik: STATISTIK AUSTRIA.

**Grafik 1:** <http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/oesterreich/tatsachen-und-zahlen/wirtschaft.html>  
18-out 2010-08-18/ 10 :23

### Kommentar der Graphik

In dieser Grafik kann man deutlich erkennen, dass das österreichische Bruttonationaleinkommen je Einwohner nominell seit dem EU-Beitritt bzw. 1995 bis 2005 im Europäischen Union 27 Vergleich immer gestiegen ist. Wir können hier herausgeben, dass Österreich immer von seinem EU-Beitritt profitiert besonders nach der EU-Erweiterung der 10 neuen Länder hat.

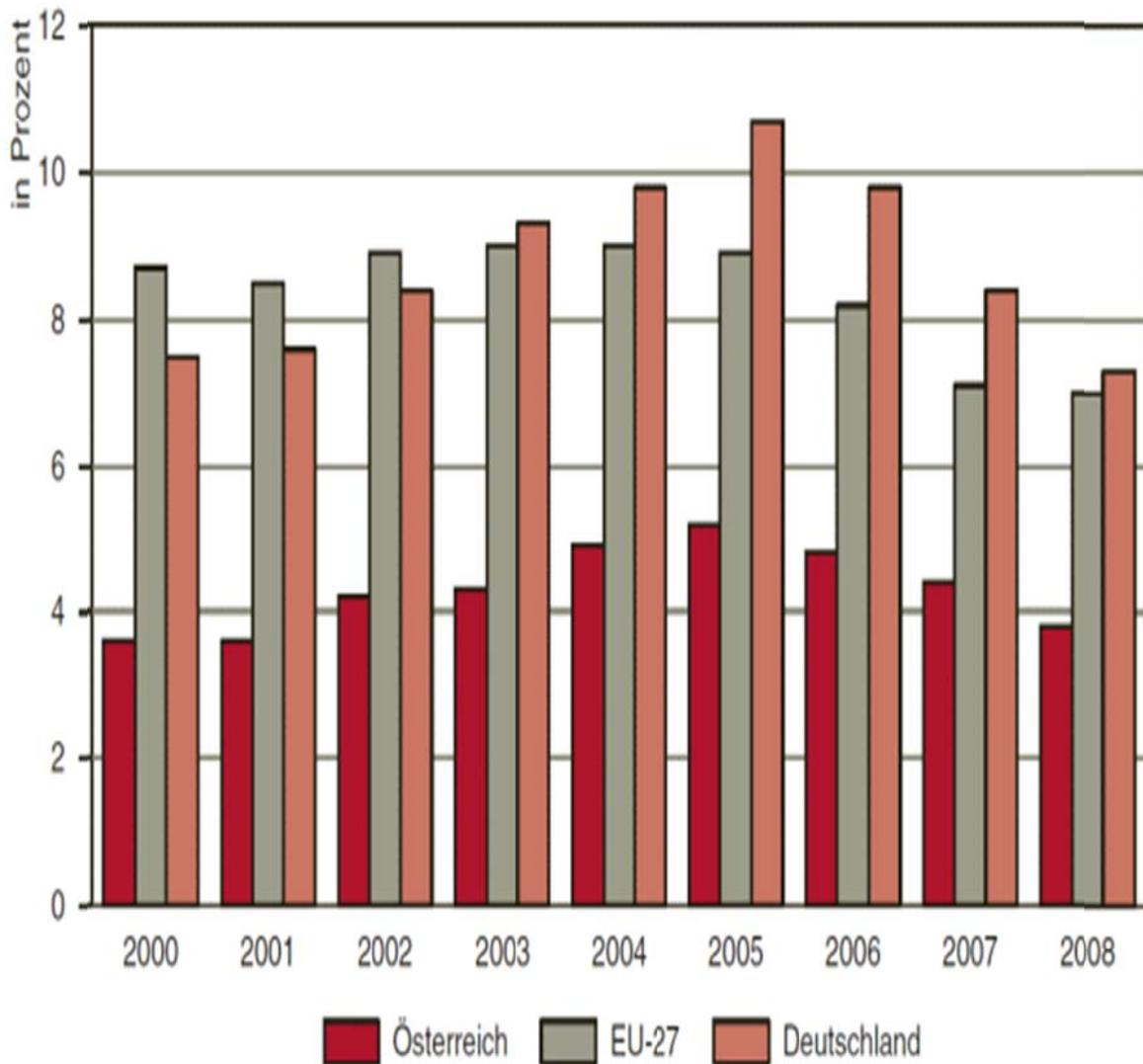
### **3.1.4. Die Beschäftigung und Arbeitslosenquote in Österreich**

In den letzten Jahren ist die Arbeitslosigkeit für die österreichische Verhältnisse etwa gestiegen, aber trotzdem liegt die Arbeitslosenrate relativ stabil zwischen 3,7% und 4,5% innerhalb der letzten zehn Jahre, sie beträgt die Hälfte des EU-Durchschnitt. Die Beschäftigung, die seit dem Jahr 2000 einen Zuwachs von 3,3% registrierte, entwickelte sich in Österreich.

Österreich weist die besten Werte alle EU-Ländern auf, besonders in den Bereichen der Langzeitarbeitslosigkeit und der Jugendarbeitslosigkeit. Die EU-Kommission versicherte, dass Österreich für das Jahr 2004 nach Zypern in diesen Bereichen (d.h. Langzeitarbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit) die wenigste Arbeitslosenquote in der EU-25 ist. Seit Jahren ist der prozentuale Anteil der Beschäftigung in Österreich höher als im EU-Durchschnitt. Mit 3,2 Millionen Arbeitnehmern im Jahr 2004 verzeichnete die Beschäftigung einen historischen Höchststand. 3.420.496 abhängig Beschäftigte erfasste die Statistik im Jahresdurchschnitt 2008.

Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Beschäftigungszuwachs von 2,3%. Für 2009 wird hingegen mit einem deutlichen Rückgang der Beschäftigung gerechnet. Im Jahresdurchschnitt 2008 waren 212.253 Personen arbeitslos. Damit lag die Quote der registrierten Arbeitslosigkeit bei 5,8%. Diese Quote wird im Laufe des Jahres 2009 wahrscheinlich auf rund 6,5% ansteigen. Sie lag im April 2009 bei 7,1%. Die Arbeitslosenquote nach EUROSTAT Definition lag im Jahresdurchschnitt 2008 bei 3,9%. Die Voraussagen für 2009 veränderten zwischen 4,2% und 4,5%.

## Arbeitslosenquote im EU-Vergleich seit 2000



Q: STATISTIK AUSTRIA, Eurostat. Erstellt am: 11.05.2009.  
 Grafik: STATISTIK AUSTRIA.

**Grafik2** : <http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/oesterreich/tatsachen-und-zahlen/wirtschaft.html>  
 18-out 2010-08-18/ 10 :23

### **Kommentare der Grafik: Arbeitslosenquote im EU-Vergleich seit 2000 bis 2005**

Die österreichische Arbeitslosenquote ist immer niedriger im EU-Vergleich und im Deutschland-Vergleich seit 2000 bis 2005. Die EU-Kommission versicherte, dass Österreich für das Jahr 2004 nach Zypern in den Bereichen der

Langzeitarbeitslosigkeit und der Jugendarbeitslosigkeit die wenigste Arbeitslosenquote in der EU-25 ist.

### **3.1.5. Der österreichische Haushalt**

#### **Schwerpunkte der österreichischen Budgetpolitik**

- Ausgeglichener Haushalt über den Konjunkturzyklus.
- Reduktion der Schulden.
- Senkung der Steuer- und Abgabenquote auf 40% bis 2010.
- Reform der Pension- und Gesundheitssysteme.
- Zukunftsinvestitionen in Forschung, Bildung und Infrastruktur .
- Bundesstaats- und Verwaltungsreform
- Konsequente Weiterführung der Privatisierungspolitik.<sup>125</sup>

Im Jahr 2001 und nach einem Höchststand der Abgabenquote von 45,4% sollen diese in den folgenden Jahren reduziert werden. Deshalb liegt der erklärter Zweck der Budgetpolitik in der Senkung der Abgabenquote auf unter 40% bis zum Jahr 2010. Laut Elmer und Wohnout liegt die Abgabenquote im Jahr 2005 bei 43,3%.<sup>126</sup>

Der Wirtschaftsstandort Österreichs soll international konkurrenzfähig bleiben durch den stufenweisen Abbau der generellen Steuerbelastung und besonders der Lohnnebenkosten. Weshalb hat man 2005 die Steuerreform durchgeführt.

#### **Wichtigste Eckpunkte der Steuerreform 2005**

- Reform der Einkommens- und Lohnsteuer.
- Einkommensstärkung für Familien.
- Anhebung der Pendlerpauschale.

---

<sup>125</sup> Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressedienst, Wien 2005, S76.

<sup>126</sup> Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressedienst, Wien 2005, S76.

- Senkung der Körperschaftsteuer.<sup>127</sup>

Was erhöhte die Steuerpolitische Attraktivität des Standorts Österreich im Vergleich zu seinen Nachbarstaaten deutlich und was zeigte die Signalwirkung ist besonders die auffallende Senkung der Körperschaftsteuer um 9 Prozentpunkte von 34% auf 25%.

### **Körperschaftsteuer ab 2005 (Nominell)**

Österreich und sein Nachbarländer im Vergleich

Deutschland	39,58%
Italien	38,25%
Tschechien	31,00%
Österreich	25,00%
Schweiz	24,10%
Slowenien	20,00%
Kroatien	20,00%
Slowakei	19,00%
Ungarn	18,00%

**Tabelle 7:** Elmer und Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressdienst, Wien 2005, S77.

Die internationalen Organisationen haben die österreichische Budgetpolitik bewundert. Der internationale Währungsfonds (IWF) hat Österreich für seine Budget- und Steuerreform als Vorzeigebispiel in seinem Prüfbericht vom Jahr 2005 gelobt. Um die Budget strukturell ins Gleichgewicht bringen, hat man seit über drei Jahren auf die große Pensionsreform, die Privatisierung und Liberalisierung der Märkte sowie die Steuerreform 2004/2005 gestützt. Durch die Steuerreform 2005 wurde besonders die Standortattraktivität erhöht und Wachstum und Investitionen fördern.

<sup>127</sup>Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressdienst, Wien 2005, S76.

Österreich zählt zu den drei besten Wirtschafts- und Arbeitsstandorten der EU durch seine Budgetpolitik, die jährlich im Rahmen der Lissabon- Strategie ermittelten Struktur Indikatoren zeigen.

### **3.1.6. Die Ausgaben und Einnahmen des Staatshaushaltes**

Seit dem Jahr 2000 wurde der Bundeshaushalt, nach drei Jahrzehnten deutlicher Budgetdefizite und wachsender Schulden, erfolgreich konsolidiert und befestigt. Dieses Defizit betrug im Jahr 2004 2,3 Milliarde Euro bzw. 1,0% des BIP. Die Garantie der sozialen Sicherheit, die Förderung von Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die Schwerpunkte des österreichischen Haushaltes.

Im Sozialbereich gibt Österreich im EU-Vergleich überdurchschnittlich viel für Altersvorsorge und Familienförderung aus.<sup>128</sup> Ein wachstumspolitischer zukunftsorientierter Schwerpunkt wird gelegt, weil Ausgabenseite im Haushalt der Bildung, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung besondere Priorität beigemessen wird.

Im Jahr 1999 wurden noch 7,5 Milliarde Euro für den Bereich Bildung und Wissenschaft verteilt und rund 9,3 Milliarde Euro im Jahr 2005. Für innere Sicherheit und außenpolitische Beziehungen steigen die Ausgaben überdurchschnittlich. Die Budgetmittel werden um weitere 30 Millionen Euro verstärkt um Kyoto- Ziel zu erreichen.

Die Pflegegeldbeiträge im Sozialbereich wurden um 2% im Jahr 2005 gesteigert und um rund 231 Millionen Euro erhöhen die Ausgaben des Familienlastenausgleichsfonds.

---

<sup>128</sup>Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressdienst, Wien 2005, S78.

**Die wichtigsten Budgetausgaben des allgemeinen Haushaltes  
In Euro, Prozentualen Gerundet**

	2004		2005	
	Bundesvoranschlag		Bundesvoranschlag	
	In Millionen	Anteil in %	In Millionen.	Anteil in %
Soziale Wohlfahrt, Gesundheit und Wohnungsbau	21.249	33,4	22.406	35,0
Allg. öffentlich. Verwaltung	8.899	14,0	8.723	14,0
Bildung, Wissenschaft und Forschung	9.234	14,5	9.324	16,0
Zinsen für Finanzschulden	8.899	14,0	8.816	14,0
Infrastruktur	7.118	11,2	6.702	10,0
Staats- und Rechtssicherheit, Landesverteidigung	4.012	6,3	4.260	7,0
Sonstiges	4.140	6,5	4.189	6,5

**Tabelle 8:** Elmer und Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressedienst, Wien 2005, S79.

Die wichtigsten Einnahmen	2004	2005
Allgemeiner Haushalt (in Millionen. Euro)	Vorläufiges Ergebnis	budgetvoranschlag
Öffentliche Abgaben, Brutto, davon	56.206	56.310
Lohnsteuer	17.118	17.000
Veranlagte Einkommenssteuer	2.818	2.400
Kapitalertragsteuer	566	530
Kapitalertragsteuer auf Zinsen	1.318	1.550
Körperschaftsteuer	4.470	3.600
Wohnbauförderbeitrag	657	685

Umsatzsteuer	18.154	19.100
Zölle	221	180
Tabak	1.317	1.350
Bier	201	200
Mineralölsteuer	3.593	3.700
Stempelgebühren	790	815
Energiesteuer	736	750
Normverbrauchsabgabe	476	490
Grunderwerb	512	490
Versicherungssteuer	953	980
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.251	1.290
Straßenbenützungsabgabe	3	1
Erbschaftsteuer	154	160
Kfz- Steuer	166	140
Konzessionsabgabe	199	200
Nebenansprüche	13	150
Andere	509	550
Abzüglich Überweisungen an Länder und Gemeinden, Fonds	-16.397	-16.440
Überweisungen an EU	-2.149	-2.386
Öffentliche Abgaben, netto	37.660	37.483
Steuerähnliche Abgaben	7.653	7.811
Sonstige Einnahmen	12.020	12.103
Überweisungen (Abgabenanteile)	1.475	1.572
<b>Insgesamt</b>	<b>58.871</b>	<b>58.969</b>

**Tabelle 9:** Elmer und Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressdienst, Wien 2005, S80.

In der administrativen Rechnung im allgemeinen Haushalt und nach Vorläufigen Gebarungserfolg für 2004 stehen den Gesamtausgaben von 60,35 Milliarde Euro und den Gesamteinnahmen von 60,35 Milliarde Euro gegenüber.

Laut Bundesvoranschlag sind Ausgaben für 2005 Höhe von 64,42 Milliarde Euro und Einnahmen von 58,97 Milliarde Euro vorgesehen. Was bedeutet einem administrativen Defizit von 5,5 Milliarde Euro oder 2,2% des BIP. Das Defizit wird laut Maastricht-Berechnung bei rund 5,7 Milliarde Euro bzw. 2,4% des BIP liegen.<sup>129</sup>

## **3.2. Zum wirtschaftlichen Gewinn Österreichs seit dem EU-Beitritt**

### **3.2.1. Die Abschaffung der Zollkontrollen**

Die wesentliche Auswirkung für die lokale Wirtschaft war der gleichberechtigte Zutritt zum Binnenmarkt. Das Freihandelsabkommen und der Europäische Wirtschaftsraum konnten nicht für die Wirtschaft wichtigste Freiheit des Binnenmarktes herstellen oder produzieren. Die Landwirtschaft und die Nahrungs- und Genussmittelwirtschaft waren einerseits vom Freihandelsabkommen geschlossen, andererseits waren die Grenzformalitäten und die nicht kalkulierbaren Wartezeiten an den Grenzen zu Italien und Deutschland als Wettbewerbsnachteil gegenüber EU-Firmen bestehen geblieben.

### **3.2.2. Die Direktinvestitionen seit dem EU-Beitritt**

Rund 47,35 Milliarde Euro wurden seit dem Beitritt bis 2005 in Österreich investiert. Die größten Unternehmen aus Deutschland, Italien, den Niederlanden und der Schweiz investieren in Österreich seit seinem EU-Beitritt d.h. von 1995 bis 2005 rund 4,3 Milliarde Euro pro Jahr, hier bemerkte man eine große Entwicklung und Steigerung, denn in den drei Jahren vor dem Beitritt betrugen ausländischen Investitionen ca. 1,3 Milliarde Euro.

Neben dem Aufschwung der ausländischen Investitionen sind auch die österreichischen Investitionen im Ausland seit dem EU-Beitritt angestiegen, insgesamt 46,62 Milliarde Euro waren bis 2005 von den österreichischen Unternehmen investiert. Das bedeutet ein durchschnittliches Investitionsvolumen von 4,2 Milliarde Euro pro Jahr, was in den drei Jahren vor dem Beitritt 1,1 Milliarde Euro pro Jahr war. In

---

<sup>129</sup>Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressedienst, Wien 2005, S79.

Rumänien, Bulgarien, Slowenien, Kroatien, Serbien und Bosnien-Herzegowina, ist Österreich, der größte Investor.

### **3.2.3. Die Exporte nach dem EU-Beitritt**

Nach dem EU-Beitritt wurden die österreichischen Exporte im Zeitraum 1994-2005 durchschnittlich um 9,15% jährlich gestiegen und die Importe um rund 7% pro Jahr gewachsen. Deshalb kann man sagen, dass hat Österreich alle bietenden Chancen nach seinem Beitritt in der EU stark und gut genutzt. Es hat besonders von der EU-Erweiterung profitiert, wo die dynamische Entfaltung und Entwicklung des österreichischen Außenhandels mit den zwölf neuen Mitgliedstaaten einen weiteren Aufschwung erlebte.

Die österreichischen Exporte erlebten eine Verdreifachung um 153% im Zeitraum 1994 - 2005. Und die Importe im selben Zeitraum sind um 120% gewachsen. Die 100 Milliarde Euro Export Schallmauer wurden im Jahr 2006 erstmals durchbrochen.<sup>130</sup>

### **3.2.4. Regionalförderung**

Die betroffenen österreichischen Regionen im Zeitalter 1995-1999 bekommen rund 22 Milliarde Schilling von der EU, (d.h. 1,623 Milliarde Euro zu preisen 1995), zugesprochen. Eine nationale Kofinanzierung war und ist die Voraussetzung für das Abrufen der EU-Mittel, wodurch sich das Projektvolumen mehr als verdreifachte. Österreich erhielt aus EU-Mitteln für die Zeitraum 2007-2013 insgesamt 17 Milliarde Schilling (d.h. 1,3 Milliarde Euro) zugesprochen. Das gesamte mögliche Projektvolumen beträgt unter Berücksichtigung der nationalen Kofinanzierung rund 4,5 Milliarde Euro.

---

<sup>130</sup>Österreichs EU- Beitritt, 14-Jahres- Bilanz. Fichier PDF. Impressum: WKO; Wirtschaftskammer Österreich.2009. <http://wko.at/eu>

# Zusammenfassung

# ZUSAMMENFASSUNG

Thema meiner vorliegenden Magisterarbeit lautet: *zur Entwicklung der österreichischen Wirtschaft nach dem EU-Beitritt, zehn Jahre EU-Mitgliedschaft von 1995 bis 2005*. Hauptanliegen war, der Gewinn der österreichischen Wirtschaft nach dem Europäischen Union Beitritt zu untersuchen.

Aus dem ersten Kapitel hat sich ergeben, dass die EU-Erweiterung eine Investition in die Zukunft Europas ist. Wodurch Freiheit, Frieden, Stabilität und Sicherheit aber auch das wirtschaftliche Wachstum in der gesamten EU erwartet wird. In diesem Kapitel habe ich festgestellt, dass die Wirtschaft eine Schlüsselrolle bei der EU-Erweiterung spielt. So gründeten die großen Mächte die Europäische Union. Ihr Hauptziel war der wirtschaftliche Aufschwung, bzw. einen gemeinsamen europäischen Markt zu errichten. So integrieren die 27 anderen Mitgliedsländer in der EU, sie strebten auch nach politischer, finanzieller und wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts, sowie die ständige Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen gehören zu den wichtigsten Zielen der Europäischen Union. Die Erfahrung der letzten fünf Jahrzehnte zeigt deutlich, dass Europa durch die wirtschaftliche Integration viel bessere Möglichkeiten zur Schaffung von Arbeitsplätzen und nachhaltigem Wachstum erhält. Es wurde bereits vieles erreicht: die Zollunion dann der Binnenmarkt und zuletzt die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU).

Im zweiten Kapitel hat es sich herausgestellt, dass Österreich eine sehr interessante Geschichte erlebt hat, und es seit früher eine Metropole und Kulturzentrum war. In diesem Land herrschten die Babenberger vom 10. bis 13. Jahrhundert. Dann übernahmen die Habsburger die Herrschaft von 13. bis 19. Jahrhundert. Danach wurde im Jahre 1867 die Österreich-ungarische Monarchie gegründet. Mit dem Ende des ersten Weltkrieges zerfiel die Doppelmonarchie in Nationalstaaten. Erst im 1919 wurde die Republik Österreich gegründet. In dieser jungen Republik gab es eine schwere wirtschaftliche Notlage zwischen der Bevölkerung. Die österreichische Regierung konnte erst bis Mitte der zwanziger die

Währung stabilisieren und die Wirtschaftsbeziehung mit den Nachbarstaaten empfangen. Mit dem Kriegsende (der zweite Weltkrieg) hatte die provisorische Regierung unter Leitung von Karl Renner die Unabhängigkeit Österreichs erklärt und die Wiedererrichtung der zweiten Republik wurde proklamiert.

Der wichtigste Punkt in diesem Teil ist die Mitgliedschaft Österreichs in der EU. Der Bundeskanzler Franz Vranitzky war der erste, der nach Mitgliedschaft Österreichs in der EU strebte. Die große Koalitionsregierung SPÖ und ÖVP strebte auch nach Verhältnisse mit der EG. Am 17. Juli 1989 konnte der damalige Außenminister Dr. Alois Mock (ÖVP) den Beitrittsantrag um Aufnahme in die EU in Brüssel darstellen. Im Februar 1993 werden offizielle Beitrittsverhandlungen der EU mit Österreich formell aufgenommen. Im März 1994 werden die Beitrittsverhandlungen abgeschlossen. Im Mai desselben Jahrs wird die Mitgliedschaft Österreichs im europäischen Parlament abgestimmt. Sowie im Juni wurde der Beitrittsvertrag bei der Regierungskonferenz auf Korfu unterzeichnet, deshalb gab es die Volksabstimmung in Österreich am 12.6.1994 über seinen Beitritt in der EU, rund 66,6% der Österreicher für einen EU-Beitritt votiert hatten. Schließlich wurde am 1. Jänner 1995 dieser Beitritt verwirklicht. Dieser Beitritt eröffnet für Österreich neue Chancen. Er erlaubt ihm die Teilnahme am europäischen Binnenmarkt.

Aus dem dritten Kapitel ist hervorgegangen, dass nach dem Zweiten Weltkrieg Österreich zu den ärmsten Ländern Europas gehörte. Aber im Laufe der Zeit hat sich in den letzten Jahrzehnten zum der reichsten Länder sowohl des Europas als auch der Welt entwickelt. Das war nicht nur mit der Marshall-Plan-Hilfe, sondern auch der wichtige Rolle des EU-Beitritts. Im Vergleich zu den anderen EU-Mitgliedern konnte Österreich in vielen Bereichen gewinnen (Arbeitskosten, Lohnstückkosten, Exportentwicklung, Standortattraktivität... usw.), besonders durch die EU-Erweiterung in Mittel und Osteuropa. In diesen Ländern haben die österreichischen Direktinvestitionen Rekordwerte erreicht. Die österreichischen Exporte explodieren in diese Region, deshalb zählt Österreich in seinen Nachbarländern zu den größten Investoren. In diese Region hat Österreich seine wichtigsten Märkte und es liegt am Rand in den anderen EU-Ländern dank der geographischen Nähe. Österreich liegt

auch im Zentrum Europas und mit stark wachsenden Märkten. Dank der Europäischen Union und der EU-Erweiterung hat Österreich sehr gute Chance für eine positive wirtschaftliche Entwicklung. Die EU-Erweiterung hat eine positive Auswirkung auf das österreichische Wirtschaftswachstum. Die Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume der österreichischen Wirtschaftspolitik wurden seit dem Beitritt zur EU am 1. Jänner 1995 grundlegend verändert durch den Binnenmarkt, die Einführung der gemeinsamen europäischen Währung und die zunehmende Internationalisierung der Wirtschaft. Um ihre Wettbewerbsfähigkeit auszubauen, strebte Österreich im wirtschaftlichen Bereich weiter nach Privatisierung von staatseigenen Betrieben und Banken. Österreich strebte auch nach Liberalisierung des Telekom- und Energiesektors.

Reformmaßnahmen wurden hingenommen, um die österreichische Wirtschafts- und Budgetpolitik neu zu orientieren. Deswegen wurde der öffentliche Haushalt konsolidiert. Außerdem gab es viele Reformen z.B. der Verwaltungs- und Bildungsreformen und der Pensions- und Steuerreformen an den Anforderungen. Alle diese Reformmaßnahmen sind sehr wichtig, um den gemeinsamen Europäischen Markt zu funktionieren. Aktuelle Zahlen belegen, dass Österreich bei Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit, Bruttoinlandsprodukt (BIP) Pro Kopf und Beschäftigung besser als der Durchschnitt der Euroländer liegt.

Die österreichische Wirtschaft ist eng mit den Märkten der EU-Mitgliedstaaten verbunden. Die wichtigsten Handelspartner Österreichs sind Deutschland und Italien. Im Jahr 2004 ging ein Drittel der österreichischen Exporte nach Deutschland und 40% der Importe kamen von dort. Der österreichische Außenhandel lag mit den Mittel und Osteuropäischen Ländern vor zehn Jahre noch bei 10% des gesamten Exportvolumens, 2004 stieg dieser Anteil auf ungefähr 17% deshalb können wir sagen, dass die Handelsbeziehungen mit den zehn neuen EU-Staaten bzw. Mittel und Osteuropa sehr dynamisch ansteigen. Die EU-Erweiterung hat positive Auswirkungen auf das österreichische Wirtschaftswachstum. Mit der EU-Mitgliedschaft boten sich Österreich nun auch Perspektiven für eine Fortentwicklung der Integration über

ökonomische Belange hinaus vor allem in den Bereichen Handels-, Agrar-, Regional-, Steuer- und Geldpolitik.

Von dieser Masterarbeit habe ich schließlich herausgefunden, dass seit seinem EU-Beitritt Österreich sehr viel profitiert hat, besonders im wirtschaftlichen Bereich. Seine Wirtschaft ist Konkurrenz fähig mit den anderen EU-Ländern. Es zählt heute zwischen den starken und zunehmenden Industrieländer der EU durch den Binnenmarkt und die EU-Erweiterung der 10 neuen Mitgliedstaaten. Der Europäische Union Beitritt ist eine Chance für die österreichische Wirtschaft. Nach WIFO Analyse ist die österreichische Industrie wettbewerbsfähig

## Abkürzungen

**BIP:** Bruttoinlandsprodukte.

**BZÖ:** Bündnis Zukunft Österreich.

**EAG:** die Europäische Atomgemeinschaft.

**EEA:** Einheitliche Europäische Akte.

**EFTA:** Europäische Freihandelsassoziation.

**EG:** Europäische Gemeinschaft.

**EGKS oder Montanunion:** Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

**EPZ:** Europäische Politische Zusammenarbeit.

**ERP:** European Recovery Program, bzw. Marshall Plan.

**EU:** Europäische Union.

**EuGH:** Europäischer Gerichtshof.

**EURATOM:** Europäische Atomgemeinschaft.

**EuRH:** Europäischer Rechnungshof.

**EWG:** Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.

**EWI:** Europäisches Währungsinstitut.

**EWR:** Europäischer Wirtschaftsraum.

**EWS:** Europäisches Währungssystem.

**EZB:** Europäische Zentralbank.

**EZBS:** Europäisches System der Zentralbanken.

**GASP:** Gemeinsame Außen und Sicherheitspolitik.

**IAEO:** Internationale Atomenergieorganisation

**IWF:** Internationaler Währungsfonds.

**KPÖ:** Kommunistische Partei Österreichs.

**KPÖ:** Kommunistische Partei Österreichs.

**MOEL:** Staaten Mittel- und Osteuropa.

**OECD:** Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

**OEEC:** Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit.

**ÖPUL:** Österreichisches Programm für Umweltrechte und den natürlichen Lebensraum.

**ÖVP:** Österreichische Volkspartei.

**SPÖ:** Sozialdemokratische Partei Österreichs.

**WIFO:** Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

**WWU:** Wirtschafts- und Währungsunion.

# Literaturverzeichnis

# Literaturverzeichnis

## Die Bücher

- 1. Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (2003),** Außenpolitischer Bericht; Jahrbuch der österreichischen Außenpolitik. 1014Wien, Ballhausplatz 2. Gesamtdredaktion und Koordination: Ges. Dr. Michael Schmidt. Mag. Evelin Jamek. Dipl. MTA Dagmar Hafner.
- 2. Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (2004),** Außenpolitischer Bericht; Jahrbuch der österreichischen Außenpolitik. 1014Wien, Minoritenplatz 8. Gesamtdredaktion und Koordination: Ges. Mag. Thomas Schlesinger, MSc. Kommissionsverlag: MANZsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung 1014 Wien. Mag. Elisabeth Reich.
- 3. Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (2002),** Außenpolitischer Bericht; Jahrbuch der österreichischen Außenpolitik. 1014Wien, Ballhausplatz 2. Gesamtdredaktion und Koordination: Ges. Mag. Werner Brandstetter. Kommissionsverlag: MANZsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung 1014 Wien.
- 4. Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten,** Vorhang auf, vom kalten Krieg zum geeinten Europa. Eine Publikation im Rahmen der initiative: "Geteilt/ Geeint: 1989-2009- Aufbruch in ein neues Europa". Impressum: Verlag und Gesamtherstellung: Vehling von Hötzendorfstrasse 121, A-8010 Graz. Lektorat: Dr. Sabine Perthold. ISBN: 978-3-85333-162-0
- 5. Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout (2005),** Österreich Konkret Zahlen & Fakten. Herausgegeben vom Bundespressdienst, Wien.
- 6. Dr. Gerhard Schuman, Hitzler Martina Ostarek, emperica Delasasse GmbH (2006),** Europa Handbuch 2005/2006. 9.Auflage, Carl

Heymansverlag.

7. **Emmerich Tàlos, Elisabeth Horvath (2000)**, Les Faits et les Chiffres. Imprimerie Berger, Horn (Basse- Autriche), publié par le Service de presse fédéral, Vienne.
8. **Herausgegeben von Statistik AUSTRIA (2009)**, VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN. Hauptergebnisse 1977- 2008. Bundesanstalt Statistik Österreich 1110 Wien Guglgasse, Verlag Österreich GmbH, Wien.
9. **Karl- Dieter Gröske, Friedrich Schneider (2003)**, Wörterbuch der Wirtschaft. Dreizehnte, völlig neu bearbeitete Auflage mit 80 Grafiken, Kröner Verlag Stuttgart.
10. **Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (1986)**, Europa. Welckerstraße 11, 5300, Bonn1, 9. Auflage.
11. **Prof. Dr. Kamal El KORSO (2003)**, Mosaïk Kultur und Landeskunde. Edition Dar El Gharb, Oran.
12. **Redaktion Schule und Lernen; in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Hans Boldt, Prof. Dr. Hede Prehl, Prof. Dr. DC. Umbach**, Schülerduden, Politik und Gesellschaft. 5. neue bearbeitete Auflage, herausgegeben; Dudenverlag: Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich.
13. **Univ. Prof. Dr. Emmerich Tàlos (2000)**, Das politische System in Österreich, BPD Austria. Unter Mitarbeit von: Univ. Prof. Dr. Herbert Dachs. Ao. Prof. Dr. Gerda Falkner. Mag. Marcel Fink. Univ. Prof. Dr. Heinz Gärtner. Ao. Univ. Prof. Dr. Friedrich Lachmayer. Ao. Prof. Dr. Wolfgang C. Müller. Univ. Prof. Dr. Fritz Plasser. Dr. Helga Stöger. Univ. Prof. Dr. Karl Ucakar. Redaktion: Abteilung III/1, herausgegeben vom

Bundespressdienst, Wien.

14. **Univ.- Prof. Dr. Ingeborg Tömmel (2006)**, Das politische System der EU. 2. völlig überarbeitete Auflage, R. Oldenbourg Verlag München Wien.
15. **Werner Weidenfeld (2004)**, Europa Handbuch: Band 1 “Die Europäische Union- Politisches System und Politikbereiche“. Dritte, aktualisierte und überarbeitete Auflage. Verlag; Bertelsmann Stiftung.
16. **Werner Weidenfeld (2004)**, Europa Handbuch. Band II „Die Staatenwelt Europas“ . Dritte, aktualisierte und überarbeitete Auflage, Verlag; Bertelsmann Stiftung.
17. **BPD Austria (2000)**, Les Faits et les chiffres. Publié par le service de presse fédéral, Vienne.

## PDF

18. **Auskunftsservice der Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai)**, Österreich, Wirtschaftsdaten Kompakt. Ansprechpartnerin: Frau Schreiber, Tel.:0221/2057 - 273; E-Mail: [elfi.schreiber@bfai.de](mailto:elfi.schreiber@bfai.de). (PDF).
19. **Autor: [brigitte.scherrer@seco.admin.ch](mailto:brigitte.scherrer@seco.admin.ch) (2009)**, Länderinformation Österreich. Staatssekretariat für Wirtschaft. Länderressort Europa/ Zentralasien. Bern, Juni. (PDF).
20. **BPD Austria(2000)**, Das politische System in Österreich. Herausgegeben vom Bundespressdienst, Wien. PDF
21. **Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (2007)**, Wirtschaftsbericht Österreich. Druck: Holzhausen Druck und Medien GmbH, Holzhausenplatz 1, 1140 Wien. Juli.
22. **Deutsche Bundesbank (2008)**, DIE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION. Wilhelm-Epstein-Straße 14, 60431 Frankfurt

am Main. Postfach 10 06 02, 60006 Frankfurt am Main.

- 23. Dipl.-Ing. Franz Sinabell**, Entwicklungstendenzen der österreichischen Landwirtschaft seit dem EU-Beitritt. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. A-1103 Wien, Postfach 91. Tel. ++43 1 798 26 01-481 (PDF).
- 24. Europäische Kommission**, Für mehr Wachstum; die Wirtschaft der EU. Reihe Europa in Bewegung. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. 2004 — 22 S. — 16,2 x 22,9 cm. ISBN 92-894-6141-1. (PDF).
- 25. Europäische Union**, Vertrag von Amsterdam. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften 1997 - 144 S. - 17,6 x 25 cm. ISBN 92-828-1650-8.
- 26.** Institutionen der Europäischen Union. Bundeszentrale für politische Bildung, 2010, [www.bpb.de](http://www.bpb.de).
- 27. Joseph Hoppichler**, Was brachte der EU-Beitritt der österreichischen Landwirtschaft? Facts & Feature 39 - November 2007. Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber: Bundesanstalt für Bergbauernfragen, A-1030 Wien, Marxergasse 2. [Office@babf.bmlfuw.gv.at](mailto:Office@babf.bmlfuw.gv.at) Dienststelle des Bundesministeriums für Land und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Layout: Roland Neissl Michaela Hager. ISBN: 978-3-85311-087-4 (PDF).
- 28. Mag. Franz Nauschnigg**, Österreich in der Europäischen Union. Eubeitr10.pdf
- 29. Marcus Scheiblecker, Sandra Steindl**. WIRTSCHAFTSBERICHT 2005. Österreichs Wirtschaft im Jahr 2005: Gedämpftes Wachstum gewinnt an Dynamik. WIFO. MONATSBERICHTE 4/2006.
- 30. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung WIFO (2002)**,

Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die Wirtschaft Österreichs. Wilfried Pulwein (Koordination). Fritz Breuss, Peter Huber, Peter Mayerhofer, Gerhard Palme, Fritz Schebeck, Jan Stankovsky. Verlags- und Herstellungsort: Wien. (PDF). E-Mail- Adressen: [Wilfried.Puwein@wifo.ac.at](mailto:Wilfried.Puwein@wifo.ac.at), [Martina.Agwi@wifo.ac.at](mailto:Martina.Agwi@wifo.ac.at).

31. Österreichs EU-Beitritt, 14-Jahres- Bilanz. (PDF). Impressum: WKO; Wirtschaftskammer Österreich.2009. <http://wko.at/eu>
32. **POLICY BRIEF, OECD.** Wirtschaftsbericht Österreich, 2005. May 2005. [www.oecd.org/publications/Pol\\_brief](http://www.oecd.org/publications/Pol_brief)
33. **Rainer Bartel, Johannes Pointner und Friedrich Schneider (1996),** Österreich im internationalen Wirtschaftssystem. Beitrag zu Ewald Nowotny und Georg Winckler (Hrsg) Grundzüge der Wirtschaftspolitik Österreichs. Manz-Verlag, Wien.

## Web Seiten

34. „Union Européenne [UE]”. “Microsoft® Encarta® 2007 [DVD]. Microsoft Corporation, 2006.
35. [http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4isches\\_Parlament](http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4isches_Parlament)
36. <http://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaftswunder> 04-02-2010à 13<sup>h</sup>: 30.
37. [http://europa.eu/abc/treaties/index\\_de.htm](http://europa.eu/abc/treaties/index_de.htm)
38. [http://europa.eu/scadplus/treaties/ecsc\\_de.htm](http://europa.eu/scadplus/treaties/ecsc_de.htm)
39. [http://europa.eu/scadplus/treaties/ecsc\\_fr.htm](http://europa.eu/scadplus/treaties/ecsc_fr.htm)
40. [http://europa.eu/scadplus/treaties/eec\\_de.htm](http://europa.eu/scadplus/treaties/eec_de.htm)

41. [http://europa.eu/scadplus/treaties/eec\\_fr.htm](http://europa.eu/scadplus/treaties/eec_fr.htm)
42. [http://europa.eu/scadplus/treaties/euratom\\_de.htm](http://europa.eu/scadplus/treaties/euratom_de.htm)
43. [http://europa.eu/scadplus/treaties/euratom\\_fr.htm](http://europa.eu/scadplus/treaties/euratom_fr.htm)
44. <http://oel.orf.at/highlights/33500.html> 14<sup>h</sup>: 29. 14/02/2010.
45. [http://oesterreich.ahk.de/news/singleview/?tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=253&tx\\_ttnews%5BbackPid%5D=443&cHash=f2648238db](http://oesterreich.ahk.de/news/singleview/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=253&tx_ttnews%5BbackPid%5D=443&cHash=f2648238db). 14.02.2010 -15h: 17.
46. <http://oesterreichswirtschaft/1920-1938.html> 14<sup>h</sup>:39. 14/02/2010.
47. <http://www.aeiou.at/aeiou.encyclop.o/o657342.htm> 14<sup>h</sup>: 39. 14-02-2010.
48. <http://www.aeiou.at/aeiou.encyclop.o/o657342.htm>. 14<sup>h</sup>: 39. 14-02-2010.
49. <http://www.aussenministeriumoesterreich-botschaft-paris-wirtschaft.htm>  
10/02/2010. 11<sup>h</sup>:27.
50. <http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/oesterreich/tatsachen-und-zahlen/wirtschaft.html> 10-02-2010 à 11<sup>h</sup>:27.
51. <http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/oesterreich/tatsachen-und-zahlen/wirtschaft.html> 10-02-2010 à 11<sup>h</sup>:27
52. <http://www.eufis.de/eu-glossar.html?title=Amsterdamer%20Vertrag>
53. <http://www.europa.eu>
54. <http://www.europa-im-unterricht.ktn.gv.at/default.aspx?SIid=125> 18- out-  
2010 / 10<sup>h</sup> :28
55. <http://www.europarl.eu.int>
56. <http://www.infopointeuropa.de/halloeuropa/Die%20Geschichte%20der%20E>

[U.htm](#) 13<sup>h</sup>:25

57. <http://www.lerntippsammlung.de/Die-Europ-ae-ische-Union.html>
58. [http://www.oogeschichte.at/Nachkriegs-Wirtschaft\\_in\\_OOE.26.0.html](http://www.oogeschichte.at/Nachkriegs-Wirtschaft_in_OOE.26.0.html).11-07-2010. 14<sup>h</sup>:10.
59. <http://www.österreich-wikipedia.mht> 28-12-2009. À 14<sup>h</sup>: 30.
60. <http://www.pausenhof.de/referat/sozialkunde/oesterreich-in-der-eu/14064>
61. <http://www.politischebildung.at/upload/polsystem.pdf>
62. <http://www.referate10.com/referate/Geographie/6/Osterreich-und-die-EU-reon.php>
63. <http://www.referate10.com/referate/Politik/4/DIE-EUROPAISCHE-UNION-reon.php>
64. <http://www.referate10.com/referate/Wirtschaft/2/Wirtschaft-projekt-Europa---Europaischen-Union-reon.php>
65. [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/aussenhandel/hauptdaten/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/aussenhandel/hauptdaten/index.html)  
[1](#)
66. [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/index.html)
67. <http://www.überblicküberdientätigkeitsbereichedereuropäischenunion/wirtschaft-währung.htm> 06 Oktober 2009, 11<sup>h</sup>30.
68. [http://de.wikipedia.org/wiki/Einheitliche\\_Europ%C3%A4ische\\_Akte](http://de.wikipedia.org/wiki/Einheitliche_Europ%C3%A4ische_Akte)  
15.12.2011. 13<sup>h</sup>:19

# Anhang

## I. Politik

### 1. Österreichische Regierungen seit 1945

<b>Regierung</b>	<b>Datum Amtsantritt</b>	<b>Datum Amtende</b>	<b>Parteienzusammensetzung</b>
Renner	27. 4. 1945	20. 12. 1945	SPÖ – ÖVP – KPÖ
Figl I	20. 12. 1945	20. 11. 1947	ÖVP – SPÖ – KPÖ
Figl II	20. 11. 1947	8. 11. 1949	ÖVP – SPÖ
Figl III	8. 11. 1949	2. 4. 1953	ÖVP – SPÖ
Raab I	2. 4. 1953	29. 6. 1956	ÖVP – SPÖ
Raab II	29. 6. 1956	16. 7. 1959	ÖVP – SPÖ
Raab III	16. 7. 1959	11. 4. 1961	ÖVP – SPÖ
Gorbach I	11. 4. 1961	27. 3. 1963	ÖVP – SPÖ
Gorbach II	27. 3. 1963	2. 4. 1964	ÖVP – SPÖ
Klaus I	2. 4. 1964	19. 4. 1966	ÖVP – SPÖ
Klaus II	19. 4. 1966	21. 4. 1970	ÖVP
Kreisky I	21. 4. 1970	4. 11. 1971	SPÖ
Kreisky II	4. 11. 1971	28. 10. 1975	SPÖ
Kreisky III	28. 10. 1975	5. 6. 1979	SPÖ
Kreisky IV	5. 6. 1979	24. 5. 1983	SPÖ
Sinowatz	24. 5. 1983	16. 6. 1986	SPÖ – FPÖ
Vranitzky I	16. 6. 1986	21. 1. 1987	SPÖ – FPÖ
Vranitzky II	21. 1. 1987	17. 12. 1990	SPÖ – ÖVP
Vranitzky III	17. 12. 1990	29. 11. 1994	SPÖ – ÖVP
Vranitzky IV	29. 11. 1994	12. 3. 1996	SPÖ – ÖVP

Vranitzky V	12. 3. 1996	28. 1. 1997	SPÖ – ÖVP
Klima	28. 1. 1997	4. 2. 2000	SPÖ – ÖVP
Schüssel	4. 2. 2000		ÖVP – FPÖ

**Tabelle 1:** Das politische System in Österreich. BPD Austria. Herausgegeben vom Bundespressdienst. Wien 2000. PDF. Seite 11.

## 2. Die österreichischen Bundespräsidenten seit 1945

Bundespräsident	Amtszeit	Vorschlagen durch
Karl Renner	1945- 1951	SPÖ
Theodor Körner	1951-1957	SPÖ
Adolf Schärf	1957-1965	SPÖ
Franz Jonas	1965-1974	SPÖ
Rudolf Kirchschräger	1974-1986	SPÖ
Kurt Waldheim	1986-1992	ÖVP
Thomas Klestil	1992-2004	ÖVP
Heinz Fischer	Seit 2004.	SPÖ

**Tabelle 2:** Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressdienst, Wien 2005. Seite 47.

### I. Wirtschaft

#### Entwicklung des Handels

	<b>Exporte</b>	<b>jährliche</b>	<b>Importe</b>	<b>jährliche</b>	<b>Handelsbil</b>
--	----------------	------------------	----------------	------------------	-------------------

	(Mio CHF)	Veränderung (in %)	(Mio CHF)	Veränderung (in %)	anz (Mio CHF)
2000	4'157	7.4	4'945	5.4	-788
2001	4'473	7.6	5'080	2.7	-607
2002	4'740	6.0	5'457	7.4	-717
2003	4'661	-1.7	5'663	3.8	-1'002
2004	4'901	5.2	6'086	7.5	-1'185
2005	5'169	5.5	7'220	18.6	-2'051
2006	5'848	13.1	7'612	5.4	-1'764
2007	6'315	8.0	8'091	6.4	-1'776
2008	6'063	-4	7'932	-2	-1'869
<b>2009 (I-V)</b>	<b>2'312</b>	<b>-7.6</b>	<b>2'777</b>	<b>-15.3</b>	<b>-465</b>

**Tabelle 3:** Länderinformation Österreich. Autor: [brigitte.scherrer@seco.admin.ch](mailto:brigitte.scherrer@seco.admin.ch) Staatssekretariat für Wirtschaft. Länderressort Europa/ Zentralasien. Bern, Juni 2009. (PDF). Seite 5.

### Wichtigste Produkte

<b>Exporte</b>	2007 (in % des Totals)	2008 (in % des Totals)
1. Maschinen (elektrisch/nicht elektrisch)	23	23.3
2. Unedle Metalle u. Waren daraus	11	11.3
3. Chemische Produkte	15	11.1
4. Pharmazeutische Erzeugnisse	9.1	10.4
5. Landwirtschaftl. Produkte	3.5	6.5

**Tabelle 4 :** Länderinformation Österreich. Autor: [brigitte.scherrer@seco.admin.ch](mailto:brigitte.scherrer@seco.admin.ch) Staatssekretariat für Wirtschaft. Länderressort Europa/ Zentralasien. Bern, Juni 2009. (PDF). Seite 5.

<b>Importe</b>	2007 (in % des Totals)	2008 (in % des Totals)
1. Maschinen (elektrisch/nicht elektrisch)	20	21.3
2. Unedle Metalle u. Waren daraus	15.4	16.2
3. Pharmazeutische Erzeugnisse	10.7	9.8
4. Kunststoffe, Kautschuk	6.0	6.3
5. Landwirtschaftl. Produkte	3.5	5.4

**Tabelle 5:** Länderinformation Österreich. Autor: [brigitte.scherrer@seco.admin.ch](mailto:brigitte.scherrer@seco.admin.ch) Staatssekretariat für Wirtschaft. Länderressort Europa/ Zentralasien. Bern, Juni 2009. (PDF). Seite 6.

## Wichtigste Wirtschaftsdaten

2007	2008 (Progn.)	2009 (Progn.)	2010 (Progn.)	
<b>BIP</b> (Mrd. EUR)	271.0	282.6	285.3	293.4
<b>BIP/Einwohner</b> (EUR)	28'960	30'321	30'293	30'609
<b>BIP-Wachstum</b> (in %)	3.0	1.6	-4.3	-0.8
<b>Inflationsrate</b> (%)	2.2	3.2	0.9	1.6
<b>Arbeitslosigkeit</b> (%)	4.4	3.8	4.7	4.9
<b>Budget-Saldo</b> (% des BIP)	-0.5	-1.0	-4.6	-4.9
<b>Ertragsbilanz</b> (% des BIP)	12.0	13.1	3.9	7.1
<b>Gesamtverschuldung</b> (% des BIP) 3	59.5	60.2	64.7	68.6

**Tabelle 6** : Länderinformation Österreich. Autor: [brigitte.scherrer@seco.admin.ch](mailto:brigitte.scherrer@seco.admin.ch) Staatssekretariat für Wirtschaft. Länderressort Europa/ Zentralasien. Bern , Juni 2009. (PDF). Seite 1.

## Anteile am Bruttonsozialprodukt und der Erwerbstätigkeit:

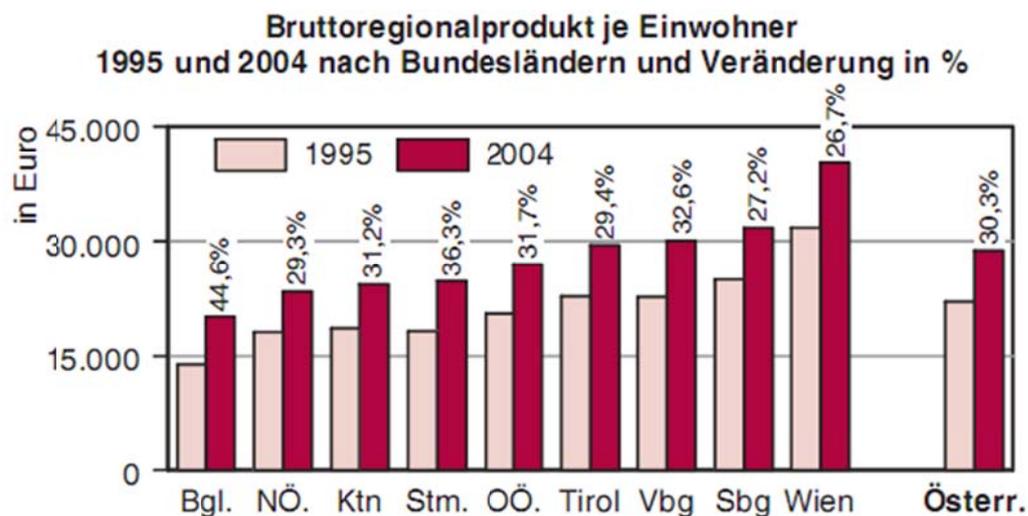
	Bruttonsozialprodukt	Beschäftigte
Industrie	33 %	27 %
Landwirtschaft	2 %	1 %
Dienstleistungen	65 %	68 %

**Tabelle 3**: [www.wikipedia.de/](http://www.wikipedia.de/) Wirtschaft Österreichs: 28/09/2009/ à15h

## Wirtschaft Österreichs

Wirtschaft Österreichs	
BIP nominell	246,5 Mrd. €(2005)
BIP pro Kopf	29.960 €(2005)
BIP-Wachstum	3,2 % real (2006)
HPI - Happy Planet Index	47,9 (2007)
Inflation	2,3 % (2005)
Zahlungsbilanzüberschuss	0,573 Mrd. €(2004)
Staatsverschuldung	57,7% vom BIP (2008)

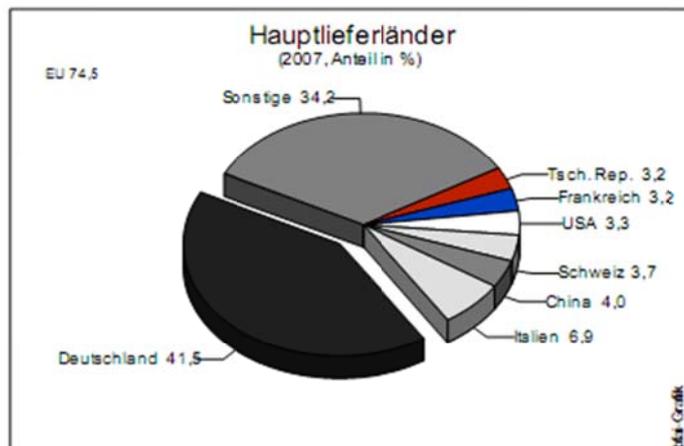
Tabelle 8: [www.wikipedia.de](http://www.wikipedia.de)/ Wirtschaft Österreichs: 28/09/2009/ à15h



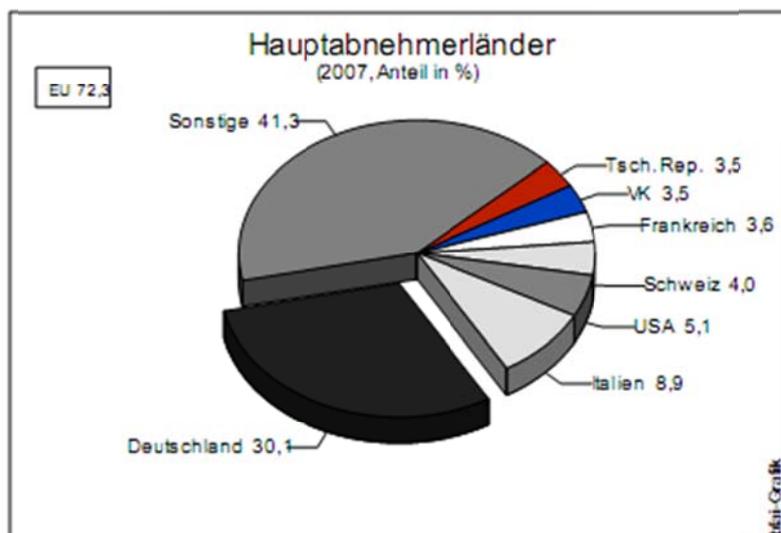
Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Regionale Gesamtrechnungen.

**Abbildung 1:** Wirtschafts atlas Österreich. Herausgeber und Hersteller: STATISTIK AUSTRIA, Guglgasse 13, 1110 Wien. Internet: [www.statistik.at](http://www.statistik.at) Redaktion: Dr. Waltraud RATH Tel.: +43 (1) 711 28-7439. Seite:

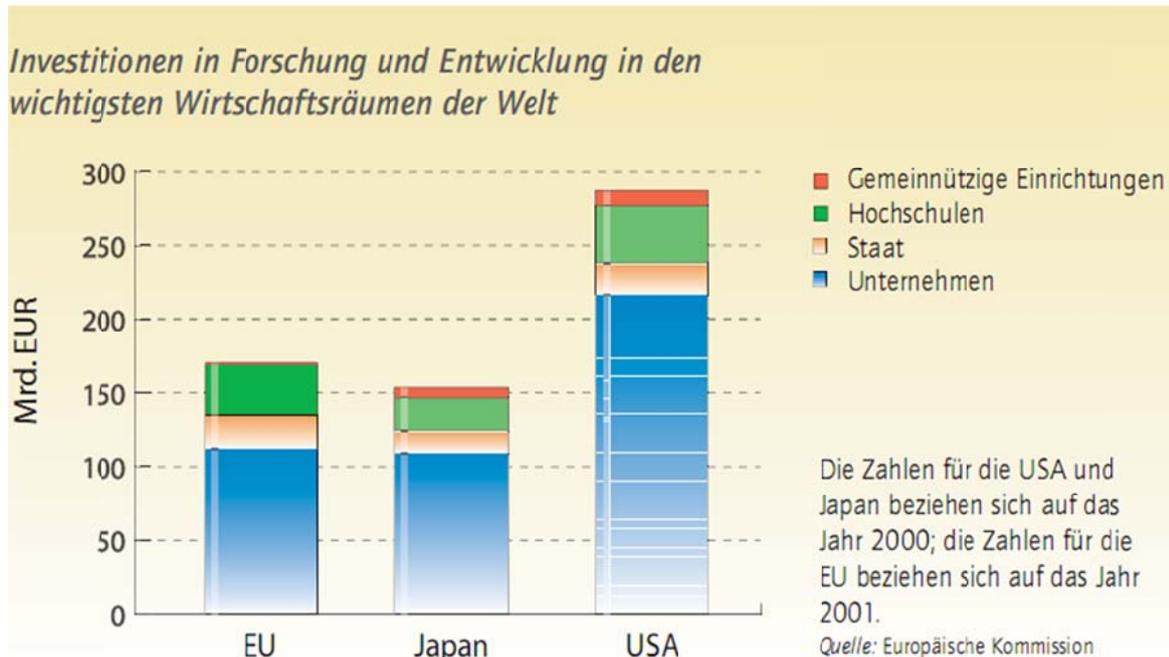
## Wichtige Handelspartner Österreichs



**Abbildung 2:** Deutsche Handelskammer in Österreich. Wirtschaftsdaten Kompakt; Österreich. November 2008.  
E-Mail: [office@dhk.at](mailto:office@dhk.at) .

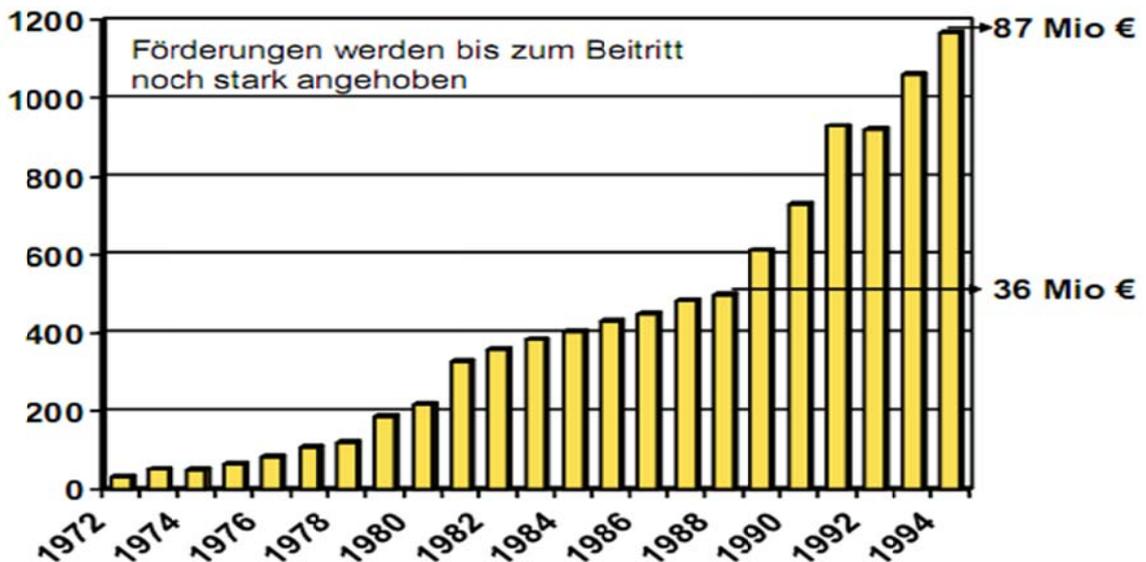


**Abbildung 3:** Deutsche Handelskammer in Österreich. Wirtschaftsdaten Kompakt; Österreich. November 2008.  
E-Mail: [office@dhk.at](mailto:office@dhk.at) .



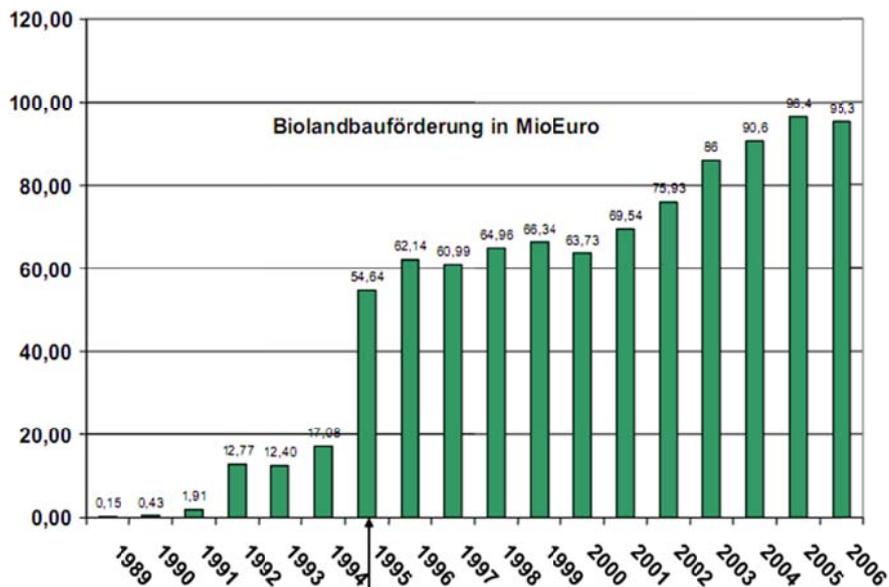
**Abbildung 4:** Europäische Kommission. Für mehr Wachstum. Die Wirtschaft der EU. Reihe *Europa in Bewegung*. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. 2004 — 22 S. — 16,2 x 22,9 cm. ISBN 92-894-6141-1.. (PDF). Seite 20.

**Entwicklung des Bergbauernzuschusses in Österreich bis zum EU-Beitritt (in Mio. ATS)**



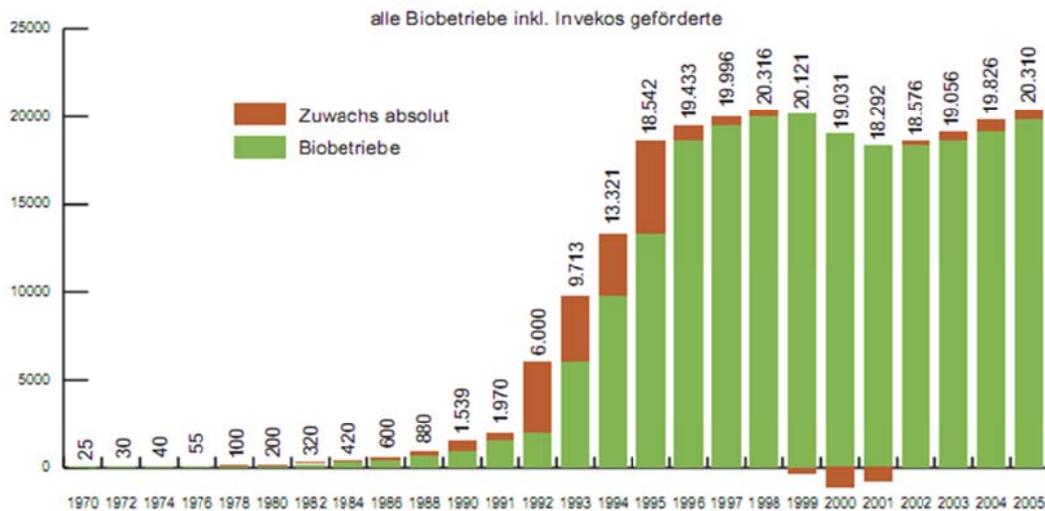
**Abbildung 5:** Josef Hoppichler, Was brachte der EU-Beitritt der österreichischen Landwirtschaft? Facts & Feature 39 - November 2007. Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber: Bundesanstalt für Bergbauernfragen, A-1030 Wien, Marxergasse 2. [Office@babf.bmlfuw.gv.at](mailto:Office@babf.bmlfuw.gv.at) Layout: Roland Neissl Michaela Hager. ISBN: 978-3-85311-087-4 (PDF). Seite 9.

### Entwicklung der Bioförderung in Österreich seit 1989



**Abbildung 6:** Josef Hoppichler, Was brachte der EU-Beitritt der österreichischen Landwirtschaft? Facts & Feature 39 - November 2007. Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber: Bundesanstalt für Bergbauernfragen, A-1030 Wien, Marxergasse 2. [Office@babf.bmlfuw.gv.at](mailto:Office@babf.bmlfuw.gv.at) Layout: Roland Neissl Michaela Hager. ISBN: 978-3-85311-087-4 (PDF). Seite 10.

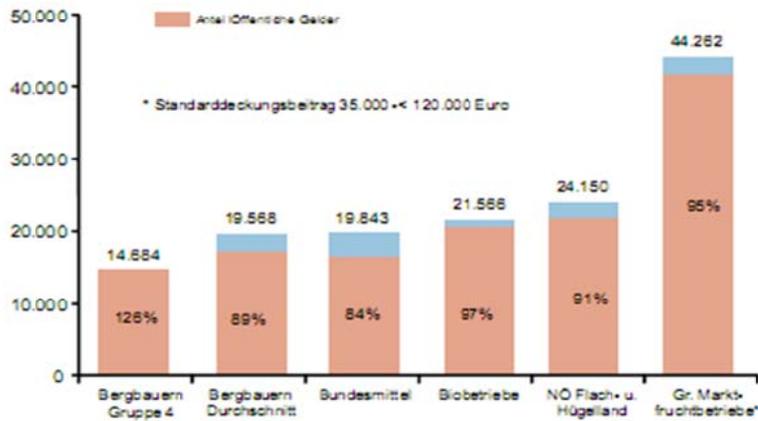
### Entwicklung der Biobetriebe in Österreich



Quelle: BMLFUW, BABF

**Abbildung 7:** Josef Hoppichler, Was brachte der EU-Beitritt der österreichischen Landwirtschaft? Facts & Feature 39 - November 2007. Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber: Bundesanstalt für Bergbauernfragen, A-1030 Wien, Marxergasse 2. [Office@babf.bmlfuw.gv.at](mailto:Office@babf.bmlfuw.gv.at) Layout: Roland Neissl Michaela Hager. ISBN: 978-3-85311-087-4 (PDF). Seite 11.

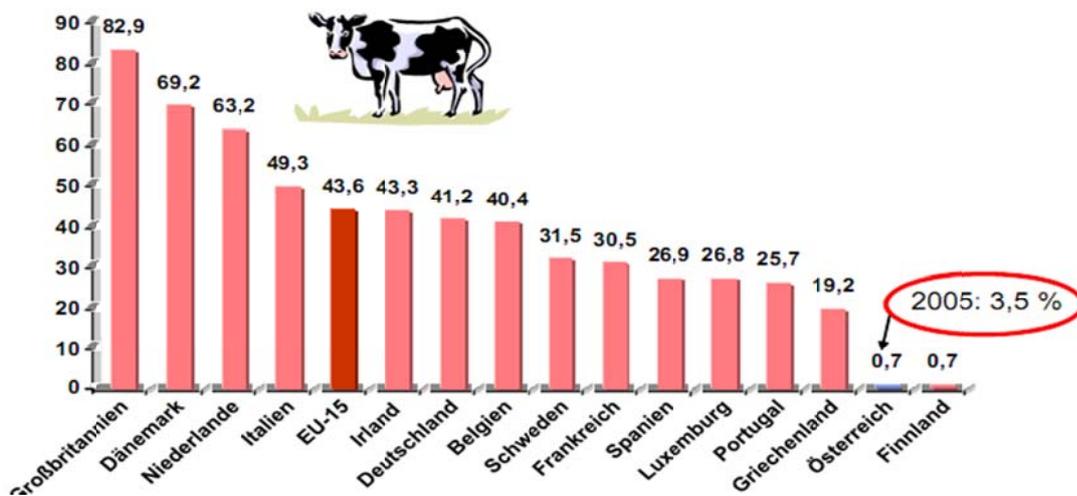
### Anteil der öffentlichen Gelder an den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft je Betrieb 2005



**Abbildung 8:** Josef Hoppichler, Was brachte der EU-Beitritt der österreichischen Landwirtschaft? Facts & Feature 39 - November 2007. Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber: Bundesanstalt für Bergbauernfragen, A-1030 Wien, Marxergasse 2. [Office@babf.bmlfuw.gv.at](mailto:Office@babf.bmlfuw.gv.at) Layout: Roland Neissl Michaela Hager. ISBN: 978-3-85311-087-4 (PDF). Seite 21.

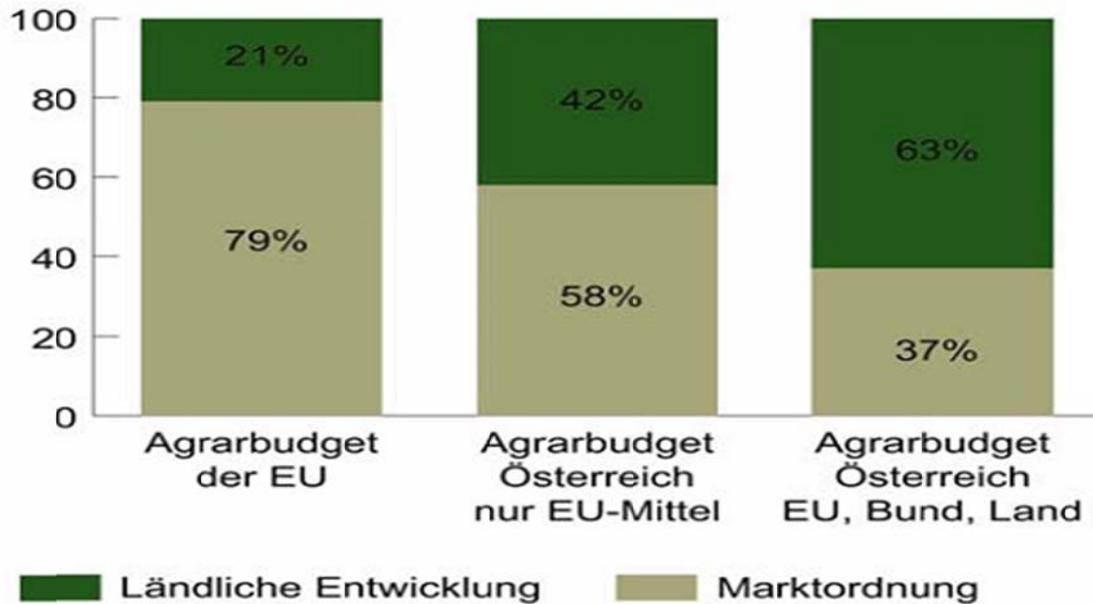
### Betriebsgrößenstruktur bei Milchkühen 1997

Anteil der Milchkühe in Beständen ab 50 Stück in %



**Abbildung 9:** Josef Hoppichler, Was brachte der EU-Beitritt der österreichischen Landwirtschaft? Facts & Feature 39 - November 2007. Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber: Bundesanstalt für Bergbauernfragen, A-1030 Wien, Marxergasse 2. [Office@babf.bmlfuw.gv.at](mailto:Office@babf.bmlfuw.gv.at) Layout: Roland Neissl Michaela Hager. ISBN: 978-3-85311-087-4 (PDF). Seite 18.

### Berechnungsbasis 2006



Quelle: EU-Haushalt 2006, BMLFUW

Grafik: G. Fronaschitz

**Abbildung 10:** Josef Hoppichler, Was brachte der EU-Beitritt der österreichischen Landwirtschaft? Facts & Feature 39 - November 2007. Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber: Bundesanstalt für Bergbauernfragen, A-1030 Wien, Marxergasse 2. [Office@babf.bmlfuw.gv.at](mailto:Office@babf.bmlfuw.gv.at) Layout: Roland Neissl Michaela Hager. ISBN: 978-3-85311-087-4 (PDF). Seite 23.

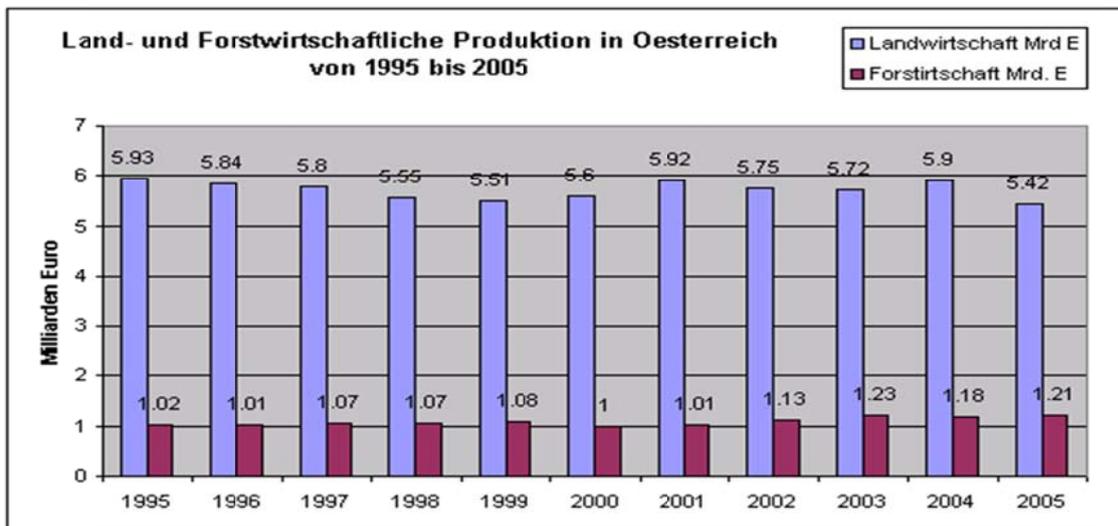


**Abbildung 11:** Österreich, Wirtschaftsdaten Kompakt. Auskunftsservice der Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai), Ansprechpartnerin: Frau Schreiber, Tel.: 0221/2057 - 273; E-Mail: [elfi.schreiber@bfai.de](mailto:elfi.schreiber@bfai.de). (PDF). Seite 1.

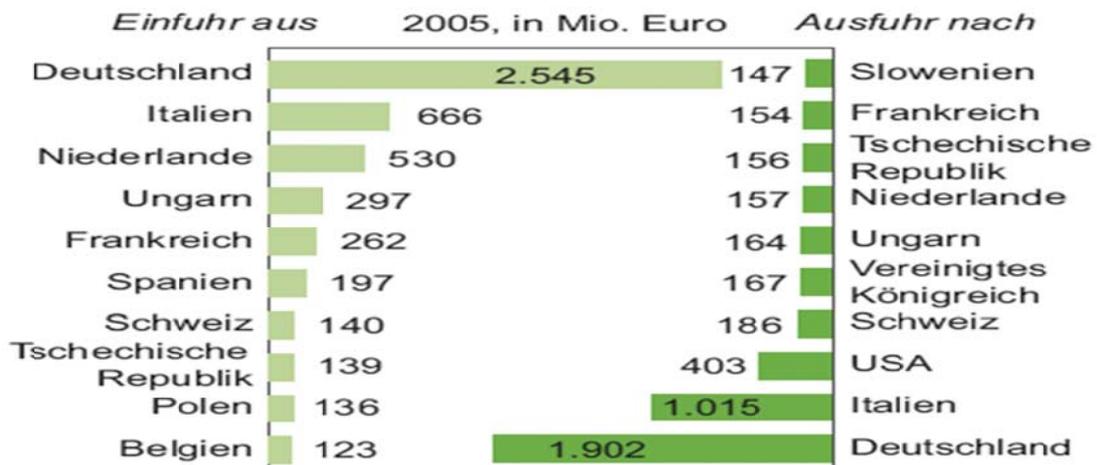
## Eckdaten der Industrie Österreichs

	2003	1995	Ø jährl. Wachstum
Beschäftigte (insgesamt)	437.422	489.436	-1,4%
Unselbständig Beschäftigte	435.352	486.461	-1,4%
Personalaufwand in Tsd. EURO	20.267.056	18.793.650	0,9%
Produktionswert in Tsd. EURO	94.122.282	70.624.968	3,7%
Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in Tsd. EURO	31.683.632	26.287.528	2,4%
Bruttoinvestitionen in Tsd. EURO	5.384.515	4.192.331	3,2%

Quelle: WVI (2005), auf Basis von Sonderauswertungen der Statistik Austria



## Österreichs Handel mit agrarischen Produkten und Lebensmittel

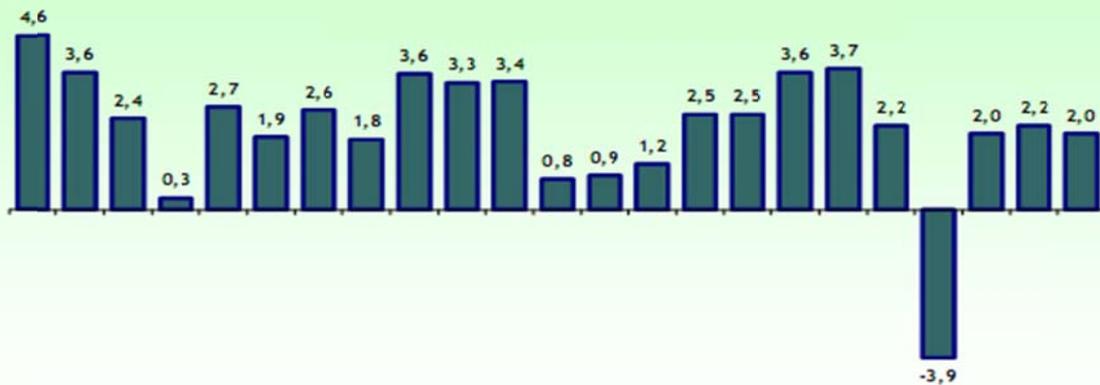


Quelle: Statistik Austria

Grafik: S. Linder

## Economic Growth 1990 - 2012

change in real GDP (in %)



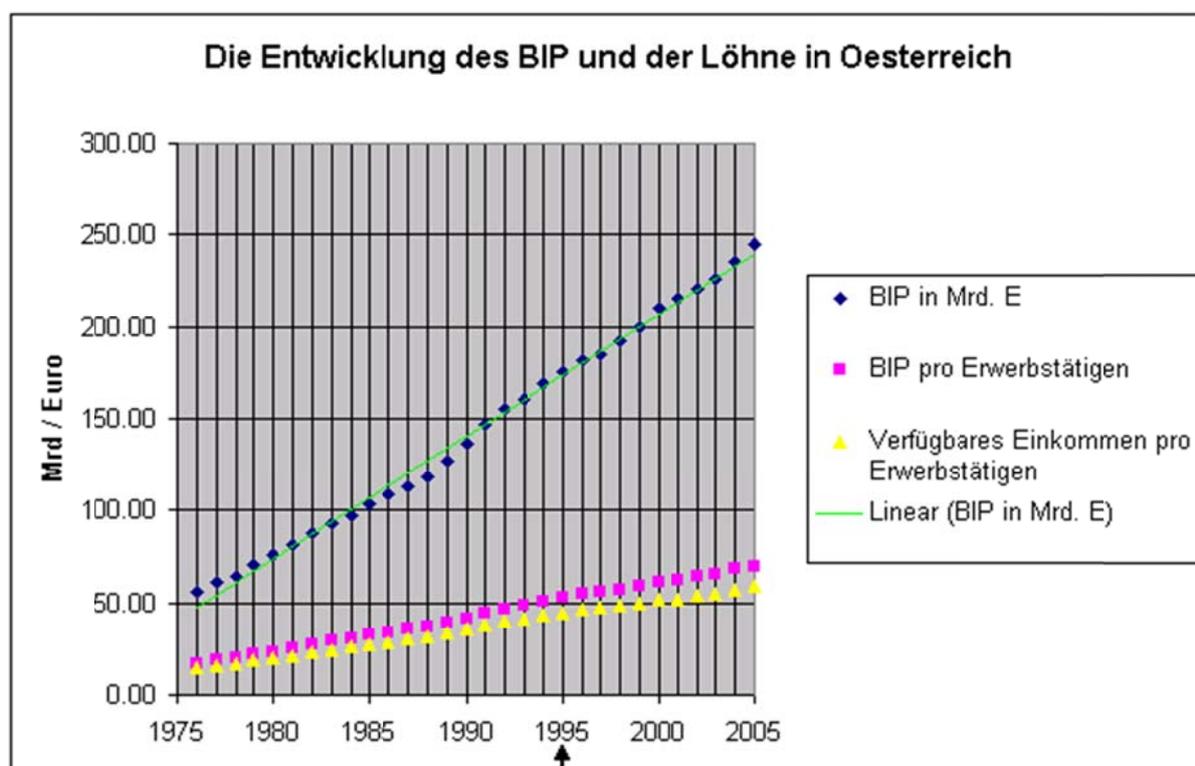
1990 1991 1992 1993 1994 1995 1996 1997 1998 1999 2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012

December 2010

Source: STATISTIK AUSTRIA, WIFO

**WKO**  
WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH

### Die Entwicklung des BIP und der Löhne in Oesterreich



## AUSTRIAN ECONOMIC SITUATION AND OUTLOOK

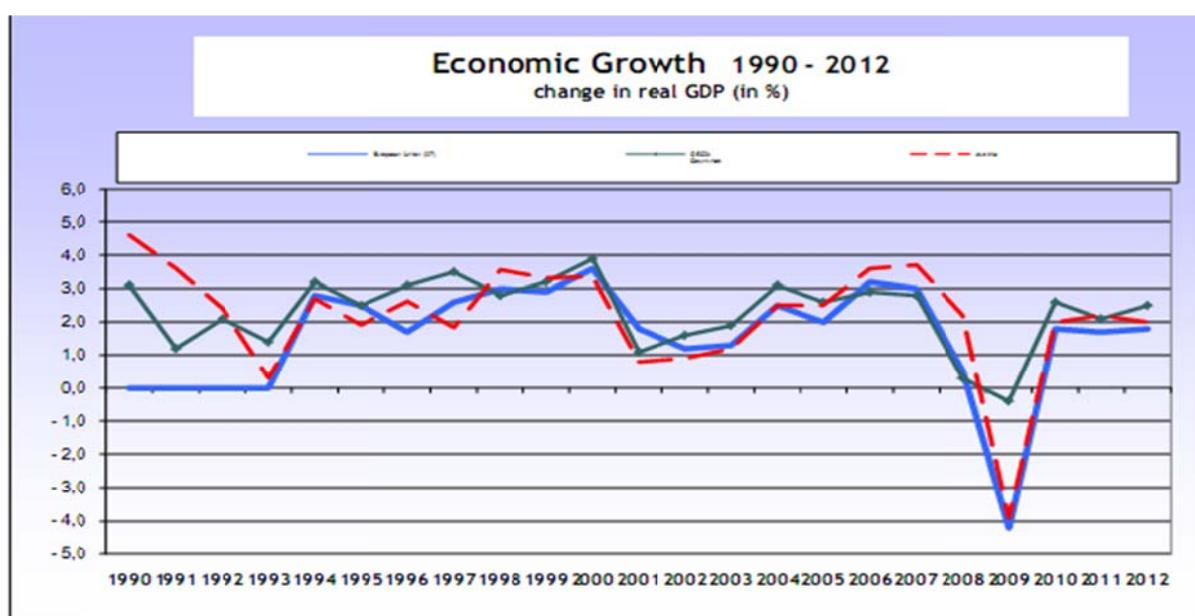
### Economic Growth, Gross Domestic Product

	economic growth real change of GDP <sup>1</sup> in %	real GDP <sup>1</sup> index 1990=100	GDP at current prices billion EURO	GDP nominal change in %
1990	4,6	100,0	136,33	7,8
1991	3,6	103,6	146,59	7,5
1992	2,4	106,0	155,47	6,1
1993	0,3	106,3	160,27	3,1
1994	2,7	109,2	168,94	5,4
1995	1,9	111,3	175,53	3,9
1996	2,6	114,2	181,87	3,6
1997	1,8	116,3	185,14	1,8
1998	3,6	120,4	192,38	3,9
1999	3,3	124,4	200,03	4,0
2000	3,4	128,6	210,39	5,2
2001	0,8	129,6	215,88	2,6
2002	0,9	130,8	220,84	2,3
2003	1,2	132,4	226,18	2,4
2004	2,5	135,7	236,15	4,2
2005	2,5	139,1	245,33	4,6
2006	3,6	144,1	257,29	5,2
2007	3,7	149,4	270,78	5,9
2008	2,2	152,7	283,09	4,1
2009	-3,9	146,8	274,32	-3,1
2010	2,0	149,7	283,16	3,2
2011	2,2	153,0	293,87	3,8
2012	2,0	156,0	305,10	3,8

# AUSTRIAN ECONOMIC SITUATION AND OUTLOOK

## International Growth Perspectives

	USA	Japan	Germany	Italy*	Switzerland*	European Union (16)	European Acceding Countries (8)	European Union (27)	Euroarea*	OECD-Countries
	real change of GDP in %									
1990	1,8	5,3	5,7	2,0	3,7	3,1	.	.	3,6	3,1
1991	- 0,5	3,1	5,0	1,4	- 0,8	1,8	- 8,7	.	2,5	1,2
1992	3,1	0,9	2,2	0,8	0,0	1,2	- 1,4	.	1,4	2,1
1993	2,7	0,4	- 1,1	- 0,9	2,0	- 0,3	0,8	.	- 0,8	1,4
1994	4,0	1,0	2,3	2,2	1,1	2,8	3,7	2,8	2,3	3,2
1995	2,7	1,6	1,7	2,9	0,4	2,4	5,5	2,5	2,2	2,5
1996	3,6	3,5	0,8	1,1	0,5	1,7	4,7	1,7	1,4	3,1
1997	4,4	1,8	1,4	2,0	1,9	2,6	5,1	2,6	2,3	3,5
1998	4,3	- 1,1	2,0	1,8	2,8	2,9	3,8	3,0	2,9	2,8
1999	4,1	0,1	2,0	1,7	1,3	2,8	3,1	2,9	2,8	3,2
2000	3,7	2,8	2,9	3,0	3,7	3,6	4,1	3,6	3,5	3,9
2001	0,8	0,2	1,2	1,8	1,0	1,7	2,4	1,8	1,7	1,1
2002	1,6	0,1	0,0	0,4	0,3	1,1	2,5	1,2	0,9	1,6
2003	2,5	1,4	- 0,2	0,0	- 0,3	1,1	4,1	1,3	0,8	1,9
2004	3,6	2,7	1,1	1,2	2,3	2,1	5,7	2,5	2,1	3,1
2005	3,1	1,9	0,8	0,6	2,5	1,7	4,7	2,0	1,7	2,6
2006	2,7	2,0	3,4	1,8	3,4	3,0	6,5	3,2	3,0	2,9
2007	1,9	2,4	2,7	1,5	3,6	2,8	5,9	3,0	2,9	2,8
2008	0,0	- 1,2	1,0	- 1,3	1,9	0,5	3,9	0,5	0,4	0,3
2009	- 2,6	- 5,2	- 4,7	- 5,0	- 1,9	- 4,1	- 3,3	- 4,2	- 4,1	- 0,4
2010	2,7	3,6	3,6	1,1	2,7	1,7	1,9	1,8	1,7	2,6
2011	2,2	1,6	2,4	1,1	1,8	1,5	2,6	1,7	1,6	2,1
2012	2,9	2,0	2,0	1,3	2,2	1,5	3,6	1,8	1,9	2,5



December 2010

Source: STATISTIK AUSTRIA, WIFO; 2008-2010 IHS

## AUSTRIAN ECONOMIC SITUATION AND OUTLOOK

### Investment

	machinery & equipment <sup>1</sup> real <sup>2</sup> change in %	construction real <sup>2</sup> change in %	gross fixed capital formation total real <sup>2</sup> change in %	gross fixed capital formation real <sup>2</sup> Index 1990=100
1990	6,1	4,6	5,2	100,0
1991	0,9	-2,2	-1,0	99,0
1992	4,6	1,3	2,6	101,6
1993	4,2	-0,4	1,4	103,0
1994	7,7	0,7	3,5	106,5
1995	0,9	-2,2	-1,0	111,5
1996	4,6	1,3	2,6	114,4
1997	4,2	-0,4	1,4	116,0
1998	7,7	0,7	3,5	120,0
1999	5,9	-0,2	2,3	122,8
2000	12,5	2,1	6,5	130,8
2001	1,9	-4,2	-1,5	128,8
2002	-7,9	-4,5	-6,0	121,1
2003	7,2	4,9	5,9	128,2
2004	-0,4	1,6	0,7	129,1
2005	3,4	-0,7	1,2	130,7
2006	1,8	0,7	1,8	133,0
2007	6,6	1,6	3,9	138,2
2008	7,5	1,6	4,1	143,9
2009	-14,5	-6,0	-8,8	131,2
2010	-2,0	-4,0	-3,1	127,2
2011	4,5	0,7	2,5	130,3
2012	4,0	0,8	2,3	133,3

## AUSTRIAN ECONOMIC SITUATION AND OUTLOOK

### Manufacturing

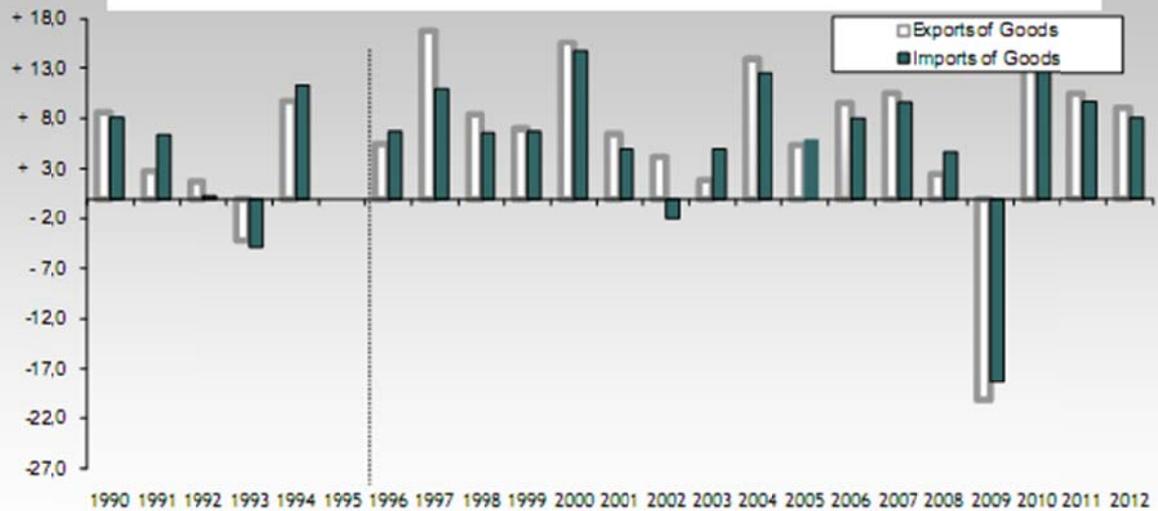
	number of employees <sup>1</sup> in 1.000	number of employees <sup>1</sup> change in %	value added real <sup>2</sup> change in %	value added real <sup>1</sup> Index 1990=100
1990	.	.	5,6	100,0
1991	.	.	2,1	102,1
1992	.	.	-0,7	101,4
1993	.	.	-3,0	98,3
1994	.	.	2,8	101,1
1995	646.267	.	5,6	106,8
1996	627.213	-2,9	1,6	108,6
1997	624.065	-0,5	4,2	113,2
1998	630.916	1,1	4,4	118,1
1999	626.315	-0,7	3,1	121,8
2000	625.860	-0,1	6,5	129,7
2001	627.345	0,2	2,0	132,3
2002	612.641	-2,5	0,4	132,8
2003	602.165	-1,7	0,2	133,1
2004	598.550	-0,6	2,9	137,0
2005	593.760	-0,8	4,6	143,3
2006	594.950	0,2	8,4	155,3
2007	610.420	2,6	8,7	168,8
2008	620.800	1,7	3,5	174,7
2009	583.550	-6,0	-14,3	149,7
2010	575.960	-1,3	7,0	160,2
2011	579.990	0,7	6,5	170,6
2012	575.350	-0,8	5,5	180,0

## AUSTRIAN ECONOMIC SITUATION AND OUTLOOK

### Foreign Trade

	exports of goods		imports of goods	
	current prices	real	current prices	real
	change to previous year in %			
1990	+ 8,6	+ 8,4	+ 8,1	+ 8,6
1991	+ 2,8	+ 3,4	+ 6,4	+ 6,1
1992	+ 1,8	+ 2,6	+ 0,3	+ 1,2
1992	- 4,2	- 3,4	- 4,9	- 4,4
1994	+ 9,7	+ 8,7	+11,3	+10,3
1995	.	.	.	.
1996	+ 5,5	+ 4,5	+ 6,7	+ 4,5
1997	+16,8	+16,5	+10,9	+ 9,4
1998	+ 8,4	+ 8,1	+ 6,6	+ 7,1
1999	+ 7,0	+ 7,7	+ 6,7	+ 6,9
2000	+15,6	+13,1	+14,7	+10,9
2001	+ 6,5	+ 6,3	+ 5,0	+ 5,5
2002	+ 4,2	+ 4,8	- 2,0	- 0,1
2003	+ 1,9	+ 2,9	+ 5,0	+ 6,0
2004	+13,9	+12,7	+12,5	+11,2
2005	+ 5,4	+ 3,2	+ 5,9	+ 3,1
2006	+ 9,5	+ 6,1	+ 8,0	+ 4,3
2007	+10,5	+ 9,0	+ 9,6	+ 7,6
2008	+ 2,5	+ 0,3	+ 4,7	+ 0,2
2009	-20,2	-18,7	-18,4	-15,1
2010	+16,0	+12,3	+14,6	+ 9,8
2011	+10,5	+ 8,3	+ 9,7	+ 6,5
2012	+ 9,1	+ 8,0	+ 8,1	+ 6,5

## Exports and imports of goods 1990 - 2012 at current prices, change (in %)



1995 break in the time series

December 2010



Source: STATISTIK AUSTRIA, WIFO

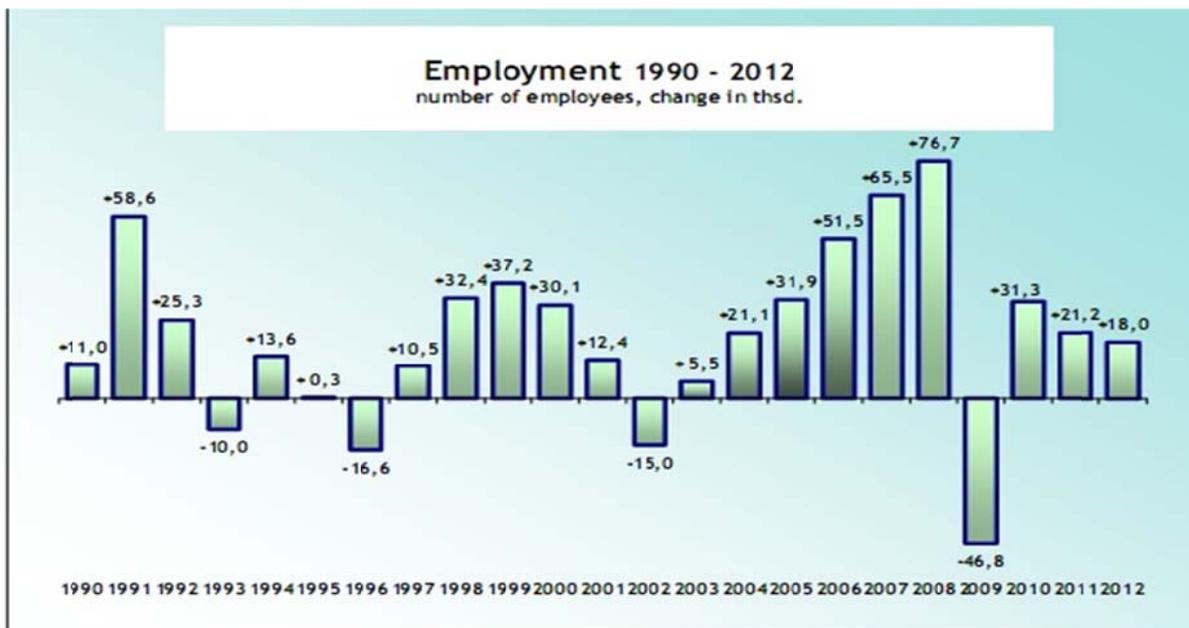
### AUSTRIAN ECONOMIC SITUATION AND OUTLOOK

#### Public finances

	public financial balances (deficit/surplus)			
	general government (Maastricht definition)		primary financial balance *	
	billion EURO	% of GDP	billion EURO	% of GDP
1990	- 3,24	-2,4	+ 2,19	1,6
1991	- 4,28	-3,0	+ 1,79	1,2
1992	- 2,99	-2,0	+ 3,48	2,2
1993	- 6,66	-4,2	+ 0,15	0,1
1994	- 8,21	-5,0	- 1,47	-0,9
1995	- 8,90	-5,2	- 1,48	-0,8
1996	- 6,81	-3,8	+ 0,73	0,4
1997	- 3,40	-1,9	+ 3,68	2,0
1998	- 4,51	-2,4	+ 2,68	1,4
1999	- 4,46	-2,3	+ 2,67	1,3
2000	- 3,08	-1,5	+ 4,63	2,2
2001	+ 0,53	0,1	+ 8,15	3,5
2002	- 0,46	-0,5	+ 5,70	2,6
2003	- 2,86	-1,6	+ 2,90	1,3
2004	- 2,46	-3,8	- 2,10	-0,9
2005	- 3,93	-1,6	+ 3,20	1,3
2006	- 3,86	-1,5	+ 3,10	1,2
2007	- 1,08	-0,4	+ 6,20	2,3
2008	- 1,42	-0,5	+ 5,90	2,1
2009	- 9,60	-3,5	- 2,20	-0,8
2010	-11,61	-4,1	- 4,00	-1,4
2011	- 9,11	-3,1	- 1,20	-0,4
2012	- 8,24	-2,7	+ 0,30	0,1

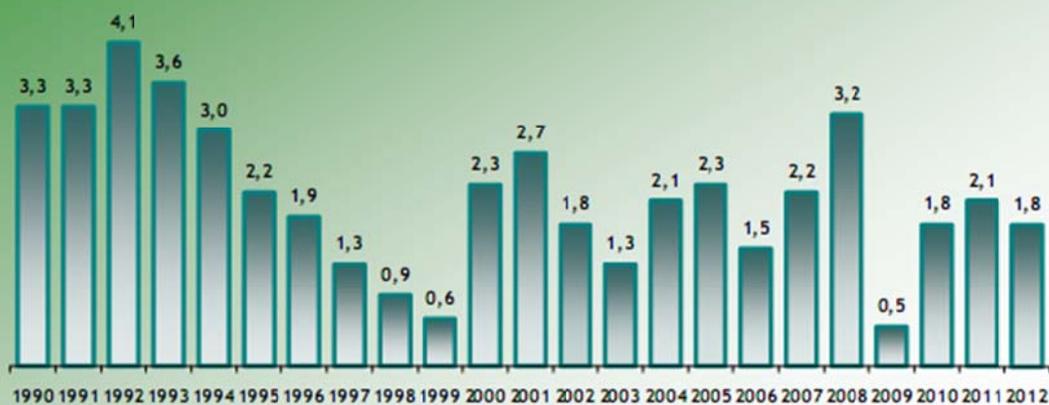
Employment

	employees			foreign workers
	number (1 000)	change, 1 000	change, %	number (1 000)
1990	2.873,3	+11,0	0,4	217,6
1991	2.931,9	+58,6	2,0	266,5
1992	2.957,2	+25,3	0,9	273,9
1993	2.947,2	-10,0	-0,3	277,5
1994	2.960,8	+13,6	0,5	291,0
1995	2.962,7	+ 0,3	0,0	300,3
1996	2.946,1	-16,6	-0,6	300,4
1997	2.956,6	+10,5	0,4	298,8
1998	2.989,0	+32,4	1,1	298,6
1999	3.026,2	+37,2	1,2	305,8
2000	3.054,4	+30,1	0,9	319,4
2001	3.066,9	+12,4	0,4	329,3
2002	3.051,9	-15,0	-0,5	334,1
2003	3.057,4	+ 5,5	0,2	349,6
2004	3.078,5	+21,1	0,7	361,8
2005	3.110,4	+31,9	1,0	373,7
2006	3.161,9	+51,5	1,7	389,9
2007	3.227,4	+65,5	2,1	411,7
2008	3.304,1	+76,7	2,4	436,1
2009	3.257,4	-46,8	-1,4	430,5
2010	3.288,7	+31,3	1,0	447,4
2011	3.309,9	+21,2	0,6	460,3
2012	3.327,9	+18,0	0,5	469,8



December 2010  
Source: HVSV, WIFO

## Inflation rate 1990 - 2012 change of consumer price index (%)



### AUSTRIAN ECONOMIC SITUATION AND OUTLOOK

#### Inflation

	inflation rate change of consumer price index <sup>1</sup>	price development <sup>1</sup> index 1990=100	core inflation <sup>2</sup> change (%)	Harmonized consumer price index <sup>3</sup> change (%)
1990	3,3	100,0	.	2,8
1991	3,3	103,3	.	3,2
1992	4,1	107,5	.	3,5
1993	3,6	111,4	.	3,2
1994	3,0	114,7	.	2,7
1995	2,2	117,3	.	1,7
1996	1,9	119,5	.	1,7
1997	1,3	121,1	1,1	1,2
1998	0,9	122,2	1,2	0,8
1999	0,6	122,9	0,7	0,5
2000	2,3	125,7	0,9	2,0
2001	2,7	129,1	2,3	2,3
2002	1,8	131,5	2,0	1,7
2003	1,3	133,2	1,3	1,3
2004	2,1	136,0	1,6	2,0
2005	2,3	139,1	1,5	2,1
2006	1,5	141,2	1,3	1,7
2007	2,2	144,3	1,9	2,2
2008	3,2	148,9	2,4	3,2
2009	0,5	149,6	1,5	0,4
2010	1,8	152,3	1,3	1,8
2011	2,1	155,5	1,6	2,1
2012	1,8	158,3	1,7	1,9

## **Zusammenfassung der Arbeit**

Titel dieser vorliegenden Magisterarbeit lautet: Zur Entwicklung der österreichischen Wirtschaft nach dem EU-Beitritt, zehn Jahre EU-Mitgliedschaft von 1995 bis 2005. Die Kernfrage der Arbeit war: Inwiefern hat die österreichische Wirtschaft vom EU-Beitritt profitiert? Bzw. ist der EU-Beitritt eine Chance für die österreichische Wirtschaft? Um meine Kernfrage zu beantworten gehe ich von der folgenden Arbeitshypothese aus: Nach dem EU-Beitritt ist die österreichische Wirtschaft mit den anderen EU-Ländern konkurrenzfähig. Die vorliegende Magisterarbeit ist in zwei Teile aufgeteilt. Der erste Teil ist theoretisch und besteht aus zwei Kapiteln. Im ersten Kapitel wird über die Entstehungsgeschichte der Europäischen Union geforscht, die Institutionen der Europäischen Union dargestellt, sowie die zwischenstaatliche Zusammenarbeit. Dann behandle ich die Wirtschaft, die eine große Rolle in dieser EU-Vereinigung spielt. Im zweiten Kapitel wird Österreich vorgestellt. Am Anfang behandle ich die Geschichte Österreichs. Dann wird die geographische und politische Lage in Österreich dargestellt. Nachher wird der Weg Österreichs in die Europäische Union gezeigt. Der zweite Teil ist empirisch und besteht aus einem Kapitel. Dort wird die österreichische Wirtschaft vor und nach dem Europäischen Beitritt analysiert. Dann analysiere ich die österreichische Wirtschaftslage nach dem EU-Beitritt. In diesem Kapitel werde ich vor allem die wirtschaftlichen Ergebnisse des österreichischen Beitritts in die EU analysieren, bzw. der Prozentsatz des Wachstums und der Arbeitsplätze (Arbeitslosenquote) von 1995 bis 2005 analysieren.

## **Die Schlüsselwörter**

Die österreichische Wirtschaft; EU-Erweiterung; Die EU-Mitgliedschaft; Der Binnenmarkt; Die Wirtschafts- und Währungsunion; Konkurrenz fähig; Die österreichische Staatshaushalt; Die Beschäftigung; Die Arbeitslosenquote; Inflation